Zum Antikriegstag 1981 Seite 4

1 H 3752 CX
Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 28 vom 10. Juli 1981 | 15. Jahrgang | 1 DM



Proteste gegen Arbeitsplatzvernichtung

werden aus immer mehr Städten der Bundesrepublik gemeldet. Zu der Vernichtung von Arbeitsplätzen tragen auch die Städte mit ihren „Sparhaushalten" bei. Unser Bild zeigt eine Demonstration von Beschäftigten der Stadtverwaltung Bochum: die Wahlversprechungen vom letzten Jahr sind wie Seifenblasen zerplatzt.

Sondergutachten der Wirtschaftsinstitute

Weitere Lohnsenkung gefordert!

Tarifabschlüsse sollen an Wirtschaftskrise schuld sein

BONN. — Nur drei Monate nach ihrem üblichen Jahresgutachten haben die sogenannten „Fünf Weisen" jetzt ein Sondergutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik veröffentlicht, in dem nahezu alle Kernvoraussagen des April-Gutachtens revidiert werden. Bereits nach drei Monaten also hat es sich gezeigt, daß die „Weisheit" dieser Sachverständigen falsch war. Als Ursache dafür, daß alle Prognosen geändert werden müssen, geben die Autoren zwei Gründe an: die Zinspolitik der Bundesbank und die Tarifpolitik der Gewerkschaften.

Wenige Wochen nachdem die Tarifauseinandersetzungen 1981 im wesentlichen abgeschlossen sind, die zum ersten Mal eine direkte Senkung des Nominallohns erbrachten, stossen diese angeblich neutralen Wirtschaftswissenschaftler also nach. Die Lohnabschlüsse seien schon 1980 zu hoch gewesen, jetzt auch, und hätten eine neue Lohn-Preis-Spirale in Gang gesetzt.

Nun ist es zweifellos so, daß die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik im ersten Halbjahr 1981 weitaus schlechter verlief, als von der bürgerlichen Propaganda vorher behauptet worden war, die ja stets den kommenden Aufschwung — wechselsweise für Sommer oder Herbst angekündigt hatte.

Was aber hier geschieht ist nicht, nach den Ursachen für diese Krise zu forschen und nach Möglichkeiten sie zu überwinden oder wenigstens abzumildern. Hier werden Pflöcke gesetzt für die kommende Zeit. Hier wird bereits der Startschuß der Unternehmerverbände, die die große Mehrheit dieser begutachtenden Institute finanzieren, für die nächsten Auseinandersetzungen um Lohn und Gehalt gegeben.

In aller Deutlichkeit hat sich dabei auch gezeigt, daß die sozialpartnerschaftliche Politik der DGB-Führung nicht in der Lage ist, gegen die Unternehmeroffensive eine Front aufzubauen. Der am Sondergutachten beteiligte Vertreter des DGB konnte nur lau abwehren, die Tarifpolitik des DGB sei durchaus konjunkturentsprechend gewesen

Kein Wort davon, daß Lohnfragen für die Werktätigen Existenzfragen sind, grundsätzliche Interessen darstellen, die erfüllt werden müssen. Stattdessen lediglich eine passiv abwehrende Haltung, die vielleicht noch in radikalen Worten vorgetragen wird. So leistet man der jetzt neu beginnenden Kampagne von Anfang an Starthilfe.

Mit Nachdruck vertreten diese Gutachter neben der Forderung nach weiterer Lohnsenkung vor allem die absolute Notwendigkeit der sogenannten Sanierung der Staatsfinanzen, wozu sie auf zahlreiche in der Diskussion befindliche Vorschläge verweisen — die natürlich allesamt sozialen Abbau verlangen.

Die Juni-Arbeitslosenzahlen beweisen

Die Wirtschaftskrise verstärkt sich

375000 Menschen ohne Unterstützung

NÜRNBERG. — Der Monatsbericht des Bundesarbeitsamtes beweist in allen Einzelheiten, daß die wirtschaftliche Krise in der Bundesrepublik sich verschärft. Mit 1 Million und 125000 arbeitslos registrierten Werktätigen wird die Vergleichszahl vom Vorjahrsmonat Juni fast um die Hälfte übertroffen.

Auch bei solchen Branchen, die jetzt Saison haben, wie der Bauindustrie, zeigt sich diese Entwicklung in aller Schärfe: über 50000 Bauarbeiter waren im Juni arbeitslos, weit mehr als doppelt soviele wie im Vorjahr. Erstmals in der Jahresmitte gestiegen sind auch die Zahlen der Arbeitslosen in den Metall- und Elektroberufen, auf mehr als 174000.

Zu diesen erfaßten Arbeitslosen kommen noch die nicht registrierten Werktätigen ohne Arbeit, die inzwischen nach Berechnungen des DGB auch fast 600000 sind. Die Zahl der Kurzarbeiter im Juni betrug rund 416000 oder über 230000 mehr als im Vorjahr. Die Zahl der mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigten Menschen sank um fast 4000 auf 38000.

Alles dies sind Zahlen, die dem üblichen Saisontrend entgegenlaufen, die beweisen, daß es sich um die Vertiefung der Wirtschaftskrise handelt.

Diese neuesten Zahlen haben zur Verstärkung des Streits um die Finanzierung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung geführt, die von den offiziell registrierten ohnehin nur weniger als 750000 Menschen bekommen — was ein deutliches Licht auf das reaktionäre Schlagwort vom „sicheren sozialen Netz" wirft. Bei diesem Streit der Reaktionäre geht es nun um die Form des Angriffs auf die Werktätigen: Erhöhung der Versicherungsbeiträge oder Kürzung der Leistungen, wobei die Unternehmerverbände am liebsten beides haben wollen.

Diese Woche

DGB-Landesbezirk fordert Beseitigung

Weg mit dem US-Nervengas aus der Pfalz!

MAINZ. — Ein offener Brief des Landesbezirks Rheinland-Pfalz des DGB an Bundeskanzler Schmidt hat das in der Pfalz seit langem gelagerte Giftgas erneut ins Gespräch gebracht. In dem Brief fordert der DGB den Bundeskanzler dazu auf, zu veranlassen, daß das Gas beseitigt wird.

2000 Tonnen Giftgas sind es, die in der Westpfalz gelagert sind. Diese Menge reicht dazu aus, die gesamte Bevölkerung Europas zu ermorden.

Dies stellt auch eine erhöhte Gefährdung der dortigen Bevökerung dar, die in keiner Weise Schutz gegen irgendeine mögliche Katastrophe hatte. Damit verstößt die Bundesregierung gegen ihre eigenen immer wieder vorgetragenen Erklärungen, sie sei gegen die Anwendung und Lagerung von Nervengas, für ein Verbot der sogenannten C-Waffen.

Der DGB protestierte auch gegen die Erklärung des US-Senators von Oregon, Hattfeld, der mit zynischer Offenheit erklärte, solche Lagerungen müßten sein, da Europa das „potentielle Schlachtfeld" der USA sei.

Die Tatsache der Lagerung solcher Massen von Nervengas gibt einmal mehr Aufschluß über den Charakter der Politik der USA gegenüber ihren sogenannten Verbündeten. So ist auch die Äußerung des Senators kein Standpunkt eines Einzelgängers, sondern nur offene Benennung der US-Politik.

Die NATO-Mitgliedschaft, das beweist auch dieser Vorgang, ist in keiner Hinsicht ein Faktor der Sicherheit für die Werktätigen der Bundesrepublik. Was sich jeweils an dieser oder jener Waffe zeigt, ist die Grundtaktik der NATO, Deutschland zum Schlachtfeld eines Krieges zu machen.

Bonn behauptet wieder nichts zu wissen

Verstärkte Waffengeschäfte mit Faschisten

BONN. — Dreimal innerhalb einer einzigen Woche kamen Waffengeschäfte, die aus der Bundesrepublik mit verschiedenen faschistischen Diktaturen getätigt oder vorbereitet wurden, ans Tageslicht. Diese Häufung von Tatsachen und auch der jeweilige genaue Sachverhalt widerlegen die stetige Bonner Unschuldsbeteuerungen.

Zu Beginn der Woche bestätigte ein Bericht im „Stern" die seit langem ausgesprochene Vermutung antimilitaristischer Kräfte, daß von der Bundesrepublik aus die atomare Bewaffnung der pakistanischen Militärdiktatur Zia ul Haqs betrieben wird. Die jetzt eingeleiteten Untersuchungen gegen eine Freiburger Ingenieurfirma sollen aber vor allem darüber hinwegtäuschen, daß die Zusammenarbeit vom staatlichen Kernforschungszentrum Karlsruhe aus organisiert wurde.

In der gleichen Woche wurden auf der OAU-Konferenz von unabhängigen Gruppen Dokumente darüber vorgelegt, daß die Bundesregierung Kriegsschiffe an Südafrika verkauft: im letzten Jahr zwei Minenkampfboote, für dieses Jahr weitere, noch unbekannte Lieferungen.

Mit den brasilianischen Generalen machen die deutschen Waffenhändler das größte Geschäft: gemeinsam mit der brasilianischen Marine bereiten gleich 40 deutsche Unternehmen die Großproduktion von U-Booten in Brasilien vor. Brasilien aber ist heute bereits einer der größten Waffenlieferanten für Afrika — an diesem „blühenden" Geschäft will man sich offensichtlich beteiligen. Während man sich in Bonn darauf zurückzieht, es stehe noch gar nichts fest, spricht man in Brasilien von abgeschlossenen Verträgen.

Verbot des Waffenexports in jeder Form! — wird für die westdeutsche antimilitaristische und Friedensbewegung eine immer wichtigere Forderung werden.



Der Leopard II — begehrtes Objekt der Waffenhändler.

Kommentar der Woche

Da mag man sich vorher noch so klar darüber gewesen sein, wie es mit der Rechtsprechung in unserem Lande aussieht; da mag man seine Erwartungen angesichts der während der vergangenen über fünf Jahre gemachten Erfahrungen bewußt niedrig angesetzt haben: als es dann verkündet wurde, das Urteil im Majdanek-Prozeß, war es für alle Zuhörer ein Schock. Ein Schock, der erst einmal verdaut werden mußte, bevor sich die Empörung in lauten, anhaltenden Protesten Luft machte.

Wurden dafür fünfeinhalb Jahre lang die Überlebenden der Hitler-Barbarei mit quälenden Fragen nach minutiösesten Erinnerungsdetails gequält, den Beleidigungen durch die einstigen Folterknechte ausgesetzt, damit am Ende überführten Massenmördern bescheinigt wird, sie hätten „nicht heimtückisch" gehandelt, damit unvorstellbar zynische Wertmaßstäbe gesetzt werden wie mit dem Urteil von sechs Jahren Gefängnis für einen „durchschnittlich grausamen KZ-Kommandanten"?

Das Urteil

Es besteht kein Zweifel: die Düsseldorfer Richter haben schwere Schuld auf sich geladen, haben die Opfer des Faschismus verhöhnt und dem Ansehen unseres Landes im Auslande schwer geschadet. Das beweisen die Kommentare aus anderen Ländern, die so ganz anders aussehen als die halbherzigen Stellungnahmen inländischer Blätter. Diese Richter hätten dieses Urteil nicht fällen müssen. Sie hätten es nicht fällen dürfen. Unabhängig von den objektiven Schwierigkeiten, ein solches Verfahren 35 Jahre nach Kriegsende zum Abschluß bringen zu müssen.

Die Gründe für diesen Justizskandal liegen wesentlich tiefer.

Systematisch wurden in der Bundesrepublik Strafmaßnahmen gegen Nazi-Verbrecher verhindert oder hinausgeschoben. In diesem Staat hat eine Entnazifizierung, wie sie ihm nach dem Kriege im Namen der Völer der Welt und im Namen aller ehrlichen Deutschen auferlegt wurde, nie stattgefunden.

Die führenden Positionen des Staates in allen Bereichen, vom Polizeiausbilder über den Gerichtsdirektor bis hin zum Bundespräsidenten,besetzten altgediente Nazis. Ihrem Wirken haben wir es zu verdanken, daß es in den ganzen 35 Jahren nur gute 6000 Verurteilungen wegen Nazi-Verbrechen gegeben hat!

Ihnen haben wir es zu verdanken, daß die Maßstäbe des neuen Völkerrechts, dessen Grundlagen auf den Trümmern des Hitler-Staates geschaffen wurden, bei uns niemals Anwendung fanden. Daß die NS-Organisationen nicht zerschlagen wurden, sondern — schlecht getarnt — weiterbestanden. Daß die SS, diese furchtbarste Mörderorganisation der Geschichte, in Gestalt von Traditionspflegeverbänden wie der HIAG weiterbestehen kann, die sogar noch als „gemeinnützig" anerkannt sind! Damit ist ausgerechnet ein deutscher Staat einer der wenigen in Europa, in dem die Zugehörigkeit zur SS kein Straftatbestand ist. Der Geist des Faschismus lebt noch immer. Er nimmt u.a. in den schwerbewaffneten Neonazi-Gruppen von neuem Gestalt an.

Aber nicht das allein ist so gefährlich. Die Macht in diesem Staat, die wirtschaftlichen Schlüsselpositionen ebenso wie die politischen, liegen in den Händen derer, die Hitler finanziert und an die Macht gebracht haben: des verbrecherischen deutschen Großkapitals. Und ihm dienen treu auch die Politiker der zweiten und dritten Generation, die sie heute an die sichtbaren Hebel der Macht heranlassen. Sie sind in diesem Dienst zu allem bereit. Das erklärt auch das für manchen unfaßbare Schauspiel, das sich den Beobachtern der Urteilsverkündung in dem Aufmarsch von Polizeitruppen im Gerichtssaal bot.

Auch das darf man nicht vergessen, wenn man als Antifaschist nach diesem Urteil seinen Standpunkt bestimmt, wenn man die Konsequenzen ziehen will.

Eines allerdings muß jedem klar sein: dieses Urteil war eine erneute direkte Ermutigung für die Propagandisten und Praktiker des Neo-Faschismus. Und diese lassen sich nicht zweimal bitten, wenn sie zum Handeln aufgefordert werden. Die umfangreichen Waffen- und Sprengstofflager, die gerade in den letzten Wochen aufgedeckt wurden — und die sicher nur einen ganz geringen Teil der tatsächlich vorhandenen ausmachen — wurden nicht angelegt als nostalgisches Gruselkabinett. Sie wurden angelegt, um gegen das Volk zum Einsatz gebracht zu werden.

Belassen wir es deshalb nicht bei der Erbitterung über einen neuen Höhepunkt profaschistischer „Rechtsprechung". Nehmen wir dieses Urteil als dringende Aufforderung, den antifaschistischen Kampf fest in die eigenen Hände zu nehmen, die antifaschistische Front des Volkes zu schaffen, die allein ein neues '33 verhindern wird.

Dietrich Lohse

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Brandt in Moskau

Wende im atomaren Rüstungswettlauf?

Zahlreiche Aktionen gegen NATO- Marineshow

BONN. — Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat sich zufrieden über die Ergebnisse seiner Moskaureise geäußert. Von „neuen Akzenten" in den Erklärungen Breschnews zur Frage der atomaren Mittelstreckenraketen war die Rede. Und die Bundesregierung sicherte die „Prüfung" der Vorschläge Breschnews zu.

Die Kreml-Spitze hatte ihr besonderes Interesse am Besuch des SPD-Vorsitzenden demonstrativ herausgestrichen. Gegen das sonst streng gehandhabte Protokoll machte Breschnew persönlich Brandt in dessen Gästequartier seine Aufwartung und er begleitete den Mann aus Bonn sogar zum Flughafen. Brandt revanchierte sich dafür vor der Presse mit dem Bekenntnis, er kehre mit dem „festen Eindruck" in die Bundesrepublik zurück, es in Moskau „mit jemandem zu tun zu haben, der ehrlich will, was er sagt, nämlich den Frieden bewahren." Und natürlich fehlte auch der Appell an „beide Seiten" (also Washington und Moskau) nicht, die Entspannungspolitik fortzusetzen.

Hat Brandt also eine erfolgreiche Vermittlermission zwischen den beiden Supermächten abgeschlossen? Ist nun eine Wende im atomaren Rüstungswettlauf zwischen Moskau und Washington in Sicht? Und wenn laut Brandt Breschnew den Frieden will (daß auch die Amerikaner nichts anderes wollen, wird uns ja eh tagtäglich aus Bonn versichert) — steht es dann doch nicht so ernst um die Gefahr eines neuen Weltkriegs?

Sehen wir uns zunächst einmal die konkreten Ergebnisse der jetzt in Moskau geführten Gespräche an. Es ging dabei im wesentlichen um eine einzige Frage, die Aufnahme von Gesprächen über atomare Mittelstreckenwaffen zwischen den Supermächten. Bekanntlich zeigen die Reagan-Leute wenig Interesse daran, während der Kreml ja in letzter Zeit wiederholt seine Gesprächsbereitschaft herausgestellt hat.

Und das tat Breschnew denn auch seinem Besucher Brandt gegenüber. Er wiederholte seinen schon während des letzten Moskauer Parteitags vorgebrachten Vorschlag eines Moratoriums, das heißt, eines Einfrierens des gegenwärtigen Stands von atomaren Mittelstreckenraketen in Europa bei gleichzeitiger Aufnahme von Verhandlungen zwischen Washington und Moskau. Es geht also bei diesem Vorschlag keinesfalls um das Angebot eines Abbaus der auf Westeuropa gerichteten sowjetischen SS-20-Raketen, sondern nur um das Angebot, keine neuen Mittelstreckenraketen aufzustellen, solange die Verhandlungen dauern.

Die „neuen Akzente" sieht Brandt nun darin, daß Breschnew dafür von den USA als Gegenleistung nicht mehr den Verzicht auf eine Produktion von Mittelstreckenraketen verlangen würde, solange „in der Sache" verhandelt wird, sondern nur noch den Verzicht darauf, diese Waffen während der Dauer der Verhandlungen auch in Westeuropa zu stationieren. Brandt gegenüber der Presse: Wenn er Amerikaner wäre, würde er wegen dieses Vorschlags mal in Moskau nachfragen.

Abgesehen einmal davon, ob die Reagan und Haig der saloppen Aufforderung des SPD-Vorsitzenden nun nachkommen werden, wofür gegenwärtig nur wenig spricht. Würde die Aufnahme von Verhandlungen tatsächlich auch zu einem Abbau des Potentials an Mittelstreckenraketen führen? Um diese Frage zu beantworten, braucht man durchaus nicht ins Blaue hinein zu spekulieren. Es genügt, sich die Erfahrungen aus dem von Brandt jetzt wieder beschworenen Jahrzehnts der Entspannung vor Augen zu führen. Damals wurde ja zwischen den Supermächten noch über die „Rüstungsbegrenzung" verhandelt, wobei es in den über Jahren hinweg geführten SALT-Gesprächen um die interkontinentalen Atomraketen ging.

Und was war das Ergebnis? Keinesfalls eine beiderseitige schrittweise Verminderung der betreffenden Waffensysteme. Sondern im Gegenteil eine atomare Aufrüstung auf beiden Seiten, die alles Vorangegangene in den Schatten stellte. Seit der Unterzeichnung des SALT-1-Abkommens gibt es in den USA und in der Sowjetunion 15-mal mehr interkontinentale Atomraketen als zu dem Zeitpunkt, wo die Vertreter der beiden Supermächte ihre Unterschriften unter den Vertrag setzten.

Und warum sollte es bei den Mittelstreckenraketen anders sein? Das hat nichts mit Schwarzmalerei zu tun. Es liegt im Wesen der Sache selbst. Es liegt im imperialistischen Charakter der beiden Supermächte begründet, die nach Weltherrschaft und damit unweigerlich auch nach der militärischen Überlegenheit über die jeweils andere streben. Der Unterschied ist gegenwärtig nur der, daß die Reagan-Leute schon mal laut in alle Welt hinausposaunen, daß sie die USA zur stärksten Macht der Welt machen wollen oder daß es für sie Wichtigeres gibt als den Frieden. Während man im Kreml gegenwärtig eher defensiv auftritt, Verhandlungsbereitschaft demonstriert und von nichts anderem so oft redet als vom Frieden.

Aber das bedeutet nicht, daß die eine Seite tatsächlich friedlicher wäre als die andere. Es sind taktische Unterschiede bei der Durchsetzung der jeweiligen imperialistischen Politik. Wobei Moskaus Haltung nicht zuletzt darauf abgestellt ist, die Widersprüche zwischen Washington und seinen westeuropäischen „Partnern" für die eigenen Interessen auszunutzen und zu vertiefen. Im Kreml weiß man natürlich sehr genau, daß die Regierungen Westeuropas die von den Reagan-Leuten mit brutalem offenen Druck betriebene Atomrüstungspolitik gegen einen wachsenden Widerstand der Völker durchsetzen müssen.

Aber auch die Einladung gerade an Brandt kam nicht von ungefähr. Zu Recht sehen die Kremlherren in ihm einen Interessenvertreter derjenigen Kreise des westdeutschen Monopolkapitals, die gegenwärtig nicht an der von Washington betriebenen totalen Konfrontation zwischen den Supermächten interessiert sind, sondern die auf eine vorsichtige Fortführung der „Entspannungspolitik" setzen. Wobei „Entspannung" für sie nichts anderes heißt als Ostgeschäfte. Und gerade diese Geschäfte stoßen ja auf den immer offener geäußerten Widerstand der amerikanischen Imperialisten, gerade jetzt, wo westdeutschen Monopolen mit dem Erdgas-Röhren-Handel der bislang weitaus größte Brocken im Rahmen der Ostgeschäfte winkt.

Die Bundesregierung insgesamt hat denn auch widersprüchlich auf Brandts Moskaureise reagiert. Auf der einen Seite war — wie erwähnt — von der Prüfung der Breschnewschen Vorschläge die Rede. Auf der anderen Seite aber ließ man den Regierungssprecher erklären, Bonn gehe unverändert davon aus, daß das militärische Ungleichgewicht beseitigt werden müsse, anstatt es zu befestigen. Dazu gehöre auch, daß die Sowjetunion ihr Mittelstreckenpotential auf Null bringe, wenn der Westen nicht nachrüsten solle.

Diese Erklärung liegt ganz auf der amerikanischen Linie, gar nicht erst mit einer Verhandlungsfarce von der Art der SALT-Gespräche zu beginnen, sondern vom Gegner stattdessen von vornherein den vollständigen Abbau seines Potentials zu verlangen. Solche Treuebekenntnisse zu ihrer Kriegspolitik werden den Reagan-Leuten natürlich den Rücken stärken. Und was die sowjetische Atomrüstung betrifft, so hat es Breschnew offenbar bei aller Friedensheuchelei gegenüber Brandt auch nicht an handfesten Drohungen fehlen lassen. Brandt sagte jedenfalls in einem Pressegespräch: „Die Sowjets jammern ja nicht nur. Sie sagen auch: Wenn nicht, dann eben anders." Und später wurde der SPD-Vorsitzende dann noch deutlicher. Breschnew habe ihm angekündigt, daß es — sollten die Amerikaner nicht einlenken — zu einer „Nach-Nachrüstung" gekommen sein werde, bevor die NATO-Nachrüstung begonnen hätte.

Die Tatsachen selbst zeigen also, daß beide Supermächte gewillt sind, ihre Atomrüstung weiter voranzutreiben. Und das ist ganz unabhängig davon, ob nun Gespräche zwischen ihnen über die Mittelstreckenraketen zustande kommen oder nicht; ob — falls es wirklich zu Verhandlungen kommt — die eine oder die andere Seite dann diese Verhandlungen wieder platzen läßt; ob es zu Abkommen wie SALT kommt, in denen dann keine Abrüstung, sondern nur die Höchstgrenze der Aufrüstung festgeschrieben ist.



Brandt bei seinen Gesprächen mit Breschnew und Gromyko

Deshalb ist es eine verhängnisvolle Illusion zu glauben, die Hauptsache im Kampf gegen die Aufstellung der Mittelstreckenraketen wäre es, Reagan und Breschnew an einen Tisch zu bringen. Gerade angesichts der bitteren Erfahrungen,die mit den sogenannten Abrüstungsverhandlungen des letzten Jahrzehnts gemacht wurden, ist es für alle diejenigen, die für die Erhaltung des Friedens kämpfen, eine Notwendigkeit, hier einen illusionslosen Standpunkt zu gewinnen. Das heißt aber auch, über Möglichkeiten nachzudenken, wie unser Land wirklich vor der Gefahr bewahrt werden kann, Schlachtfeld eines neuen Weltkrieges zu werden. Und diese Möglichkeit eröffnet, über den gegenwärtigen Massenwiderstand gegen den „Nachrüstungsbeschluß" hinaus, nur der Kampf für ein Abkoppeln unseres Landes von den amerikanischen Kriegstreibern, für eine Neutralitätserklärung der Bundesrepublik.

Türkische RM-Seiten

Mit Beginn der nächsten Ausgabe wird der RM vier Wochen lang ohne die Seiten in türkischer Sprache erscheinen. Auch unser türkischer Redakteur muß mal Urlaub machen. Der RM wird während dieser Zeit nur mit zwölf deutschsprachigen Seiten erscheinen.

Unternehmer klagen gegen Warnstreiks der IGM

Weitere Demontage des Streikrechts abwehren!

DGB-Aktionen zur Verteidigung der Arbeiterrechte tun not

DÜSSELDORF. — Der Unternehmerverband Gesamtmetall will die Warnstreikbewegung der Metaller in der diesjährigen Tarifrunde nachträglich für rechtswidrig erklären lassen. Sämtliche Regionalverbände des Unternehmerverbandes haben sich inzwischen der in Nordrhein-Westfalen beim Arbeitsgericht Düsseldorf eingereichten Klage angeschlossen. Der Gewerkschaftsbewegung droht damit eine weitere schwerwiegende Einschränkung des Streikrechts.

Die Unternehmer bezeichnen die im Rahmen der „neuen Beweglichkeit" in der Lohnrunde durchgeführte Warnstreikbewegung der Metaller als „rechtswidrige Erzwingungsstreiks". Mit ihrer Klage wollen sie erreichen, daß das Gericht den Gewerkschaften solche Streikaktionen für die Zukunft verbietet. Sie verlangen, daß das Gericht restriktive Festlegungen darüber trifft, wie oft in einem einzelnen Betrieb und in einem Tarifgebiet im Rahmen einer Tarifauseinandersetzung zu Warnstreiks aufgerufen werden darf. Des weiteren soll das Gericht auch Einschränkungen darüber vornehmen, wieviel Prozent der Beschäftigten eines Tarifgebietes überhaupt zu Warnstreiks aufgerufen werden dürfen.

Dies ist ein massiver Angriff auf das Streikrecht, das hierzuland ohnedies nur in stark beschnittenerer Form besteht. Die gewerkschaftliche Handlungsfreiheit würde durch das von Gesamtmetall angestrebte Urteil weiter eingeengt. Das Mittel der Warnstreiks als Vorstufe zu Urabstimmung und Vollstreik würde praktisch auf eine Art von Protestdemonstration eingeschränkt.

Parallel zu diesem Vorstoß werden die Unternehmer und die Justiz aber auch darüber dürfen wir uns keine Illusionen machen — ihre Bestrebungen fortsetzen und verschärfen, die Rechtmäßigkeit von Urabstimmungen und sogenannten „normalen Erzwingungsstreiks", vor allem von unbefristeten Vollstreiks, noch mehr einzuschränken. Ihr Ziel: Die Legalität von wirtschaftlichen Streiks am Ende weitgehend abzuschaffen.

Bedenkt man, daß die Rechtmäßigkeit des politischen Streiks ohnedies von der herrschenden Klasse und ihrer Justiz hierzulande faktisch bestritten wird, so wird deutlich, daß alle diese Bestrebungen darin einmünden, der Arbeiterklasse in absehbarer Zeit das Streikrecht restlos aus der Hand zu schlagen.

Dies ist eine zielbewußte Strategie der herrschenden Klasse, die auf dem Hintergrund der sich zuspitzenden Krisenentwicklung und verschärfender Klassenwidersprüche betrieben wird.

Die Abwälzung der Krisen- und Aufrüstungslasten auf die Werktätigen, die Angriffe der Regierung auf das soziale Netz und der von den Unternehmern bereits offen angekündigte Angriff auf das Lohnniveau der Arbeiterklasse lassen neben den gewaltigen Rationalisierungsfeldzügen und dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit soziale Unruhen von bislang nicht gekanntem Ausmaß erwarten.

Angesichts dieser Umstände ist eine starke und offensive Reaktion der Gewerkschaften auf den jetzigen Vorstoß von Gesamtmetall dringend notwendig. Es deutet jedoch alles darauf hin, daß die DGB-Führung und die meisten Spitzenfunktionäre der Einzelgewerkschaften auch jetzt wieder, wie schon so oft, die verhängnisvolle Politik des Stillhaltens praktizieren.

Wie schon in der Aussperrungsfrage liegen auch jetzt die Erklärungen der DGB-Führer (sofern außer von der IGM-Führung bislang überhaupt Reaktionen erfolgt sind) auf der Linie, das Schicksal eines elementaren gewerkschaftlichen Rechts der Entscheidung der bürgerlichen Rechtssprechung zu überlassen. Man redet blauäugig einem völlig ungerechtfertigten Vertrauen in die Gerichte das Wort und ist wieder einmal bereit, auf einen politischen Kampf zur Verteidigung des Streikrechts zu verzichten.

Die fortschrittlichen Gewerkschafter sollten dies als Alarmsignal verstehen und aktiv werden, um eine derartige Kapitulationspolitik des DGB zu verhindern.

Auf Kapitulationspolitik ausgerichtet ist die Erklärung, die der „Tarifexperte" im Geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Metall, Hans Janßen, zu der Unternehmerklage abgegeben hat. Anstatt den Angriff der Unternehmer scharf anzugreifen und zur Verteidigung des Streikrechts aufzurufen, anstatt klarzustellen, daß hier ein Angriff auf die Arbeiterklasse gestartet wurde, jammerte Janßen, es sei „*unsinnig und das dümmste, was der deutschen Volkswirtschaft passieren könnte*", wenn man den Gewerkschaften das „*Arbeitskampfmittel des Warnstreiks wegnähme und sie damit zwänge, jeweils einen Streik zu führen*".

Der IG Metall — so Janßen — liege daran, „ *ein milderes Mittel*" schon während der Verhandlungen einsetzen zu können, „*um uns und der Volkswirtschaft das schärfere und gröbere Mittel des Flächenstreiks zu ersparen*".

Diese Argumentation Janßens steht übrigens auch in krassem Gegensatz zu der Einschätzung und Kritik der Metaller nach dem Ende der Lohnrunde bezüglich der neuen Beweglichkeit: Daß die neue Beweglichkeit als Vorbereitungs- und Mobilisierungstaktik nützlich sein kann, jedoch niemals als Ersatz für den Flächenstreik betrachtet werden darf.

Janßen, der hier weniger auf die Verteidigung der Arbeiterrechte als „unserer Volkswirtschaft" abhebt, liefert durch seine Argumentation den Bestrebungen der Reaktion auf die Illegalisierung von Flächenstreiks noch Wind in die Segel. Wie sollte eine Gewerkschaft konsequent gegen die Demontage des Streikrechts kämpfen können, wenn sie sich gleichzeitig zum Ziel bekennt, „unserer Volkswirtschaft das Mittel des Flächenstreiks zu ersparen"?

Protestierende Enka-Arbeiter vor der Aktionärsversammlung am vergangenen Montag.

Landesarbeitsgericht sanktioniert Maßregelung

Klage des entlassenen Betriebsrats N. Wiedeke abgewiesen

BIELEFELD. — Im August 1979 hatten die Bosse von Mannesmann-Kammerich in Bielefeld den oppositionellen Betriebsrat Norber Wiedeke mit Unterstützung der Betriebsratsspitze fristlos entlassen. Der Grund: N. Wiedeke hatte konsequent einen insgesamt sechstägigen spontanen Streik der Belegschaft gegen die Verlagerung der Produktion und die Stillegung des Mannesmann-Kammerich-Werkes unterstützt.

Obwohl die IG-Metall-Ortsverwaltung von Bielefeld den Streik nicht unterstützte und der Belegschaft in den Rücken gefallen war, und obwohl der Streik am sechsten Tag ohne entsprechende Zusagen der Mannesmann-Bosse abgebrochen werden mußte, wurde das Ziel doch erreicht: Zwei Monate nach dem mutigen Kampf der 450 Kollegen entschied der Konzernvorstand, daß auf die geplante Verlagerung der Achsenproduktion verzichtet wird und daß die 450 Arbeitsplätze im Mannesmann-Kammerich-Werk erhalten bleiben.

Norbert Wiedeke, der bei den Betriebsratswahlen 1978 auf einer eigenen Liste mit 35 Prozent der Stimmen zum Betriebsrat gewählt worden war, unterstützte nun im August 1979 als einziges Betriebsratsmitglied den Streik der Belegschaft aktiv und ohne Wenn und Aber. Kurz vor dem Abbruch des Streiks, in einer Situation, als die Streikfront ins Wanken gekommen war, wurde Norbert fristlos entlassen. Die Bosse hatten eiskalt den Moment der Schwäche ausgenutzt.

Skandalös war dabei das Verhalten der Betriebsratsmehrheit und der IGM-Ortsverwaltung, die den Bossen grünes Licht für diese Maßregelung gaben, und dies, obwohl die IG-Metall-Ortsverwaltung noch vor dem Abbruch des Streiks in einem „sechs-Punkte-Vorschlag" an die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit im Punkt 6 erklärt hatte: „*Vom Vorstand der Mannesmann-Röhrenwerke wird erwartet, daß er keine Maßregelungen vornimmt.*"

In erster Instanz vor dem Arbeitsgericht Bielefeld war dann auch die Entlassung unter Hinweis auf den „sechs-Punkte-Vorschlag" für unrechtmäßig erklärt worden. Dieses Urteil aber wurde jetzt vom Landesarbeitsgericht in Hamm rückgängig gemacht, die Entlassung wurde für rechtlich wirksam erklärt.

Dabei bezog sich Richter Maris ausschließlich auf einen einzigen Vorfall aus dem gesamten Streikgeschehen und folgte dabei den Aussagen des technischen Betriebsleiters Reoper. Dieser sagte aus, daß ein Zug von etwa 60 Arbeitern mit Norbert Wiedecke an der Spitze versucht habe, in eine geschlossene Unterredung des Werksvorstands mit sechs „ausgewählten" Belegschaftsmitgliedern einzudringen. Dies — so Richter Maris — sei „Hausfriedensbruch" und „versuchte Nötigung" gewesen und deshalb sei die Maßregelung N. Wiedekes rechtmäßig gewesen.

Das Landesarbeitsgericht lastete mit seinem skandalösen Urteil dem entlassenen Betriebsrat auch noch die vollen Prozeßkosten auf: sie liegen zwischen vier- und fünftausend Mark. Die IGM-Bonzen hatten Norbert Wiedeke infamerweise nach seiner Entlassung aus der IG Metall ausgeschlossen. Dadurch wurde ihm auch der gewerkschaftliche Rechtsschutz entzogen. Norbert muß also die gesamte Summe selbst aufbringen.

Die Rote Hilfe Deutschlands hat deshalb in Bielefeld ein Flugblatt in Bielefeld verteilt, in dem über den Prozeß informiert und gleichzeitig dazu aufgerufen wird, durch Spenden den entlassenen Kollegen solidarisch beizustehen. Die Spenden können auf das Konto Nr. 696260, Sparkasse Bielefeld, Kontoinhaber M. Wydany, eingezahlt werden.

Aktionen gegen Arbeitsplatzvernichtung

„Unsere Arbeitsplätze sind unsere Existenz, dafür kämpfen wir"

Woche für Woche erreichen uns neue Meldungen über Angriffe der Kapitalisten auf die Arbeitsplätze: über geplante Rationalisierungsfeldzüge, Stillegungen und Massenentlassungen. Es vergeht jedoch auch kaum eine Woche, in der nicht Aktionen betroffener Belegschaften gegen solche Pläne bekannt werden, seien es Demonstrationen, Arbeitsniederlegungen oder andere Formen des Protestes (leider geschieht von Seiten der DGB-Führer so gut wie gar nichts, um diesen spontanen, zersplitterten Widerstand der einzelenen Belegschaften zu einer organisierten und machtvollen Bewegung zusammenzufassen). Im Folgenden vier Beispiele, die wir aus einer größeren Anzahl von Belegschaftsaktionen der vergangenen drei bis vier Wochen herausgegriffen haben:

VAW Leichtmetall: Frauen und Kinder vor dem Betrieb

Am 16. Juni demonstrierten vor dem VAW-Leichtmetall-Werk Hannover Frauen und Kinder von VAW-Arbeitern gegen Massenentlassungen und die drohende Stillegung des Standorts Hannover der VAW (Vereinigte Aluminium-Werke). Aus heiterem Himmel und über Nacht hatte die Geschäftsleitung des bundeseigenen Unternehmens plötzlich die Entlassung von 334 Beschäftigten im Werk Hannover angekündigt. Inzwischen ist auch eine Delegation von Belegschaftsvertretern nach Bonn gereist, um gegen die Entlassungs- und Stillegungspläne zu protestieren. Außer dem vagen Versprechen, daß der Standort Hannover erhalten bliebe, wurde der Delegation lediglich erklärt, man könne den Verantwortlichen der VAW keine Weisungen erteilen.

Enka-Glanzstoff: „Spannt den Bogen nicht so weit..."

Mit Transparenten und Stellschildern empfingen etwa 50 Kollegen des Kasseler Zweigwerkes der Enka-Glanzstoff AG am 22. Juni in Wuppertal die zur Hauptversammlung geladenen Aktionäre. Bekanntlich wollen die Enka-Konzernbosse das Kasseler Zweigwerk mit seinen rund 800 Beschäftigten stillegen. Die Parolen der demonstrierenden Enka-Kollegen: „Unsere Arbeitsplätze sind unsere Existenz, dafür kämpfen wir" — „Spannt den Bogen nicht so weit, wir Kasseler sind zum Kampf bereit". Bekanntlich hatte die Belegschaft des Kasseler Zweigwerkes bereits zur Jahreswende zweimal aus Protest gegen die geplante Stillegung den Betrieb besetzt.

Schalker Verein: „Laßt euch nicht den Ofen klauen"

Am 25. Juni legten die Stahlarbeiter der Frühschicht des zum Thyssen-Konzerns gehörenden „Schalker Vereins" in Gelsenkirchen für eine halbe Stunde die Arbeit nieder und zogen zum Tor 1 des Hüttenwerkes. Sie protestierten damit zum wiederholten Mal gegen Rationalisierungspläne, denen möglicherweise 2 400 Arbeitsplätze und eventuell das gesamte Werk zum Opfer fallen können. Unterstützt wurde die Aktion der Stahlarbeiter von der Initiative „Frauen kämpfen um den Erhalt des Schalker Vereins". Die Frauen hatten Transparente dabei mit folgenden Aufschriften: „Wir Frauen kämpfen für den Arbeitsplatz unserer Männer und die Zukunft unserer Kinder"; — „Auf uns Frauen könnt ihr bauen, laßt Euch nicht den Ofen klauen" (dem letzten Hochofen in Gelsenkirchen droht durch die Thyssen-Pläne nun die Stillegung). Auch Schülerinnen und Schüler der Hansa-Hauptschule hatte sich der Aktion angeschlossen. Sie hatten dazu vom Rektor schulfrei bekommen.

ERBA-Erlangen: 1 000 demonstrierten gegen Stillegungsplan

Ebenfalls am 25. Juni demonstrierten über 1 000 Kolleginnen und Kollegen, die im Erlanger Werk der ERBA (Erlanger Baumwollindustrie) beschäftigt sind, durch Erlangen. Ihr Protest galt dem Aufsichtsratsbeschluß, im Erlanger Werk bis Mitte nächsten Jahres 500 gewerbliche Arbeitsplätze zu vernichten. Zudem sind zusätzlich 300 Arbeitsplätze in der Verwaltung gefährdet. Darüberhinaus steht das ganze traditionsreiche Werk auf der Abschußliste. Schwarze und rote Fahnen wurden bei der Demonstration mitgeführt.



Beschäftigte der ERBA Erlangen kämpfen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze.

Antikriegstag 1981

Gewerkschaften ran! Gegen Nachrüstung, gegen Militarismus, für den Frieden!

Der 1. September, der traditionelle Antikriegstag, steht kurz bevor. Bereits in den vergangenen Jahren wurde der Antikriegstag von der Gewerkschaftsbewegung wieder verstärkt aufgegriffen, insbesondere von der Gewerkschaftsjugend, die sich angesichts des hemmungslosen Wettrüstens und der wachsenden Gefahr eines von den beiden Supermächten vom Zaun gebrochenen neuen Weltkrieges zunehmend wieder der großen antimilitaristischen Traditionen der Arbeitsbewegung besinnt. Diese Traditionen erweisen sich heute, im Jahr 1981, mehr denn je als brennend aktuell. Der diesjährige 1. September muß zu einem machtvollen Kampftag werden: Gegen die Kriegspolitik der beiden Supermächte und ihrer Verbündeten, gegen den Rüstungswahnsinn und die Militarisierung, gegen den Nachrüstungsbeschluß und die in Bonn betriebene Politik „Kanonen statt Butter", für Frieden, Abrüstung und eine wahrhafte Entspannungspolitik. Und dieser Kampftag muß getragen werden nicht allein von der aktiven DGB-Jugend, sondern von der gesamten Gewerkschaftsbewegung.

Am 1. September jährt sich zum 42. Mal der Tag, da der deutsche Imperialismus in Gestalt des faschistischen Nazi-Regimes den Überfall auf Polen durchführte und die Menschheit in den Zweiten Weltkrieg hineinriß. Für die Völker der Welt hat dieses Datum eine große und brennend aktuelle Bedeutung.

Es geht am Antikriegstag nicht nur darum, der ungeheuren Blutopfer und Schrecknisse dieses Krieges zu gedenken. Mehr denn je stellt sich den Völkern heute das Problem, der Gefahr eines dritten und noch verheerenderen Weltkrieges zu begegnen.

Wie konnte es geschehen, daß die Menschheit innerhalb weniger Jahrzehnte zweimal in ein unermeßliches Blutbad gestürzt wurde und daß heute trotz aller Friedensschwüre, erneut die Gefahr eines Weltkrieges akut geworden ist? Welche Triebkräfte sind da am Werk? Wer hat ein Interesse am Krieg? Wo sitzen die Kriegsbrandstifter? Vor allem aber: Wie können sie gestoppt, wie kann der Krieg verhindert, wie der Weltfrieden letztlich gesichert werden? Das sind Fragen, die der Antikriegstag in den Mittelpunkt der Diskussion stellt.

Diese Fragen stellen sich gerade für das deutsche Volk mit besonderer Schärfe. Zweimal nahm das imperialistische Völkermorden von deutschem Boden seinen Ausgang. Heute ist es zwar kein deutscher Staat, der die Hauptrolle bei der Kriegsvorbereitung spielt. Aber zweifellos wäre Deutschland, wäre das deutsche Volk einer er Hauptbetroffenen eines dritten, nuklearen Weltkrieges.

Die Hauptkriegstreiber sitzen heute in Moskau und Washington. Es sind hauptsächlich die beiden Supermächte, die, auf den Kommandohöhen der NATO und des Warschauer Paktes stehend, im Kampf um Weltherrschaft skrupellos den Weltfrieden bedrohen und den Rüstungswahnsinn in immer unerhörtere Dimensionen treiben. Aber beide deutschen Regierungen zeichnen sich als deren gegenwärtig jeweils wichtigster Vasall bzw. Erfüllungsgehilfe aus.

Deutschland liegt im Brennpunkt der Konfronation. Beide deutschen Staaten spielen einen mitentscheidenden Part auf der weltpolitischen Bühne. Und gleichzeitig müßte Deutschland, das deutsche Volk, einen Hauptteil des mörderischen Preises bezahlen, falls es zum Ernstfall käme: Uns droht das Schicksal, Hauptschlachtfeld des nuklearen Völkermords zu werden. Das ist eine Gefahr, die der Gewerkschaftsbewegung, dem DGB, eine besondere, zwingende Verantwortung für den Kampf gegen die Kräfte des Militarismus und des Kriegskurses aufdiktiert.

Stoppt den Bonner Aufrüstungskurs!

Die Bonner Politik der blinden Gefolgschaft mit dem kriegslüsternen Konfrontationskurs Washingtons liefert uns der Gefahr ans Messer. Bei breiten Teilen der werktätigen Bevölkerung beginnt sich diese Erkenntnis inzwischen durchzusetzen. Dadurch erklärt sich die polarisierte Auseinandersetzung in der SPD über die Nachrüstungsfrage, erklärt sich das zunehmende Friedensengagement in den Gewerkschaften und die beispiellos schnelle Entwicklung einer für hiesige Verhältnisse relativ breiten und starken Friedensbewegung.

Diese Entwicklung ist ermutigend. Nur dürfen wir uns über eines nicht täuschen lassen: Ohne eine direkt und aktiv von breiten Teilen der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes getragene machtvolle Bewegung gegen den Bonner Kurs und für eine echte Friedenspolitik läßt sich die Regierung in Bonn nicht daran hindern, ihren verhängnisvollen Weg fortzusetzen. Eine echte Volksbewegung tut not, und die wird es nur geben, wenn die Gewerkschaften dabei eine maßgebliche aktive Rolle übernehmen.

Sicher kann man davon ausgehen, daß bereits heute breite Schichten der Werktätigen mit den Demonstrationen gegen den sogenannten NATO-Doppelbeschluß und gegen die abenteuerliche Ankoppelung der Bundesrepublik an die Konfrontationspolitik der Reagan-Regierung sympathisieren. Aber das genügt nicht, um in Bonn Schritte zu erzwingen, die einer Entschärfung der Lage dienen. Das reicht nicht aus, um den Aufrüstungskurs zu bremsen oder gar zu stoppen; von einem grundlegenden Kurswechsel, einer Politik der Loslösung von den USA, hin zur Neutralität, also einer echten Abrüstungs- und Entspannungspolitik, gar nicht zu reden.

Deshalb müssen da unbedingt unsere Gewerkschaften ran! Die zahlreichen Beschlüsse zur Friedenspolitik, die in den vergangenen Monaten von gewerkschaftlichen Gremien bis hin zu Gewerkschaftstagen und zum DGB-Bundeskongreß gefaßt wurden, müssen konsequent in die Realität, in Aktionen umgesetzt werden, trotz des erbitterten Widerstands eines Großteils der Gewerkschaftsführer. Der Antikriegstag 1981 muß dazu einen Beitrag leisten.



Auf den 1.-Mai-Demonstrationen hat der Kampf für Frieden bei den Gewerkschaftern schon einen breiten Raum eingenommen.



1.-Mai-Demonstration in Hamburg

Gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau

Heute machen sich die meisten Arbeiter durchaus Sorgen über die Kriegsgefahr. Aber was ihnen eben noch mehr auf den Nägeln brennt, sind die Arbeitslosigkeit und die Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage. Reallohnabbau, Preistreiberei und der jetzt begonnene massive Angriff der Unternehmer und der Regierung auf den sozialen Besitzstand, auf das schwer erkämpfte „soziale Netz", machen den Familien der Werktätigen das Leben schwer und werden es ihnen in unmittelbarer Zukunft noch wesentlich schwerer machen.

Auch hier ist gewerkschaftliche Gegenmacht zur Bekämpfung der Bonner Politik des Sozialabbaus dringend nötig.

Gleichzeitig ist es nötig, beide Fronten, die soziale- und die Friedensfront, in ihrem engen Zusammenhang zu sehen.

Nicht nur die Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftskrise auf die Staatsfinanzen werden von der Bonner Regierung rücksichtslos auf die Werktätigen abgewälzt, sondern auch für die maßlos wachsenden Rüstungsausgaben läßt man uns skrupellos zur Ader. Und wie heißt es in Bonn stereotyp zu den gewerkschaftlichen Forderungen nach einer staatlichen Beschäftigungspolitik, die zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen, zum Abbau der wachsenden Massenarbeitslosigkeit dringend notwendig wäre? Dafür sei kein Geld vorhanden!

„Kanonen statt Butter", das ist nicht nur in Washington und Moskau, sondern auch in Bonn der Leitspruch der Herrschenden und ihrer politischen Sachwalter. „Butter statt Kanonen" — das muß dagegen die Losung der Gewerkschaften sein, und zwar nicht nur in schönen Sonntagsreden, sondern im sozialpolitischen gewerkschaftlich organisierten Kampf.

Hier liegen Perspektiven für eine brennend notwendige gewerkschaftliche Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit, die es ermöglicht, die Massen der Arbeiter und Angestellten für die Verteidigung ihrer elementaren Interessen und gegen eine Politik der Aufrüstung und des Sozialabbaus auf die Beine zu bringen und die es zugleich erleichtert, den Kampf für Frieden und Abrüstung in die Betriebe zu tragen.

Gegen eine konsequente Durchführung dieser gewerkschaftlichen Strategie wehren sich reaktionäre Gewerkschaftsführer wie Vetter, Loderer, Hauenschild, Kluncker usw. mit allen Mitteln. Es gibt aber auch einzelne Spitzenfunktionäre im DGB, die sich für eine solche konsequente gewerkschaftliche Kampffront gegen die Arbeiter- und friedensfeindliche Regierungspolitik aussprechen.

Da ist zum Beispiel Christian Götz vom geschäftsführenden Hauptvorstand der HBV-Gewerkschaft zu nennen. Vor einigen Wochen hat Götz auf einer Funktionärskonferenz der HBV in Düsseldorf genau den oben skizzierten Zusammenhang zwischen Friedens- und Kampf gegen den Sozialabbau ausführlich erläutert und gefordert, daß die Gewerkschaften **„ihre Aktivitäten in eine Volksbewegung gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau einfließen"** lassen sollen, die **„in Ansätzen bereits vorhanden"** sei.

Die oppositionellen, klassenkämpferischen Gewerkschafter müssen solche Stellungnahmen, wie die von Christian Götz, entschlossen unterstützen, müssen den Kampf für die Durchsetzung dieser Position führen. Auch dies ist ein Aspekt, der beim diesjährigen Antikriegstag eine Rolle spielen muß.

Eines sollte uns dabei bewußt sein: um in der Gewerkschaft gegen den Widerstand der reaktionären Bonzen durchzukommen, auch in der Frage des Friedenskampfes durchzukommen, müssen die oppositionellen Kräfte im DGB diese Fragen selbständig in die Betriebe, an die Basis tragen, muß man die Kollegen am Arbeitsplatz in diese Diskussion aktiv einbeziehen.

Besonders wir Kommunisten müssen die Kollegen informieren, aufklären, mobilisieren, müssen die Notwendigkeit des Friedenskampfes konkret aufzeigen, des Widerstandes gegen den Bonner Rüstungskurs, gegen die Atomraketen, des Kampfes gegen die Kriegspolitik von NATO- und Warschauer Pakt, für die Neutralisierung Deutschlands. Und wir müssen auch darüber diskutieren, daß Kriege und Kriegsgefahr endgültig erst durch die sozialistische Revolution aus der Welt geschafft werden können.

Zentraler Protestmarsch gegen Nachrüstung

Zahlreiche gewerkschaftliche Gremien, unter anderem auch die Gewerkschaftstage der IG Metall, IG Druck und HBV, und vor kurzem die Bundesfrauenkonferenz des DGB, haben in Entschließungen die Aufhebung des Nachrüstungsbeschlusses gefordert. Diese Forderung muß zweifellos auch im Mittelpunkt des Antikriegstages 1981 stehen. Denn die Verwirklichung des Nachrüstungsbeschlusses gefordert. Diese Forderung muß zweifellos auch im Mittelpunkt des Antikriegstages 1981 stehen. Denn die Verwirklichung des Nachrüstungsbeschlusses zu verhindern, die Stationierung neuer Atomraketen in Deutschland und Europa zu verhindern, das ist momentan die wichtigste Aufgabe, das nächstliegende aktuelle Ziel der Friedensbewegung.

Besonders aus der Gewerkschaftsjugend wurde die Forderung erhoben, anläßlich des diesjährigen Antikriegstages einen zentralen Protestmarsch noch in diesem Jahr durchzuführen, in dessen Mittelpunkt die Forderung nach der Aufhebung des Nachrüstungsbeschlusses stehen soll. Der Bundesjugendausschuß der ÖTV-Gewerkschaft konkretisierte diesen Plan am 29. März dieses Jahres in einem Beschluß, der den DGB-Bundesjugendausschuß auffordert, einen derartigen Protestmarsch umgehend vorzubereiten.

Folgende Hauptforderungen hat der ÖTV-Bundesjugendausschuß für den Protestmarsch vorgeschlagen:

- **gegen Militarismus und Nationalismus,**
- **gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa und der Bundesrepublik,**
- **gegen die Aufhebung der Exportbeschränkungen für Waffenlieferungen an das Ausland,**
- **für erste konkrete Abrüstungsschritte in Ost und West.**

Die KPD ist der Meinung, daß dieser Beschluß des ÖTV-Bundesjugendausschusses genau richtig ist und die Unterstützung aller Gewerkschafter verdient.

Dieser Antrag des Bundesjugendausschusses der ÖTV wurde kürzlich auch von der Landesjugendkonferenz des DGB in Nordrhein-Westfalen unterstützt. Er kann und muß durchgesetzt werden! Ein solcher Protestmarsch könnte ein machtvoller Höhepunkt der Kampagne zum diesjährigen Antikriegstag werden!

Man darf den Antikriegstag nicht im engen Rahmen der Aktion eines einzigen Tages, des 1. Septembers sehen, sondern im Rahmen einer intensiven Kampagne, einer Kampagne, zu der vielfältige Aktivitäten gehören: Flugblätter, Diskussionsveranstaltungen, kleine und große Aktionen aller Art; eine Kampagne, die im Betrieb, in der Gewerkschaft, im Stadtteil, in den Schulen usw. stattfinden muß. Diese Kampagne hat praktisch schon begonnen, und sie gilt es jetzt kraftvoll zu verstärken und auf ihren Höhepunkt, den 1. September, hinzuführen.

ÖTV-Bundesjugendausschuß konsequent gegen Nachrüstung

Statt frommer Sprüche Kampf gegen Wettrüsten

Klare Position gegen beide Supermächte widerlegen Verleumdungen

Wie wir in den letzten Ausgaben des „Roten Morgens" berichtet hatten, faßte der Bundesjugendausschuß der ÖTV-Gewerkschaft Ende März wichtige Beschlüsse zur Nachrüstungsfrage und zum Antikriegstag und zog sich dadurch von Seiten des ÖTV-Hauptvorstands eine öffentliche Schelte zu. Die Beschlüsse des ÖTV-Bundesjugendausschusses beinhalten erstens eine umfassende Einschätzung des Nachrüstungsbeschlusses und der aktuellen Verschärfung der weltpolitischen Situation; zweitens werden an die Gewerkschaftsführung Forderungen gestellt, die auf einen konsequent geführten gewerkschaftlichen Friedenskampf abzielen. Unter anderem wird auch die Organisierung eines zentralen Protestmarsches gegen die „Nachrüstung" durch den DGB gefordert.

Die ablehnende Haltung, die der ÖTV-Hauptvorstand gegen die Position und Beschlüsse seiner Jugendfunktionäre zu der politisch brisanten Frage des Friedenskampfes einnahm und seine öffentlich geführten Angriffe (unter anderem im „ÖTV-magazin") gegen den eigenen Bundesjugendausschuß, ergeben sich daraus, daß die Kluncker, Mertens und Co. die Position der Schmidt/Genscher-Regierung unterstützen, auch in der Frage des Nachrüstungsbeschlusses, daß die ÖTV-Führung die Bonner Politik der engen Gefolgschaft mit Washington und die militaristische Entwicklung des Bonner Staates offenbar billigt. Diesen Bonzen geht es in Wahrheit darum, zu verhindern, daß die Gewerkschaften konsequent gegen Militarismus, Aufrüstung und Kriegsgefahr kämpfen.

Um diese ihre reaktionäre Haltung zu bemänteln, nutzen die promilitaristischen, proamerikanisch orientierten Kräfte im DGB-Apparat die Tatsache aus, daß innerhalb der ein breites politisches und weltanschauliches Spektrum umfassenden Friedensbewegung auch Kräfte eine Rolle spielen, die eine falsche, für den Friedenskampf verhängnisvolle moskauorientierte Position vertreten, die leugnen, daß die Kriegsgefahr und das Wettrüsten nicht nur von den USA, sondern ebenso auch von der Sowjetunion ausgehen.

Die militaristischen, proamerikanischen Kräfte im DGB-Apparat, in den Führungen der DGB-Gewerkschaften, nutzen die Tatsache aus, daß die DKP diese reaktionäre Position in die Friedensbewegung hineinzutragen versucht, um die Friedensbewegung als moskaugesteuert zu diskreditieren. Sie wollen dadurch einen Graben ziehen zwischen den Kollegen, die heute bereits aktiv in der Friedensbewegung kämpfen, und den breiten Massen der Gewerkschaftsmitglieder.

Der schmutzige Trick, dessen sich die Bonzen dabei bedienen, ist der: man erwecke den Anschein, zur Not auch mit den Mitteln der Lüge und Fälschung, als vertrete jeder, der ernsthaft und mit konkreten Forderungen und Aktionen gegen das Wettrüsten, für Entspannung und Abrüstung kämpft, die Position einer einseitigen Kritik lediglich an den USA und der NATO und der Verharmlosung oder gar der Verherrlichung der Sowjetunion, wie die DKP dies tut.

Die Tatsache, daß sich naturgemäß jeder Friedenskämpfer in erster Linie vor die Aufgabe gestellt sieht, die Aufrüstung und Kriegspolitik gerade seines eigenen Landes, gerade seiner eigenen Regierung bzw. des von ihr unterstützten Militärblocks zu verurteilen und zu bekämpfen, nutzen die Vetter, Kluncker und Konsorten demagogisch für Verleumdungen aus: Das sei einseitige und nicht ausgewogene Abrüstungsforderung und wer dies wolle, schwimme im Fahrwasser der Moskowiter.

Was sie dabei nicht offen aussprechen: als Alternative zu dieser angeblich „einseitigen" Orientierung des Kampfes gegen die Aufrüstung blieben doch einzig und allein fromme Appelle an die Machthaber in Moskau und Washington und überhaupt an alle Regierungen, in der Hoffnung, daß die Herrschenden doch endlich vernünftig werden und auf dem Wege von Verhandlungen und internationalen Konferenzen Schritte der Abrüstung und Entspannung realisieren.

Genau diese Vorstellung, daß auf diesem Wege das Wettrüsten gestoppt und der Friede sicherer gemacht werden könnte, wurde doch in den vergangenen Jahren durch die Realität als Illusion entlarvt: Durch die Verschärfung und dramatische Zuspitzung der internationalen Spannungen trotz KSZE und SALT, durch die zunehmende Konfrontation zwischen Ost und West, die irrsinnige Verschärfung des Wettrüstens.

Und genau die Zerstörung dieser Illusion war doch überhaupt der Geburtshelfer der heutigen Friedensbewegung, war doch auch die Voraussetzung dafür, daß Millionen deutscher Werktätiger heute zu erkennen beginnen, welche Gefahr von den beiden Supermächten und von der Bonner Politik der Gefolgschaft mit Washington ausgeht.

Von daher muß man ganz klar sehen: Wenn der ÖTV-Hauptvorstand die Forderung nach der Verhinderung der NATO-Nachrüstung, nach der Verhinderung der Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa und der Bundesrepublik, ablehnt, weil sie „einseitig" sei, so lehnt er damit im Prinzip jeden Kampf gegen das Wettrüsten ab!

Wer unter dem Deckmantel allgemeiner Phrasen von Frieden und Entspannung den Widerstand gegen Aufrüstung und Militarismus abwürgen will, kann sich natürlich auf eine offen und ehrlich geführte Diskussion nicht einlassen. Deshalb hat die ÖTV-Führung zu vertuschen versucht, daß in dem oben erwähnten Beschluß des ÖTV-Bundesjugendausschusses ganz klar und eindeutig die aggressive Politik **beider** Supermächte, auch die der Sowjetunion, aufgezeigt und scharf verurteilt wird.

Im „ÖTV-magazin" wurde der Beschluß der Jugendfunktionäre nur zusammenfassend dargestellt und wohlweislich nicht im Wortlaut abgedruckt. Dabei hat man bezeichnenderweise genau die Passagen, in denen die Agressionspolitik **beider** Supermächte, also auch der Sowjetunion, angegriffen und beim Namen genannt wird, unter den Tisch fallen lassen.

Christian Götz (HBV) zu den Aufgaben der Gewerkschaften

„Volksbewegung gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau"

DÜSSELDORF. — Christian Götz, Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstands der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) sprach am 12. Juni in Düsseldorf vor HBV-Funktionären über das Thema „Friedensdiskussion, Abrüstungsforderungen, Abbau sozialer Leistungen". Dabei stellte er einen engen Zusammenhang her zwischen dem Friedenskampf und dem Kampf gegen den Bonner Kurs des sozialen Abbaus. Er ging ferner darauf ein, welche Aufgaben sich in diesem Zusammenhang für die Gewerkschaften stellen und kam zu der Forderung, daß die Gewerkschaften eine Volksbewegung gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau unterstützen müssen. Im folgenden bringen wir einen Auszug aus dem Referat von Christian Götz.

Götz wies darauf hin, daß die neue amerikanische Regierung von Bonn gefordert hat, durch brutalen Sozialabbau einen *„Kurs extremer Hochrüstung"* zu finanzieren und daß sich in Bonn tatsächlich *„ein Allparteien-Bündnis für Sozialabbau"* entwickelt habe. Im weiteren führte Götz dann wörtlich aus:

„Daß die Bundesregierung dazu in der Tat bereit ist — als kleine Probe aufs große Exempel — bereits im Zusammenhang mit dem am 19. Juni 1981 vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Nachtragshaushalt 1980 vorgeführt. Mit diesem Etat wurde eine Umschichtung öffentlicher Mittel zugunsten des militärischen Sektors und zu Lasten sozialer Verpflichtungen vollzogen. Von den 1,883 Milliarden DM kassierte das Verteidigungsministerium mit 960 Millionen DM (= 51 Prozent) gut die Hälfte. Zum (teilweisen) ‚Ausgleich' erfolgten Einsparungen in so wichtigen Aufgabenfeldern wie Berufsausbildung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Unfallforschung, Krebsforschung und Kampf gegen Luftverschmutzung.

Es gehört keine besondere Prophetie zu der Ankündigung, daß für die nächsten Monate mit einer ‚Konzertierten Aktion' von Bonner Spitzenpolitikern, Kapitalvertretern und Massenmedien zu rechnen ist, um insbesondere die Arbeitnehmer und ihre Familien langfristig auf den Abbau sozialer Leistungen und Ansprüche einzustimmen. Ziel ist, Widerstand sich erst gar nicht entwickeln zu lassen oder bereits im Vorfeld zu brechen.

So forderte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in einer offiziellen Erklärung, die am 2.6. 1981 der Presse übergeben wurde, ‚die strikte Begrenzung der Staatsausgaben', um dann (Originaltext) fortzufahren: ‚In diesem Zusammenhang sei es unvermeidlich, auch das soziale Leistungsrecht konsequent nach Einsparungsmöglichkeiten zu durchforsten, nicht mehr notwendige Sozialleistungen abzubauen und ihre mißbräuchliche Inanspruchnahme durch gesetzliche Vorkehrungen auszuschließen. Hierzu sei das Zusammenwirken aller verantwortliche Kräfte in Staat und Gesellschaft erforderlich.'

Aus der geschilderten politischen Gesamtlage, die durch vielfache Bedrohungen und Gefährdungen von Arbeitnehmerrechten gekennzeichnet ist, müssen die Gewerkschaften Konsequenzen für die Arbeit ziehen.

Es geht darum, daß die Arbeitnehmerorganisationen sich gerade auf diesem über unsere Zukunft entscheidenden politischen Feld als wirksame ‚Gegenmacht' erweisen.

Durch zielgerichteten Ausbau ihrer Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit müssen der DGB und seine Organisationen noch nachdrücklicher als bisher das prinzipielle Interesse der Arbeitnehmer an einer Politik des Friedens und der Entspannung unterstreichen.

Außerordentlich begrüßenswert ist, daß der DGB in den letzten Jahren den traditionellen Antikriegstag neu belebt hat. Neben dem 1. Mai muß der 1. September künftig als Tag gestaltet werden, an dem die organisierte Arbeitnehmerschaft mit machtvollen — und damit von niemandem zu ignorierenden — Demonstrationen für eine Politik des Friedens, der Abrüstung und Entspannung eintritt.

Laut Entschließung des DGB-Bundesjugendausschusses sollen in diesem Jahr nicht nur zum 1. September selbst, sondern auch in seinem Vorfeld vielfältige Aktionen stattfinden, um den geschilderten Forderungen Geltung zu verschaffen. Dabei sollte der Begriff ‚Aktion' nicht restriktiv ausgelegt werden.

Von zentraler Bedeutung ist, eine breite, einheitliche und aktive ‚Front' der Arbeitnehmer und Gewerkschaften gegen den drohenden Sozialabbau herzustellen. *Auch Arbeitnehmer, die auf die Warnung ‚Bedrohung des Friedens' nur begrenzt reagieren, weil diese ‚Losung' möglicherweise zu abstrakt ist und weil sie sich (noch) sicher fühlen, werden bald merken, daß ihre ökonomischen und sozialen Interessen jetzt konkret bedroht sind. Das eröffnet für die Gewerkschaften die Chance — und zugleich die Pflicht — den Widerstand in die breite Mitgliedschaft und in die Betriebe zu tragen.*

Wie bereits einleitend betont, sollen sich die Gewerkschaften durch notwendige Eigenständigkeit und falsche Berührungsängste nicht daran hindern lassen, daß ihre Aktivitäten in eine Volksbewegung gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau einfließen, die in Ansätzen bereits vorhanden ist.



ÖTV-Bundesjugendausschuß zum NATO-Beschluß

„Weltfriede aus Ost und West in dramatischer Weise gefährdet"

Der Hauptvorstand der ÖTV-Gewerkschaft hat dem Bundesjugendausschuß seiner eigenen Organisation öffentlich vorgeworfen, er stehe in der Frage der Friedenspolitik nicht auf den Positionen des DGB und der ÖTV. Unterschwellig soll dabei der Eindruck erweckt werden, als würden die Jugendfunktionäre und die Friedensbewegung als Ganzes im Fahrwasser einer prosowjetischen Kampagne schwimmen. Daß dies eine Verleumdung ist und daß der ÖTV-Bundesjugendausschuß in Wahrheit nur deshalb angegriffen wurde, weil er konkrete und konsequente Schritte der Gewerkschaften zur Bekämpfung des Wettrüstens und der Kriegsgefahr fordert, beweist der von uns untenstehend dokumentierte Teil des Beschlusses, den wir im Wortlaut wiedergeben. In diesem Teil des Beschlusses wird unter anderem die imperialistische und aggressive Politik der beiden Supermächte sowie anderer Staaten, die mit ihnen verbündet sind bzw. sich ihnen als Vasallen unterworfen haben, scharf angegriffen und als Hintergrund und Ursache der Gefährdung des Weltfriedens dargestellt. Es wundert wohl niemanden, daß solches einem Heinz Kluncker oder H.O. Vetter überhaupt nicht in den Kram paßt.



Seit dem NATO-Beschluß im Dezember 1979 hat sich die Weltlage zugespitzt: Die Invasion der Sowjetunion in Afghanistan, Krieg zwischen Iran und Irak, Forderungen nach einer Ausdehnung des NATO-Verteidigungsbereichs auf Afrika und Asien und Planung einer „internationalen Eingreiftruppe" am Persischen Golf, drohende Intervention der UdSSR in Polen, beabsichtigte Ausdehnung deutscher Waffenexporte auf Spannungsgebiete (Saudi-Arabien, Chile), amerikanische Aufrüstung und Ausbildung der Krieg gegen das eigene Volk führenden Militärs in El Salvador, von der neuen US-Regierung geplante militärische Einmischung in Angola und Afghanistan — all das gefährdet den Weltfrieden, insbesondere angesichts des gigantischen Waffenarsenals in Ost und West, in dramatischer Weise. Diese Gefahr kann man nur entschärfen durch eine Politik der Entspannung, der Verhandlungen, der sofortigen Abrüstung.

Die Aufrüstung in Form der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa widerspricht dieser existentiellen Notwendigkeit eindeutig! Für Europa erhöht sich durch diese neuen Waffensysteme die Gefahr der atomaren Vernichtung auch deshalb erheblich, weil durch die technischen Neuerungen die Ziele eines Atomangriffs in weniger als 10 Minuten erreicht werden können — die Vorwarnzeit für den Gegner reduziert sich dadurch auf wenige Minuten, in denen er ebenfalls über den Einsatz seiner Atomwaffen entscheiden muß; da die Aufdeckung eines Fehlalarms aber 20 Minuten dauert [drei Atomalarme durch Computerfehler in den USA allein im Jahre 1980!], wird das Risiko eines „zufälligen", ungewollten, aber nicht mehr abwendbaren Atomkrieges in Europa immer größer.

Von geradezu lebenswichtiger Bedeutung — gerade auch im Interesse der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften — ist daher die Rücknahme des sogenannten „Nachrüstungsbeschlusses", d.h. die Verhinderung der weiteren Produktion neuer Waffensysteme und deren Stationierung in Europa, sowie die sofortige bedingungslose Aufnahme von Abrüstungsverhandlungen!

Die aufgezeigten Gefahren werden vergrößert, falls es zum Bau und zur Stationierung der Neutronenbombe kommt. Die wiederholten Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger verdeutlichen, daß es in der US-Regierung ernsthafte Überlegungen gibt, diese Atomwaffe, die sich durch geringere Explosivkraft und erhöhte Strahlenwirkung und damit durch Schonung von Gebäuden, Maschinen, Waffen und effektivere, ökonomische Vernichtung menschlichen Lebens auszeichnet (Egon Bahr: Perversion menschlichen Denkens), zu produzieren, zu stationieren und gegebenenfalls einzusetzen.

Da diese Nuklearwaffe

- wegen ihrer Materialschonung und Menschenvernichtung der Prototyp einer imperialen Waffe ist,
- den Rüstungswettlauf zwangsläufig beschleunigen würde,
- wegen ihres angeblich „panzerbrechenden" Charakters bereits im „konventionellen" Krieg eingesetzt werden soll, damit die Hemmschwelle frü den Einsatz atomarer Waffen senkt und insgesamt die Atomkriegsgefahr erhöht,

ist ihre Produktion und Stationierung mit allen Mitteln zu verhindern.

‚Der Gewerkschaftstag spricht sich nachdrücklich für eine allgemeine und weltweit kontrollierte Abrüstung und für die Verwirklichung und Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung aus' (Antrag 266, 9. Gewerkschaftstag 1980).

Die ÖTV und der DGB insgesamt müssen ihre allgemein gehaltene Position zur Friedenssicherung, zur Abrüstung und Entspannung konkretisieren und praktisch umsetzen, sollen sie nicht auf dem Papier stehenbleiben und die reale militärische und gesellschaftliche Entwicklung unbeeinflußt lassen. Der ÖTV-Bundesjugendausschuß lehnt deshalb aufgrund der mit der sogenannten ‚Nachrüstung' verbundenen Gefahren und im Interesse der Friedenssicherung und der dafür erforderlichen Abrüstung den Bau von Mittelstreckenraketen (Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles/Marschflugkörpern) und Neutronenbomben und deren Stationierung auf dem Boden der Bundesrepublik ab. Gleichzeitig setzt er sich für eine allseitige allgemeine Abrüstung ein.

Der Bundesjugendausschuß schlägt dem ÖTV-Hauptvorstand bzw. geschäftsführenden Hauptvorstand deshalb vor:

— Darstellung und Begründung der Position zu Mittelstreckenraketen und Neutronenbomben,
— Darstellung und Begründung der Position innerhalb der ÖTV, z.B. durch das ÖTV-Magazin, zu den im Antrag 262 des 9. Gewerkschaftstages beschlossenen Argumentations- und Öffentlichkeitsmaterialien zum Antikriegstag,
• Darstellung und Begründung der Position innerhalb der Gremien des DGB,
— Vorschlag, den Kampf gegen die Mittelstreckenwaffen und Neutronenbomben zum Schwerpunkt des Antikriegstages 1981 zu machen,
— Forderung an Bundesregierung und Parteien, sich im Sinne dieser Position für die Verhinderung neuer Waffen einzusetzen.

Urteil im Düsseldorfer Majdanek-Prozeß

Ein Schlag ins Gesicht der Nazi-Opfer

Ermutigung für Neonazismus — Herausforderung aller Antifaschisten

„...Der Angeklagte Groffmann wird freigesprochen." — Ganz still ist es in diesem Moment im Schwurgerichtssaal des Düsseldorfer Landgerichts, als der Vorsitzende Richter Bogen die Verkündung der Urteilsbeschlüsse seiner Kammer abschließt. Es dauert einen Moment, die Zauschauer müssen erst ein paar mal schlucken, bevor es aus ihnen herausbricht: „Dieses Urteil ist ein Skandal!" — „Eine Beleidigung für die Opfer!" —, „nicht im Namen des Volkes — in meinem Namen wurde dieses Urteil nicht gesprochen!" — „In meinem auch nicht!" — „Nazi-Mörder hinter Gitter!", immer wieder: „Nazi-Mörder hinter Gitter!".

„Wenn jetzt nicht Ruhe eintritt, lasse ich die Störer aus dem Saal schaffen!" Das ist der Kommentar des Vorsitzenden. Er droht mit Polizeigewalt gegen das Volk, dessen Namen er zu seinem Schandurteil mißbrauchte. Mit Polizeigewalt gegen die Überlebenden der Nazi-Barbarei, die sich unter den Zuschauern befinden, gegen die jungen Antifaschisten, die im Gegensatz zu ihm die ausländischen Beobachter des Prozesses davon abhalten, endgültig den Glauben daran zu verlieren, daß man in unserem Lande überhaupt bereit ist, aus den Untaten der Vergangenheit zu lernen.

Eine Beleidigung der Opfer, eine Schande für unser Land, eine Provokation für jeden Antifaschisten — das ist es wirklich, dieses Urteil. Und entsprechend sind die Begleitumstände der Urteilsverkündung.

Polizeischutz für das Urteil

Dieses Bild bietet sich uns, als wir an diesem Morgen den Saal durch einen besonderen Eingang betreten:

Vier Sitzreihen an der hinteren Wand des Raumes sind für „die Öffentlichkeit" vorgesehen — etwa 70 Plätze. Sicher doppelt so viele Menschen wollen hinein; aber allzuviel Öffentlichkeit ist gar nicht erwünscht. Auch das Stehen im Saal ist verboten.

Vor den Zuschauerplätzen befinden sich die Stühle für die Journalisten. Dazwischen ist ein Gang freigehalten.

Und hier stehen die, auf die sich die Drohung des Richters stützt: Polizisten in Uniform als Greiftrupp, die Augen stets auf die Besucher gerichtet. Unbeteiligt, routiniert manche. Mancher noch jung, leicht verunsichert. Einer von ihnen läßt seine Augen nicht von einem alten Widerstandskämpfer, der in seinem Häftlingsanzug erschienen ist, das rote Dreieck des „Politischen" aufgenäht, Abzeichen des Widerstands von früher und von heute angeheftet. Aber alle Polizisten sind bereit zur Gewalt, zum Schutz des Urteils, das alten und neuen Faschisten in Deutschland neuen Auftrieb gibt. Die Einsatzleitung, in Zivil, sitzt etwas beiseite.

Dennoch verebben die empörten Rufe nur langsam. Die Beamten verhindern die Entfaltung eines Transparentes, das zum Kampf gegen Nazi-Terror aufruft. Die Disziplin der Zuschauer verhindert einen Prügeleinsatz. Und es ist nicht Angst, die manchen von ihnen weinen läßt. Es ist Entsetzen über die Möglichkeit eines solchen Urteils in diesem Land in dieser Zeit.

Stoff für den Polizeicomputer

Was die Polizei angeht, so waren wir schon auf einiges vorbereitet, bevor wir den Verhandlungssaal betraten. Denn ehe wir da überhaupt hinkamen, mußten alle Zuschauer eine entwürdigende Behandlung über sich ergehen lassen. Nach stundenlangem Warten vor dem Gittertor des Hofeinganges — der Haupteingang war für die Öffentlichkeit gesperrt — wurden in längeren Abständen jeweils fünf Menschen durchgelassen. Es folgte eine Ausweiskontrolle. Nach Überqueren des Hofes wurde der Besucher erneut weggenommen, ein Beamter notierte die persönlichen Daten. Bei uns gehört jemand, der einen Prozeß gegen Faschisten besucht, in den Polizeicomputer ... Währenddessen wurde man in einer Kabine von oben bis unten abgetastet. Ein passender Rahmen für einen KZ-Prozeß!

250000 Morde

Dann tut sich vor den Zuschauern noch einmal das ganze Grauen auf, das mit dem Namen „Majdanek" verbunden ist: Mindestens 250000 Menschen wurden dort ermordet (mindestens 200000 hält auch dieses Gericht „für sicher"). Vernichtet durch unmenschliche Sklavenarbeit, vernichtet durch Erschießen, Ertränken, Erwürgen, Erhängen, Vergasen ... Am 3.11.1943 werden bei der „Aktion Erntefest" sämtliche 40000 Juden aus dem Bezirk Lublin erschossen.

Und es steht einwandfrei fest: Alle Angeklagten haben aktiv daran mitgewirkt! Das Gericht aber schenkt den Zeugenaussagen selten Glauben. Es glaubt eher den SS-Leuten, obwohl diese, wie Richter Bogen feststellte, andauernd „bewußt falsch ausagten". So heißt es außer bei Hermine Ryan stets nur „Beihilfe" zum Mord, nicht „Mittäterschaft", nicht „Mord". Deshalb gibt es auch nur Zeitstrafen, und die fallen so niedrig aus, daß die Zuhörer es zuerst gar nicht fassen können (s.u.).

Beweisnotstand?

„Nach mehr als 35 Jahren ist die Obergrenze eines mit dem Mittel des Zeugenbeweises zu führenden Verfahrens erreicht", sagte Richter Bogen. Das ist natürlich nicht falsch. Der grundlegende politische Skandal dieses wie der meisten anderen NS-Prozesse ist in der jahrzehntelangen Prozeßverschleppung zu sehen, in der zum Teil von staatlicher Seite betriebenen Prozeßverhinderung, die es ungezählten Mördern ermöglichte, ohne jede Bestrafung einen ruhigen Lebensabend zu verleben.

Dennoch ist dieses Urteil, ist das Verhalten des Gerichts in Düsseldorf ebenfalls ein riesenhafter Skandal. Das Gericht schenkte den verlogenen Verbrechern Glauben, auch da noch, wo Lügen offensichtlich waren; den Opfern aber wurde nicht mehr geglaubt, sobald minimale Erinnerungslücken — die am Kern ihrer Aussage gar nichts änderten — auftraten. Das Gericht ließ die Verhöhnung der Überlebenden durch die Nazi-Verteidiger zu. Es billigte die noch während des Verfahrens betriebene Prozeßverschleppung durch unsinnige provokatorische Anträge der Verteidiger.

Mißachtung des Völkerrechts

Und nicht zuletzt ist die Art und Weise der Verhandlungsführung ebenso wie die der Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft eine Mißachtung des geltenden Völkerrechts.

Wer der Urteilsbegründung aufmerksam gefolgt ist, dem wird etwas aufgefallen sein bei den wenigen Angeklagten, die bereits einmal vor einem polnischen oder sowjetischen Gericht gestanden haben, bevor sie in die Bundesrepublik ausgewiesen wurden.

Petrick wurde 1949 in der Sowjetunion zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, 1955 nach Westdeutschland abgeschoben. Lächert wrude 1946 in Polen zu 15 Jahren Haft verurteilt und kam 1956 in die Bundesrepublik. Wesentlicher Anklagepunkt und Grundlage der Verurteilung: **„Zugehörigkeit zur verbrecherischen Organisation SS".**

Das entspricht dem Buchstaben und Geist der Nürnberger Kriegsverbrecher-Urteile, die die Grundlage für ein neues Völkerrecht legen sollten. Damals ist die SS insgesamt zur verbrecherischen Vereinigung erklärt worden, deren Mitglieder sich freiwillig an der Zweckbestimmung dieser Organisation — und das war in den KZs die planmäßige Organisierung und Durchführung von Massenmord — beteiligt haben. Sie sind alle, ganz unabhängig von ihren einzelnen konkret nachweisbaren Verbrechen, Mittäter bei den Mordaktionen. Deshalb widersprach die Anlage des Prozesses, die gemeinschaftlichen Tatbeiträge der Angeklagten als freiwillige SS-Leute im Rahmen der Vernichtungsaufgabe des KZs Majdanek in jeweils einzeln strafrechtlich zu wertende Teilstücke zu zerlegen, mitsamt der daraus folgenden langjährigen und entwürdigenden Einzelbeweisführung dem Völkerrecht.

Dieser Prozeß gestaltete sich mit dem Urteil endgültig zu einer politischen Entscheidung zugunsten des Neofaschismus in Westdeutschland, der sich auf die niedrigen Strafen berufen kann. So schlimm kann es im KZ schließlich gar nicht gewesen sein, wenn ein „durchschnittlich grausamer Kommandanturangehöriger" wie Villain nur sechs Jahre, wenn ein Massenmörder wie Ellwanger nur drei Jahre Haft erhält — solche Strafen gibt es heute doch auch bei relativ harmlosen Delikten! Das Urteil zeigt einmal mehr das Interesse des westdeutschen Staates, eine Bewältigung der faschistischen Vergangenheit im Sinne der Opfer und der Völker der Welt, nicht zuletzt des deutschen Volkes, zu verhindern — aus gutem Grund. (Siehe auch den Kommentar auf S. 2)

Eine extreme Provokation

Als freie Männer verließen die vier Angeklagten den Saal. Noch ist das Urteil nicht rechtskräftig, und neben Groffmann können auch Ellwanger, Petrick und Strippel ihre Freiheit genießen. Damit nicht genug: Die Verteidigung hat Revision angekündigt! Nicht nur die Staatsanwaltschaft wird also versuchen, an dem Urteil etwas zu ändern und eine höhere Bestrafung aller bis auf Groffmann zu erreichen, sondern die Nazi-Anwälte rechnen sich noch Chancen aus, weitere Freisprüche zu erreichen! Auch sie wurden natürlich ermutigt von der hilflosen Begründung des Gerichts. Und eine weitere bekannte Person aus dem faschistischen Lager dürfte sich gefreut haben: Josefine Jürgens von der Stillen Hilfe. Sie war natürlich auch anwesend, trug stolz das Band ihres Bundesverdienstkreuzes und machte Propaganda für ihre Schützlinge, die armen Opfer der jüdisch-kommunistischen Verschwörung.

Die Düsseldorfer Antifaschisten, die noch am Tage zovr durch die Stadt demonstrierten, haben weitere Aktionen gegen das Urteil angekündigt. Für jeden Demokraten in unserem Land ist es eine Herausforderung, eine Mahnung, den antifaschistischen Kampf mit noch größerem Nachdruck wieterzuführen!

Mahnwache vor dem Düsseldorfer Landgericht. Auch für die nächste Zeit planen die Antifaschisten weitere Aktionen. Wie der Staat auch den Protest zu unterdrücken versucht, konnte man am Abend vor der Urteilsverkündung erleben: mit gezogener Pistole ging ein ziviler Feldjäger auf einen uniformierten Soldaten los, der sich an einer Mahnwache beteiligte. Er zog auch zweimal durch — nur hatte er glücklicherweise sein Magazin verloren! Stundenlang dauerte es, bis die Polizei zur Aufnahme einer Strafanzeige gezwungen werden konnte.

Die Urteile

Lebenslänglich nur für **Hermine Ryan**, die **„Schindmähre"** oder **„Stute"**. Diese Bestie in Menschengestalt hat, wie selbst das Gericht feststellte, „ihre Aufstiegschancen unter Übergehung aller moralischen Schranken genutzt", als sie sich 1939 von der SS freiwillig für den KZ-Dienst anwerben ließ. Vor Majdanek war sie bereits in Ravensbrück tätig.

Ansonsten blieb das Urteil aber noch weit hinter den Forderungen der Staatsanwaltschaft zurück.

Nur 12 Jahre für **Hildegard Lächert**, die **„blutige Brygida"**, die sich 1942 der SS anschloß und „in kurzer Zeit zu einer der brutalsten Aufseherinnen der KZ-Geschichte" (Bogen) wurde. Sie leitete die Vergasung von Kindern und Säuglingen.

Nur 10 Jahre für **Hermann Hackmann**, den Schutzhaftlagerführer, der bereits 1934 zur SS ging und sich in den KZs Esterwege, Sachsenhausen und Buchendwald auf Majdanek vorbereitete und **„einer der skrupellosesten Lagerkommandanten des „3. Reiches"** (Bogen) war. Er leitete unter anderem die Massenerschießung seuchenkranker sowjetischer Häftlinge und schoß auch selbst aus seiner Pistole auf sie. Das bezeugte sogar SS-Mann Ellwanger, der dabei war und eingestandenermaßen mit der Maschinenpistole auf Gefangene schoß, die noch lebten, nachdem man sie in eine Grube gestoßen hatte. Später nahm Ellwanger die Aussage zurück — das Gericht gab sich damit zufrieden. **Und Ellwanger, der überführte Todesschütze, erhielt nur 3 Jahren die niedrigste Strafe überhaupt!**

Nur 8 Jahre für **Emil Laurich**, der in Majdanek bereits auf eine KZ-Karriere in Oranienburg, Neuengamme und Groß Rosen zurückblicken konnte. 8 Jahre nur für einen, der als Folterknecht berüchtigt war, der seinen Opfern mit der Peitsche die Augen ausschlug, der Hunderte von Häftlingen zur Exekution führte — das Gericht sah seine eigene aktive Teilnahme in mindestens fünf Fällen als erwiesen an — und deshalb im Lager **„der Todesengel"** genannt wurde.

Nur 6 Jahre für **Villain**, nach Zeugenaussagen **„einer der fanatischsten SS-Männer"**, vor Majdanek bereits in Dachau und Auschwitz tätig. Das Gericht hielt ihm zugute, er sei „nicht schlimmer gewesen als der Durchschnitt der übrigen Kommandanturangehörigen"!

Nur 4 Jahre für **Arnold Strippel**, der sich bereits 1934 freiwillig bei dem SS-Totenkopfsturmbann Sachsen meldete. Strippel wurde 1949 in Frankfurt/Main wegen gemeinschaftlichen Mordes in 21 Fällen zu lebenslanger Haft verurteilt, saß aber nur zehn Jahre. Im Laufe der Jahre, über ein Wiederaufnahmeverfahren, wurde die Strafe auf fünf Jahre zusammengestrichen — für die längere Haftzeit erhielt der Mörder Entschädigung!

Nur 3 1/2 Jahre für **Fritz Petrick**, den **Erfinder des „Todeslaufs"** — einer „Sportübung", bei der Häftlinge nach ihrem auszehrenden Arbeitstag im Laufschritt ums Lager gehetzt wurden. Auch Petrick hat sich bereits in Buchenwald „bewährt".

Und gar Freispruch für **Heinrich Groffmann.** Wegen ihm, so sagte der Zeuge Stanislawski aus, hieß das Feld 3 in Majdanek das „Todesfeld". In einem Fall hat Groffmann **150 Menschen eigenhändig erschlagen**, so erinnerte sich der Zeuge vor Gericht, als er den Mörder wiedererkannte. Dieser Fall zählt aber nicht zu den offiziellen Anklagepunkten und spielte deshalb keine Rolle...

Nach Festnahme des WSG-Führers:

Die Schonzeit für Hoffmann muß jetzt vorbei sein

Verdachtsmomente für Beteiligung am Oktoberfestattentat erhärtet

NÜRNBERG. — Nun läßt es sich auch beim besten Willen nicht mehr verheimlichen: Der faschistische Wehrsportgruppenchef Hoffmann hat die ihm von den Behörden trotz vielfacher Hinweise auf seine Beteiligung am Massaker auf dem Münchener Oktoberfest gewährte Freiheit genutzt, um eine neue bewaffnete Bande aufzubauen und weitere schwere Gewaltverbrechen vorzubereiten. Hoffmann wurde viel zu spät verhaftet. Wenn sich die bayerischen Behörden jetzt mit dieser Aktion brüsten, ist das ein Hohn auf die Realität, auf den jahrelangen Schutz, die sie diesem Gewaltverbrecher gewährt haben.

Neben Hoffmann wurden drei weitere Faschisten festgesetzt: Odfried Hepp, der nach Beendigung einer Tätigkeit und Ausbildung im Libanon nach Westdeutschland zurückgekehrt war, um hier seine verbrecherische Tätigkeit aufzunehmen, sowie die Neonazis Peter Hamberger und Hans-Peter Fraas.

Immer schwerer fällt es den Behörden auch, die Beteiligung Hoffmanns an Planungen und Durchführungen des Oktoberfestattentats zu leugnen. Ausdrücklich bestätigen mußte ein Sprecher des Landeskriminalamtes Bayern die Aussage eines Arabers, dem gegenüber Hoffmann in Damaskus eine solche Beteiligung selbst zugegeben hatte! Dennoch ist längst nicht sicher, ob der Ausbilder des Mörders nun deshalb auch bestraft wird. Denn noch am 2. Juli hatte Bundesanwalt Rebmann die Stirn zu behaupten, für eine solche Beteiligung lägen ihm bisher keinerlei Anhaltspunkte vor!

Fest steht weiterhin der Kontakt Hoffmanns zur verbrecherischen Falange-Partei im Libanon, der er Waffen und Material geliefert hat. In der Presse werden darüber hinaus immer wieder Berichte hochgespielt, nach denen Hoffmann angeblich Kontakte zur PLO gehabt habe. Derlei Behauptungen hat die Palästinensische Befreiungsorganisation energisch zurückgewiesen.

Verhaftet wurde auch Hoffmanns Freundin Franziska Birkmann. In ihrem Schloß Ermreuth, das der Hoffmann-Truppe als Stützpunkt dient, wurden gefälschte Dollarnoten sowie 1500 Gramm TNT-Sprengstoff und ein 250 Gramm schwerer zündfertiger TNT-Sprengsatz gefunden. Franziska Birkmann gehört, wie im RM berichtet, auch eine Brille, die man neben dem ermordeten jüdischen Verleger Levin gefunden hatte. Dennoch zögert die Bundesanwaltschaft immer noch mit der Anklageerhebung.

Erfolgreich ist Hoffmann offensichtlich auch als Organisator weiterer bewaffneter Banden im Bundesgebiet. Verbindungen deuten sich an zu einer Wehrsportgruppe im Ruhrgebiet, die von dem Dortmunder Udo Albrecht geleitet wird. Albrecht wurde festgenommen, nachdem in einem seiner Verstecke eine Maschinenpistole mit 580 Schuß Munition, eine tschechoslowakische Pistole, 17 gestohlene oder gefälschte Kraftfahrzeugkennzeichen sowie drei Kennzeichenrohlinge nebst Prägematerial gefunden wurden.



Karl-Heinz Hoffmann

Man erinnere sich angesichts der immer weitergehenden Aufdeckungen von Verbrechen der Hoffmann-Bande an die verschiedenen Aussprüche der bayrischen Staatsregierung insbesondere des Ministerpräsidenten Strauß, mit denen Hoffmann als harmlos-spleeniger Waldspaziergänger dargestellt wurde, dem man nicht den Gefallen tun solle, ihm allzuviel Aufmerksamkeit zu schenken. **Diese Politiker sind mitschuldig an allen Gewaltverbrechen der Faschisten!**

Allen Antifaschisten führen die Enthüllungen außerdem vor Augen, daß die bewaffneten Banden der Neofaschisten keinesfalls als harmlos anzusehen sind. Sie bewaffnen sich nicht für Geländeübungen. Sie bewaffnen sich zum Einsatz gegen das Volk! Seit langen Jahren ist der Ausspruch Hoffmanns bekannt, es stünde bereit, wenn sich der Staat „gegen die Kommunisten" zu wehren habe. Und das ist mit Sicherheit auch der tiefere Grund, warum ihnen von staatlicher Seite derartige Zuvorkommenheit oder zumindest Schonung entgegengebracht wird.

Wir fordern: Schluß mit der Verschleierung von Hoffmanns Verbrechen! Vollständige Aufdeckung und Öffentlichmachung seiner Verantwortung für das Oktoberfestattentat! Verbot aller Neonazi-Organisationen — alle Neonazis hinter Gitter!

„Pressefreiheit ins Herz getroffen"

Fernsehaufnahmen zur Strafverfolgung beschlagnahmt

Polizei in Berlin setzt auf Gewalt

WESTBERLIN. — Einen neuen Schlag gegen die Freiheit der Berichterstattung in der Bundesrepublik und Westberlin landeten Staatsanwaltschaft und Polizei Ende Juni. Bisher nicht veröffentlichtes Filmmaterial des ZDF und des SFB (Sender Freies Berlin) wurde beschlagnahmt, um Strafverfahren gegen Teilnehmer einer Demonstration in Westberlin vom 25. Juni einleiten zu können.

Die Rundfunk- und Fernsehanstalten, Gewerkschaften und Journalistenverbände legten schärfsten Protest ein und kündigten gerichtliche Maßnahmen an.

Nach den Pressefotografen will die Staatsanwaltschaft jetzt auch die Reporter der Filmanstalten zu Bütteln der Strafverfolgungsbehörden machen. Wie berichtet, hat die Polizei vor einigen Wochen bereits Filmmaterial der „Hannoverschen Zeitung" beschlagnahmt, um darauf abgebildete Demonstranten verfolgen zu können. Mit der einschneidenden Verletzung der freien Berichterstattung und des Redaktionsgeheimnisses „wird die Pressefreiheit ins Herz getroffen", stellte der Hauptvorstand der IG Druck und Papier fest.

Der Staat schreckt bei dem Bemühen, die Jugendunruhen niederzuschlagen, vor keinem Mittel zurück; die angeblich heiligen Grundrechte des Grundgesetzes sind für ihn im Ernstfall wertloses Papier. Es ist ein schlechter Witz, wenn die Behörden die Vorwürfe damit abzuschächen versuchen, die Filme würden zwar zur „Identifizierung von Straftätern" herangezogen, das Zeugnisverweigerungsrecht von Journalisten werden aber „nicht angetastet".

Diese Maßnahmen sind ein weiterer Schritt auf dem Weg der Vervollkommnung des Polizeistaates. Wir untertützen entschieden die Journalisten in ihrem Kampf gegen die Beschneidung ihrer beruflichen Freiheiten, der ein Kampf zur Verteidigung grundlegender demokratischer Rechte aller Bürger dieses Landes ist. Wir unterstützen die Bemühungen des Deutschen Journalisten-Verbandes, dessen Vorsitzender Schneider auf „die Dringlichkeit einer gesetzlichen Regelung, die derartige Beschlagnahmungen eindeutig ausschließt", hingewiesen hat.

Im übrigen könnte es gerade die Westberliner Staatsanwaltschaft und Polizei wesentlich leichter haben, wirkliche Straftäter zu finden. Denn was schon lange als Verdacht vorhanden war, haben inzwischen mehrere Demonstranten und — laut „Stern" — **auch ein Journalist** gesehen: daß sich zivile Polizeibeamte Plaketten der Alternativen Liste anstecken und als „vermummte Chaoten" aus den Polizeiwagen sprangen. Dieser Einsatz von Provokateuren unterstreicht, daß der Berliner Senat eine Eskalation der Gewalt will und einen noch härteren Polizeieinsatz für die Zukunft plant.

Man muß sich dies vor Augen halten, wenn man den Kommentar des Innensenators Lummer richtig bewerten will, der über die Jugendlichen in Westberlin, die sich einem brutalen Polizeiterror gegenübersahen und natürlich nicht immer kalt und berechnend reagieren, vor einigen Tagen sagte: „Sie suchen einen Toten. Sie wollen einen neuen Ohnesorg." Denn genau wie bei Benno Ohnesorg, der als Anti-Schah-Demonstrant 1967 über den Haufen geschossen wurde, wird die Polizei daran schuld sein, wenn es tatsächlich wieder Tote auf den Straßen Berlins **geben wird. Aus den Worten Lummers spricht blanker Zynismus.**

Nach den Massenverhaftungen vom 5. März:

66 Anklagen in Nürnberg

NÜRNBERG. — Nach den Massenverhaftungen von Nürnberg, bei denen im März 141 Menschen ohne jede Prüfung der Richtigkeit der ihnen zur Last gelegten Straftaten per Unterschrift auf hektografierten Haftbefehlen eingesperrt worden waren — sie sollen sich an einer Demonstration gegen Wohnungsnot beteiligt haben, bei der sechs Schaufensterscheiben beschädigt wurden — kommt es jetzt zur Anklageerhebung: 66 von ihnen, darunter 14 Jugendliche, werden vor Gericht gestellt. Allen über 18 Jahren drohen Haftstrafen bis zu zehn Jahren. Gegen die Jugendlichen wird nach den Bestimmungen des Jugendgerichtsgesetzes verhandelt.

Immer noch versuchen die bayerischen Regierungspolitiker, die Ausschreitungen der Polizei vom 5. März zu rechtfertigen. Immer noch behaupten sie entgegen den Tatsachen, alle 141 Fälle hätten einer individuellen Prüfung unterlegen, bevor der Haftrichter die Haftbefehle unterschrieben habe. Wo sich auch nur minimale Anhaltspunkte für eine Beteiligung an der Demonstration und den „Gewalttaten" konstruieren ließen, erfolgte eine Anklage. An den Angeklagten will die Staatsregierung ein abschreckendes Exempel statuieren.

Das heißt aber auch, daß sich gegen die 59, die keine Anklage mehr zu erwarten haben, auch mit aller Gewalt nichts feststellen ließ. Das beweist deutlich, daß es sich bereits damals um Abschrekkungsmaßnahmen gehandelt hatte. Und das überführt die Politiker und Richter der Lüge. Von wegen individuelle Prüfung!

Strauß, Hillermeier und Co. sind natürlich wütend. Deshalb beschimpfen sie auch die 59 in übelster Weise: der Tatverdacht bestehe fort; daß sie nicht „mit der für eine Anklage erforderlichen Sicherheit überführt werden" konnten, sei nicht zuletzt auf „massive Verdunklungsmaßnahmen — von der Vermummung von circa 40



Über 5000 Menschen demonstrierten am 11.3. in Nürnberg gegen den Polizei- und Justizterror.

Straftätern bis hin zur Alibibeschaffung durch Meineid", zurückzuführen.

Die Anklage gegen die über 18jährigen wurde übrigens gleich vor dem Landgericht erhoben. Damit wird ihnen eine Berufungsinstanz genommen.

Mit Prozeßbeginn ist Ende September zu rechnen. Zu den Vorbereitungen darauf gehören auch bauliche Veränderungen am Gerichtsgebäude — zur „Erhöhung der Sicherheit". Man fürchtet berechtigterweise breiten Protest. Im Landgericht in Höhe des Sitzungssaales 619 wurde ein Gang mit einem etwa 2,30 Meter hohen schmiedeeisernen Gitter mit 32 Gitterstäben und einem Sicherheitsschloß versehen. Außerdem wurde von einem Treppenaufgang eine neue Tür durchgebrochen, um Prozeßbeteiligten, Richtern und Schöffen einen gesonderten Zugang zum Saal zu ermöglichen.

Eltern und Freunde von den im März Inhaftierten haben inzwischen Justizminister Hillermeier in einer Erklärung scharf angegriffen. Ein Vater hielt ihm vor, daß er bis heute auf ein am 16. März abgeschicktes Schreiben hin noch nicht einmal den Empfang bestätigt hat. Die Eltern zeigen auch auf, daß der Prozeß gegen eine Zeugin, die wegen angeblicher Falschaussage zu 18 Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt worden war, in Windeseile durchgezogen wurde, „um weitere Zeugen abzuschrecken".

Eines jedenfalls ist den Politikern in Bayern nicht gelungen: mit ihrer Anklageerhebung den Eindruck zu erwecken, nun hätte man aber die sicheren Straftäter herausgefunden, und damit etwa die Solidarität aufzuweichen. Die Solidarität aller Gegner des Polizeistaates gehört im besonderen Maße den Nürnberger Angeklagten. Das werden die Justiz und Polizei mit Sicherheit auch während des Prozesses zu spüren bekommen.

Meldungen

Leugnung der Judenvergasung..

WESTBERLIN. — Die Aktion Sühnezeichen und das Öffentliche Komitee der Auschwitz-Überlebenden in Israel fordern von der Bundesregierung baldige Gesetzesinitiativen, um die Leugnung der Judenvernichtung während der Nazidiktatur strafrechtlich verfolgen zu können. Bekanntlich streiten alle faschistischen Organisationen in ihren Veröffentlichungen, die heute noch mit staatlicher Duldung und Förderung in Westdeutschland verbreitet werden, die Massenmorde ab. „Aus Solidarität mit den Opfern und Überlebenden, aber auch um der Zukunft der Bundesrepublik willen", so heißt es in einer Erklärung der anfangs genannten Organisationen, dürfe eine derartige Propaganda nicht länger hingenommen werden.

...in Frankreich strafbar

PARIS. — „Wer die systematische Auslöschung der Juden leugnet, tötet die Opfer ein zweites Mal." Das ist der Standpunkt der Pariser Staatsanwaltschaft. In einem Prozeß gegen den „Historiker" Robert Faurisson bestätigte das Gericht die Richtigkeit dieser Feststellung. Faurisson wurde zu einer dreimonatigen Gefängnishaft und 21000 Francs Geldstrafe verurteilt, weil er die Existenz von Gaskammern in Auschwitz betritten und die Berichte über die Juden-Vergasungen als „historische Lüge" bezeichnet hatte.

„National-Zeitung" verbieten

BONN. — Eine Indizierung der faschistischen „National-Zeitung" als jugendgefährdende Schrift lehnte die zuständige Bundesprüfstelle am 2. Juli ab. Aus formalen Gründen: § 7 über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften nimmt politische Zeitschriften von einer Dauerindizierung aus. Nur durch ein Grundrechtsverwirkungsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, das von der Bundesregierung, einer Landesregierung oder einem Drittel der Bundestagsabgeordneten angestrengt werden müsse, könnte durch ein Verbot der Zeitung auch ihr jugendgefährdender Einfluß unterbunden werden.

Verdienskreuz aberkennen

DÜSSELDORF. — Die massenhaften Proteste gegen die Auszeichnung der faschistischen Propagandistin Josefine Jürgens, die als Mitglied der als gemeinnützig anerkannten Stillen Hilfe unter anderem die faschistischen Massenmörder im Düsseldorfer Majdanek-Prozeß betreut, den Prozeß als ein Verbrechen am deutschen Volk verleumdet, die Überlebenden des Terrorregimes beschimpft und zum „Aufstand gegen Juden und Kommunisten" auffordert, zeigen Wirkung. Die Landesregierung von NRW, die Frau Jürgens für die Auszeichnung vorgeschlagen hatte, will prüfen, ob diese sich durch ihre Äußerungen strafbar gemacht habe und ihr der Orden abzuerkennen sei. Die Regierung hält allerdings weiter an der unsinnigen Behauptung fest, sie habe von der Tätigkeit dieser Frau bisher nichts gewußt.

„Kieler Woche" — Zeichen des Antimilitarismus

KIEL (Volkskorrespondenz). — Am Sonntag, den 28.6.1981, führten ca. 80 Antimilitaristen eine Aktion gegen die traditionell anwesenden NATO-Kriegsschiffe durch. An diesem Nachmittag wurde der Marinehafen zur Besichtigung der Schiffe geöffnet; ein bewährtes Mittel, mit Hilfe der Faszination moderner Technik vor allem jüngere Menschen für das Kriegshandwerk zu begeistern. Deshalb entschlossen sich Antimilitaristen unterschiedlicher politischer Heimat, darunter auch Teilnehmer des an diesem Tage in Kiel weilenden Friedensmarsches, zu einer spektakulären Aktion, die **offiziell totgeschwiegen** wurde.

Einige Mutige banden sich Tücher mit Buchstaben auf den Rücken und zogen Mäntel oder Jacken darüber. Gemeinsam zog man zur Tirpitz-Mole (Kieler Kriegshafen), wo die Schiffe vor Anker lagen. Mitglieder der DFG/VK verteilten vor dem Eingang des Hafens Flugblätter, eine Gruppe von Frauen demonstrierte mit weißen wehenden Gewändern und weißgeschminkten Gesichtern gegen Atomwaffen.

Anti-NATO-Striptease

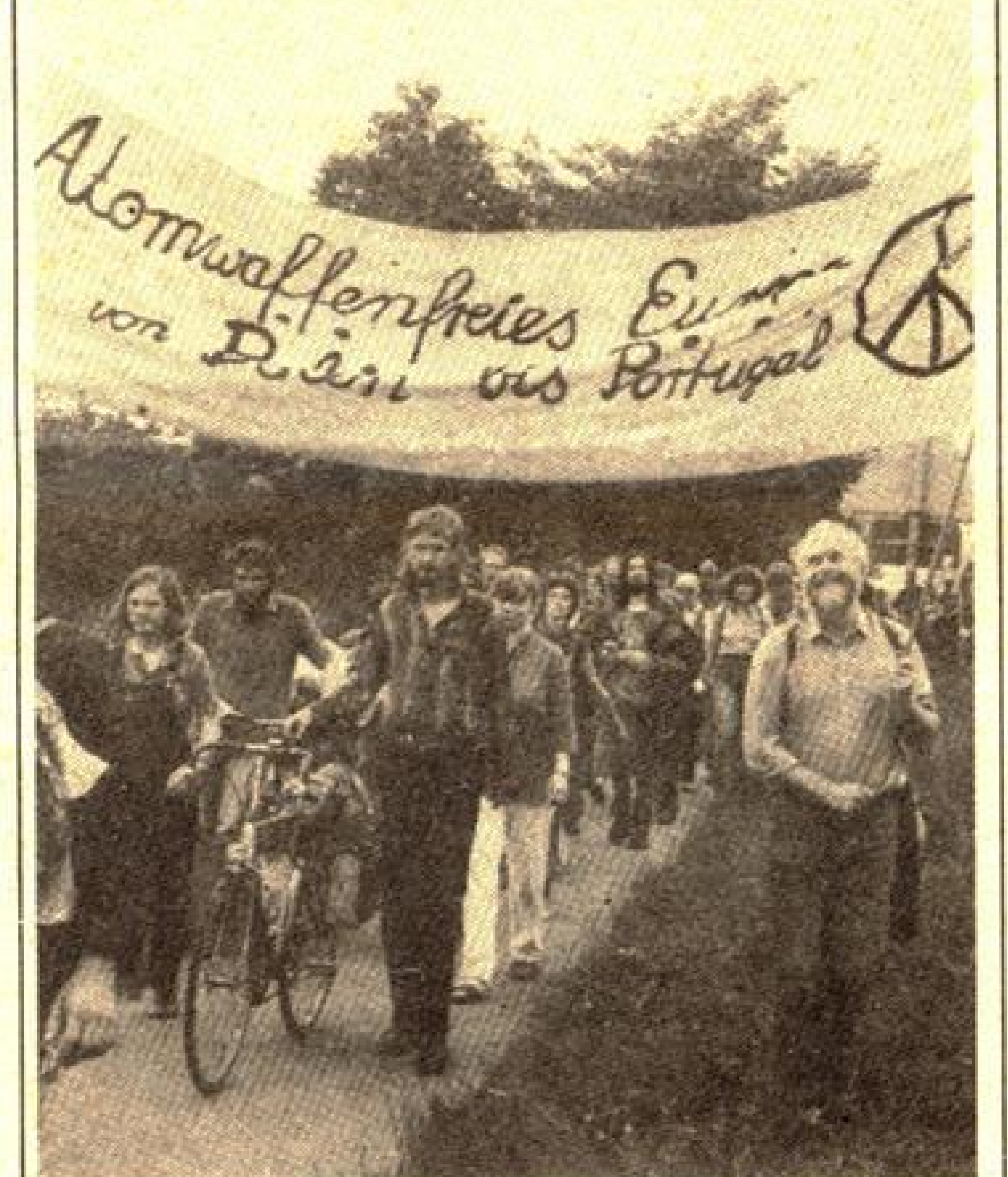
Feldjäger der Bundeswehr führten am Eingang zur Mole eine Gesichtskontrolle durch. Wer allzu lange Haare hatte, wer ein verdächtiges Abzeichen trug, wer auf seinem „Ostfriesenerz" ein Antikernkraftzeichen angebracht hatte, wurde sogleich zurückgewiesen, zur Not recht ruppig. Trotzdem gelangten ca. 40 Friedenskämpfer auf die hochmoderne niederländische Fregatte „Piet Heyn", zusammen mit vielen anderen „harmlosen" Besuchern. Nach und nach fand man sich auf der Back (Vorderschiff) der Fregatte ein, als plötzlich Rufe erschollen: „Nie wieder Krieg!", „Stopp für die Atomraketen, brecht der NATO alle Gräten!". Wie auf Kommando erfolgte dann ein „Anti-NATO-Striptease". Besucher, Feldjäger und Marineoffiziere lasen in großen Buchstaben: **Nie wieder Krieg!** Neugierige hielten an, ewig Gestrige pöbelten herum und weit hörbar erklang „We shall overcome".

Die anwesenden Feldjäger wurden zusehends nervöser, rotteten sich zusammen und begannen brutal mit der Räumung der Mole, die mit einem irren Pfeifkonzert der Antimilitaristen begleitet wurde. Parolen wurden gerufen, die Demonstranten auf dem Vorderschiff der „Piet Heyn" hielten trotz alledem noch eine dreiviertel Stunde aus. Schließlich rückte eine Riege vierschrötiger junger Männer in auffällig unauffälligem Zivil an und drängte die Friedenskämpfer von Bord. Diese hakten sich ein und gingen geschlossen und sehr diszipliniert zurück zum Eingang.

Am Eingang wurden sie von ihren Freunden, die inzwischen antimilitaristische und antifaschistische Lieder sangen und Parolen riefen, mit tosendem Beifall empfangen. Es herrschte eine tolle kämpferische Stimmung!

Machtlos hatten die Militärs zusehen müssen, wie ihre Show von mutigen Friedenskämpfern empfindlich gestört wurde: Sie hätten entweder durch einen brutalen Knüppeleinsatz unter Festnahmen und Verletzten ihre Friedfertigkeit selbst ad absurdum geführt oder sie mußten die Sache so regeln, wie — in unserm Sinne — geschehen! Beteiligt waren an der Aktion vorwiegend Jugendliche, darunter Hausbesetzer, die in Kiel sehr bewußt antimilitaristisch denken und handeln, Mitglieder des SHB, der DFU, der VOLKSFRONT und etliche Skandinavier, die hier mehr lernten als tausend Worte über Krieg und Frieden vermitteln können.

Bliebe nur noch zu erwähnen, daß während der geschilderten Aktion auf dem Wasser zwei Segelboote aufkreuzten, die zwischen ihren Masten ein Friedenstransparent aufgespannt hatten!



Ungefähr 800 Menschen beteiligten sich an der ersten Etappe des Marsches auf deutschem Boden

Frauen-Friedensmarsch

Das war aber noch nicht der einzige Beitrag der Kriegsgegner zur diesjährigen Kieler Woche.

Am Sonnabend letzter Woche traf, aus Kopenhagen kommend, die von skandinavischen Frauen organisierte Friedensdemonstration für ein atomwaffenfreies Europa in Kiel ein. Für die etwa 400 Menschen gab es am Oslo-Kai einen großen, aufsehenerregenden Empfang.

Ins Leben gerufen haben diese Aktion vier Frauen aus den skandinavischen Ländern. Die Demonstrationsleitung besteht aus einem festen Kern von etwa 40 Frauen. Ihre zentrale Parole: „Für eine atomwaffenfreie Zone in Europa von Polen bis Portugal!" (siehe Foto). Ihr Zug wird die Friedensmarschiererinnen — es sind aber auch Männer dabei — bis nach Paris führen, wo er am 6. August mit einem viertägigen Friedensfest seinen Abschluß finden soll.

Am Sonnabend wurde im Kieler Schloßgarten ein großes Friedensfest veranstaltet. Zu den Initiatoren gehörte auch die Frauengruppe Kiel. Wesentlich mitgetragen wurde das Fest von Genossen der KPD und Mitgliedern der Kieler VOLKSFRONT-Gruppen. Unterbringung für die Marschierer gab es in Privatquartieren und in dem besetzten Haus in der Hansastraße.

„Wir wollen nicht länger zusehen, wie die Großmächte über das Schicksal Europas verhandeln und dabei die Zukunft verspielen. Es ist nun höchste Zeit, daß wir selbst aktiv werden!". So etwa formulierte es eine Sprecherin der skandinavischen Frauen, als sie die Ziele ihres Marsches erläuterte.

Als der Zug seine erste Etappe in Westdeutschland von Kiel bis Nortorf antrat, wuchs er schnell auf etwa 800 Menschen an. Wir wünschen der Initiative einen erfolgreichen Verlauf ihrer Aktion.


Stücklen — ein bißchen Farbe lies ihn toben

Stücklen sah rot

Erwähnt werden sollen auch noch einige andere Vorfälle während der Kieler Woche.

Schon der Auftakt verlief nicht ganz im Sinne der politisch Verantwortlichen: CSU-Mann Stücklen wurde mit Farbbeuteln empfangen. Diese Wurgeschosse galten nicht dem Teil der Kieler Woche, der der Bevölkerung Vergnügungen und den Kindern Spielmöglichkeiten bietet, wie sie sie bei uns sonst das ganze Jahr über nicht vorfinden. Schließlich wollen die Stadtväter gegenüber dem ausländischen Publikum etwas vorzeigen.) Das wird natürlich gerne ausgenutzt.

Nein, diese Wurfgeschosse trafen Stücklen stellvertretend für die, die diesen Rahmen für ihre Militärschau und NATO-Propaganda ausnutzen und die Bevölkerung für ihre Ziele ködern wollen. Für die auch das offizielle Motto der diesjährigen Festtage — „Vom Nachbarn lernen" — nur Tarnung ist, es sei denn, es handele sich um das Know-How von Rüstung und Ausbeutung.

Dennoch wurde auch der unter diesem Motto organisierte „Europäische Markt" auf dem Rathausplatz sinnvoll genutzt. Unter anderem mit einem Albanien-Stand. Die deutsch-albanische Freundschaft wurde gefördert, und der Umsatz betrug über 10000 DM.

Nie wieder Kieler Woche?

Gegen die NATO-Aufrüstungs- und Kriegspläne verteilten KPD-Genossen übrigens ein sehr lebendiges Flugblatt. Titel: „Nie wieder Kieler Woche?". Sehr deutlich wurde darin beschrieben, was von Kiel wohl übrigbliebe, wenn hier eine Atombombe runterginge!

Eine weitere antimilitaristische Aktion im Geiste der internationalen Solidarität sei nicht vergessen: Gegen den Bau von U-Booten für das faschistische Chile auf HDW/Kiel und das Eintreffen mehrerer chilenischer Militärspezialisten, die von der Bundeswehr ausgebildet werden sollen, demonstrierten etwa 150 Menschen. Die Polizei überfiel die Demonstration, schlug wahllos auf Frauen ein und verhaftete 15 Menschen, darunter auch Exilchilenen, die eigentlich hierher gekommen waren, um der brutalen Unterdrückung zu entgehen. Betroffene haben Strafanzeige gegen Polizisten wegen gefährlicher Körperverletzung gestellt.

Insgesamt läßt sich sagen, daß es so zahl- und ideenreiche Aktionen zur Kieler Woche schon lange nicht mehr gegeben hat. Das wird auch der Friedensbewegung in unserer Stadt weiteren Auftrieb geben!

Liebe „Roter-Morgen"-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen" keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen" mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN"!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 440 501 99) Kto.Nr. 321 004 547

Spenden für den „Roten Morgen" als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir die Spender Spendenbescheinigungen.

Ein Flugblatt aus Rostock

„Realität in unserer Stadt"

Nachstehend veröffentlichen wir ein Flugblatt, das von Genossen der Sektion DDR unserer Partei in Rostock verbreitet wurde. Die Genossen greifen in ihrem Flugblatt nicht nur eine Reihe von Problemen auf, die sich für die Werktätigen in der Ostseestadt stellen. Sie zeigen auch die Notwendigkeit und die Wege des Kampfes gegen die Ursachen dieser Probleme.

Welche werktätige Familie in Rostock kennt nicht die gegenwärtigen Alltagsprobleme, die unser Leben immer mehr belasten?

Haushaltstag für frisches Obst und Gemüse nehmen?

Um frisches Obst und Gemüse zu bekommen, wenn es was gibt, muß man quasi einen Haushalts- oder Urlaubstag nehmen, da es meist nur vormittags verkauft wird. Und wenn man nachmittags Glück haben sollte, dann muß man nach der Arbeit noch eine halbe Stunde Anstehen in Kauf nehmen.

Allgemein ist das Warenangebot schlechter geworden, sind viele Dinge, die wir zum Leben brauchen, Mangelware. Ob Waschmaschinen, Handtücher, Trabiersatzteile oder die berühmten „1000 kleinen Dinge" — überall Enpässe.

Vorbildliches Gesundheitswesen?

Eine Geschichte, die sich vor einiger Zeit zugetragen hat: Ein Kollegen bekam einen Arzttermin für einen Verbandswechsel. Als er in der betreffenden Abteilung der Poliklinik erschien, wurde ihm gesagt, es sei „kein Verbandszeug in der Abteilung". Er mußte gehen.

Die ärztliche Betreuung in den Betrieben? Kommt man nicht mit dem Kopf unterm Arm zum Betriebsarzt, dann ist nichts drin mit Krankenschein. Das geht so weit, daß man bei einem gebrochenen Zeh oder Arm lediglich einen Schonplatz bekommt.

Überstunden noch und noch

In der Neptunwerft gibt es dieses Jahr schon über 100000 Fehlstunden. Um diese wettzumachen, werden die Kollegen angehalten, Überstunden zu schrubben. Sogar alte Genossen der SED sagen dazu: „Ohne Überstunden wird nirgendwo mehr der Plan erfüllt. Verweigerst du die Bereitschaft, Überstunden zu machen, dann bist du kein ‚bewußter Staatsbürger'. Und dann stimmt auch dein Geld nicht!" Offen kann das natürlich niemand sagen. Müßte es denn nicht so sein, daß die Arbeit in der normalen Arbeitszeit geschafft wird?

Was zeigt das Kuba-„Freundschaftstreffen"?

Jetzt soll Ende August ein „Freundschaftstreffen" mit kubanischen Jugendlichen stattfinden. Wie üblich bei solchen organisierten „Volksfesten" geschieht nun binnen kürzester Frist, was jahrelang versäumt wurde. Plötzlich gewaltige Aktivität, wo sonst völlig Ebbe herrscht.

Da werden z.B. die Fassaden am Thälmann-Platz neu verputzt. Am Boulevard wurde eine Mauer mit Schauvitrinen hochgezogen. Die vielbesuchte Currywurstbude wurde wegen „Verunstaltung des Boulevards" weggerissen. Ebenso wurde das Blücherdenkmal und eine Toilette abgerissen usw. Es wird zu den Festivaltagen sicherlich auch mehr Waren, speziell ein besseres Fleischangebot geben — die Kühlhäuser sind übrigens voll. Während es in der letzten Zeit nicht mal in den Verkaufsstellen auf den Werften Fleisch gab. Da fragt man sich:

- Warum geschieht nichts, wenn wir mal den Mund aufmachen, während ein Wink von ganz oben genügt, um alles in Bewegung zu bringen?
- Warum geschieht immer nur dann etwas, wenn wieder einmal bei einem „Jubelfest" — speziell für den Westen — der „reale Sozialismus" erfolgreich demonstriert werden soll?
- Ist denn die Verbesserung des Lebens der Werktätigen nicht Grund genug, um den Mißständen zu Leibe zu rücken, Gelder und Kapazität zu bewilligen?

Der Sozialismus müßte doch für die Werktätigen da sein. Er müßte sich also doch vor allem im Alltag, im normalen Leben bewähren, und nicht bei der Organisation von „Jubelfesten"!

Doch darüber können wir mit den Bürokraten und Bonzen von SED und Staat nicht offen reden. Wer es dennoch tut, wird sofort als „Staatsverleumder" verfolgt. Vor allem aber: das hätte gar keinen Zweck!

Denn die Spitzen der SED haben den Sozialismus längst verraten und ihre eigene Herrschaft über das Volk aufgerichtet. Sie haben unsere Probleme nicht, leben wie die Kapitalisten im Westen in Saus und Braus.

Worauf es für uns heute ankommt, ist, daß wir uns gegen die zunehmenden Angriffe der Bonzen auf unser Lebensniveau wehren. Wo es möglich ist, sollte z.B. die zunehmende Überstundenarbeit verweigert werden. Alle gesetzlichen Möglichkeiten (Eingaben, Beschwerden, Betriebsversammlungen) sollten genutzt werden, um den Bonzen klarzumachen, daß sich die Werktätigen nicht alles bieten lassen!

Rostocker Genossen
der KPD, Sektion DDR

Zu den Direktiven des 9. Parteitages

Versprechungen und Wirklichkeit — ein Rückblick

„Zur bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung sind die Maßnahmen der Intensivierung besonders auf die Produktion hochwertiger technischer Konsumgüter, wie Haushaltskälteschränke, Waschmaschinen ..., einschließlich der erforderlichen Ersatzteilproduktion, zu richten."

Besonders dramatisch war die Situaion Anfang 1980, da gab es in den großen Fachfilialen weder Kühlschränke noch Waschmaschinen. Zwischenzeitlich ist wieder eine kleine Verbesserung bei der Versorgung mit Kühlschränken spürbar, aber Waschmaschinen, wie z.B. den Waschvollautomaten oder Halbautomaten, gibt es zur Zeit nicht.

„Die Wohnbedingungen sind durch Neubau und Modernisierung von insgesamt 750000 Wohnungen zu verbessern."

In Berlin werden zahlreiche Wohnungen gebaut, aber einziehen tun nicht die Arbeiter, die in Stadt-Mitte (Linienstr., Brunnenstr. usw.) unter menschenunwürdigen Verhältnissen hausen, sondern die Bonzen, Mitarbeiter der technischen Intelligenz, oder, was die Berliner am meisten verärgert — „die Sachsen", d.H. Werktätige aus den südlichen Bezirken, die aufgrund der Honecker-Initiative „Entwicklung der Hauptstadt der DDR zu sozialistischen Metropole" nach Berlin gekommen sind.

„Steigerung der Produktion von industriellen Konsumgütern und Nachrungsmitteln bei stabilen Verbraucherpreisen."

Die Versorgungslücken kennt sicherlich jeder. Besonders betroffen sind Arbeiter aus der „Republik", wo es zeitweise keine Milch, Kartoffeln, Waschpulver oder ähnliches gab. Aber auch in Berlin stagnierte einen langen Zeitraum die Fleischversorgung (05-08/80). Sicherlich, für Grundnahrungsmittel, wie Butter, Brot und Eier, sind die Preise stabil geblieben, aber für viele andere Artikel, wie z.B. Käse, Wurst, Zahncreme ..., wurden die Preise unter dem Deckmantel einer neuen Verpackung oder neuer Geschmackseigenschaften angehoben.

„Die Netto-Geldeinnahmen der Bevölkerung sind in Übereinstimmung mit der Verwirklichung der Produktions- und Effektivitätsziele 1980 gegenüber 1975 auf 120-122 Prozent zu steigern."

Befragt man die Werktätigen in den volkseigenen Betrieben, so sind die Löhne und Gehälter in den letzten fünf Jahren (mancher bestätigt sogar 10 Jahre und mehr) nicht gestiegen. Die Betonung liegt dabei auf einer planmäßigen Anhebung der Lohn- und Gehaltsgruppen. Wohin sind dann diese 20-22 Prozent geflossen?

„Das Bildungs- und Kulturniveau der Arbeiterklasse, aller Werktätigen und besonders der Jugend ist für die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens in den Kollektiven und einer sinnvollen Freizeit weiter zu heben."

Wenn man nachmittags durch die Stadt geht, sieht man überall Jugendliche an den Straßenecken herumlungern, die mit ihrer Freizeit nichts anzufangen wissen, denn es fehlt an Möglichkeiten für eine sinnvolle Freizeitgestaltung, wie z.B. in Sportanlagen, Klubs und Hobbyzentren. Das Dilemma mit den unzureichenden Disko- und Tanzveranstaltungen will ich erst gar nicht anschneiden.

Die Auswirkungen oben genannter Misere sind offensichtlich und müssen auch von den Bonzen eingestanden werden — eine rapide ansteigende Jugendkriminalität.

„Die gesundheitliche Betreuung der Bevölkerung ist zielstrebig zu vervollkommnen."

Abgesehen von einem neuen Regierungskrankenhaus für unsere Bonzen und dem Bau neuer Objekte für die Charité (um letzere Baumaßnahmen ist unsere Führungsspitze nicht herumgekommen, denn die Charité war und ist überall bekannt für unzumutbare Krankenstationen) wurde in dieser Richtung nicht viel unternommen. Nach wie vor herrscht Arbeitskräftemangel bei Ärzten (Wartezeiten von 1/2 Jahr, um einen Zahnarzttermin zu bekommen) und viele Mitarbeiter des Gesundheitswesens kündigen dort, weil sie unterbezahlt werden und aufgrund des Arbeitskräftemangels die doppelte Arbeit leisten müssen.

Die gefährlichen Ansichten des Heinz Hoffmann

Aus dem RM, Ausgabe der Sektion DDR

Wie wenig die Bonzen bei uns in der DDR selber von den „Abrüstungsvorschlägen" halten, die sie alle Jahre wieder propagieren, das kann man erfahren, wenn man in der „Einheit" blättert. Da schreibt z.B. Kriegsminister Heinz Hoffmann bereits im Jahr 76 in Nr. 3:

„Nicht ein gewisses ‚Minimum an militärischem Defensivpotenial' (...), auch kein sogenanntes ‚Gleichgewicht des Schreckens' haben einen Zustand (...) herbeigeführt, den die Menschheit erleichtert als Wende vom kalten Krieg zur Entspannung empfindet. Die (...) militärische Überlegenheit der Sowjetunion und ihrer Verbündeten (...) war es, die den Frieden sicherer (...) und den weltrevolutionären Prozeß vorangebracht hat."

Dieser klassische imperialistische Standpunkt hätte in Bonn oder Washington nicht besser formuliert werden können. Umsonst bemüht sich Hoffmann, diese Sichtweise als Marxismus-Leninismus zu verkaufen. Wirkliche marxistisch-leninistische Verteidigungspolitik beschränkt sich tatsächlich immer auf die Verteidigung. So besaß die Rote Armee unter Führung von Stalin z.B. wohl Küstenboote, nicht aber eine Angriffsflotte wie die, die die heutige imperialistische Sowjetunion auf allen Weltmeeren kreuzen läßt.

Daß mit solcher aggressiven Bewaffnung tatsächlich nicht Frieden, sondern Krieg gemeint ist, spricht Hoffmann ebenfalls ganz deutlich aus. Wie seine Ebenbilder aus der neuen US-Regierung hält er einen Atomkrieg für durchaus führbar, für durchaus moralisch und politisch vertretbar. So schreibt er im selben Artikel: „Wir teilen die Auffassung also nicht, die selbst fortschrittliche Menschen in der Friedensbewegung vertreten, im Atomzeitalter sei (...) der Raketen-Kernwaffen-Krieg (...) nur noch ein atomares Inferno, Weltuntergang."



Die Nationale Volksarmee der DDR — ihre Befehle kommen aus Moskau

Havemann schreibt an Schmidt

„Abzug der Besatzertruppen, Neutralität Deutschlands"

Mit einem eindringlichen Appell hat sich der DDR-Regimekritiker Robert Havemann an Bundeskanzler Schmidt gewandt. Havemann solidarisiert sich in seinem Schreiben mit der westdeutschen Friedensbewegung und fordert Schmidt auf, „noch im Laufe dieses Sommers" Gespräche über die Begrenzung von atomaren Mittelstreckenraketen nicht nur mit Breschnew, sondern auch mit Honecker aufzunehmen.

Havemann drückt in seinem Brief die Überzeugung aus, daß in nicht allzu ferner Zukunft eine „sehr weitgehende Annäherung der beiden deutschen Staaten" in Fragen der Abrüstungspolitik möglich sei. „Es gibt zwar hüben und drüben viele Zweifler, die nicht daran glauben wollen, daß wirklich wietreichende Einigungen erreichbar sind, weil sie gegen den Willen der beiden Führungsmächte durchgesetzt werden müßten. Ich halte aber diese Bedenken, jedenfalls was die Sowjetunion anbelangt, für falsch."

Um die „tödliche Bedrohung" von Deutschland abzuwehren, gebe es — so Havemann — nur einen Weg: „Abrüstung, schrittweise Entfernung aller atomaren Waffen vom Territorium der beiden deutschen Staaten, Abzug der ausländischen Besatzungstruppen aus beiden Teilen Deutschlands, Entmilitarisierung und Neutralisierung Deutschlands." Dies sei jedoch nur durch geduldige Verhandlungen zu erreichen, wobei jetzt entscheidend wäre, daß die NATO auf die Nachrüstung verzichte und die Sowjetunion ihre SS-20-Raketen hinter den Ural zurückziehe.

Ungeachtet unserer kritischen Haltung zu den sonstigen Positionen Havemanns sehen wir in diesem Appell einen positiven Schritt. Havemann hat recht, wenn er schreibt, daß die beiden deutschen Staaten zur „Angriffsspitze und Militärbasis" der Supermächte geworden sind und daß sie bei einem Atomkrieg die ersten Opfer wären.

Richtig ist auch, daß angesichts dieser Situation nicht nur die Aufstellung der Mittelstrekkenraketen gestoppt werden muß, sondern daß es darüber hinaus grundlegender Veränderungen bedarf, um die „tödliche Bedrohung" von unserem Land abzuwehren, vor allem eben der Neutralisierung Deutschlands, des Ausscheidens beider Staaten aus den Militärblöcken der Supermächte. Das entspricht ja bekanntlich auch den Forderungen, die unsere Partei in ihrem Friedensplan dargelegt hat.

Die Frage ist nur: Wie kann das erreicht werden? Und hier ist Havemann denn doch zu blauäugig. Etwa, wenn er meint, die beiden deutschen Staaten könnten auf dem Wege geduldiger Verhandlungen gegen den Willen der Supermächte zu einer gemeinsamen Abrüstungspolitik kommen. Einmal abgesehen davon, ob die Schmidt und Honecker das überhaupt wollen — wofür es ja wirklich keine Anzeichen gibt — ist es natürlich ein absolut illusorisch zu glauben, sie könnten sich auf diesem Wege einfach von den Supermächten absetzen.

Vollends absurd ist dabei die Vorstellung, auf dem Wege von Verhandlungen könnte gar die Neutralität Deutschlands erreicht werden. Wenn die beiden Supermächte den Westen und den Osten Deutschlands zur „Angriffsspitze und Militärbasis" ausgebaut haben, dann doch nur, weil sie in den beiden Teilen Deutschlands entscheidende Bastionen für den Kampf um die Weltherrschaft sehen, der ihrem imperialistischen Charakter entspringt. Warum sollten sie also auf einmal freiwillig und ohne Not diese Bastionen wieder räumen?

Darauf zu hoffen, heißt einer gefährlichen Illusion nachzuhängen und das Schicksal unseres Landes ausgerechnet den beiden gefährlichsten Kriegstreibern zu überantworten. Der Weg zur Neutralisierung kann nur im Kampf gegen die Supermächte und ihre deutschen „Partner" gebahnt werden. Und diesen Kampf muß unser Volk selbst führen, wobei sich die Friedensbewegung in Westdeutschland, mit der sich Havemann ja ausdrücklich solidarisiert, schon ein sehr hoffnungsvoller Anfang ist.

Sicher sind in der DDR die Bedingungen für einen solchen Kampf ungleich schwerer als in der Bundesrepublik. Gerade deshalb aber begrüßen wir es, wenn sich jetzt auch dort außerhalb der Sektion DDR unserer Partei Stimmen erheben, die (ungeachtet der falschen Orientierung auf Verhandlungen) für den Abzug der Besatzertruppen und die Neutralität eintreten.

Die Aufgaben der Kommunistischen Partei (Wiederaufgebaut) in Portugal

Aus dem politischen Bericht an die 3. Nationale Parteikonferenz (Teil II)

Nachdem Genosse Frederico Carvalho im ersten Teil seines politischen Berichts an die 3. Nationale Parteikonferenz den allgemeinen politischen Rahmen des gegenwärtigen Klassenkampfes in Portugal analysiert hatte, ging er im zweiten Teil seines Berichts auf die aktuelle politische Lage und die Aufgaben der PC(r) ein. Mit der Wiedergabe von Auszügen des Berichts schließen wir unsere Berichterstattung über die Parteikonferenz der portugiesischen Kommunisten ab, die wir im letzten „Roten Morgen“ begonnen hatten.

Die PC(r) geht bei der Festlegung ihrer Aufgaben von der Erfahrung aus, daß es nicht genügt, die politischen Ereignisse richtig zu analysieren, richtig vorherzusehen. Um nicht zum bloßen reagieren verurteilt zu sein, ist es absolut notwendig, daß die Kommunistische Partei stets von sich aus die politische Initiative ergreift, alles in ihren Kräften stehende tut, um die Massen der arbeitenden Bevölkerung zum Kampf zu mobilisieren. Dies ist die allgemeine Aufgabe der Partei. Um dies in richtiger Weise tun zu können, braucht die Partei eine konkrete Taktik, die der aktuellen politischen Entwicklung angepaßt ist.

Die aktuelle Entwicklung aber wird von vier Besonderheiten gekennzeichnet, die im Bericht ausführlich untersucht werden.

Vier Besonderheiten

Die erste Besonderheit ist dabei das — bereits im ersten Teil angesprochene — neue Kräfteverhältnis, das, obwohl nicht stabilisiert, für die Arbeiter- und Volksbewegung ungünstiger ist als vorher.

Die Bestätigung der Mehrheit für die AD in den Wahlen des Jahres 1980 schuf für die Großbourgeoisie die Grundlage, den Angriff gegen die Errungenschaften des April zu verstärken und ihre eigene Position in gewisser Weise zu stabilisieren. In dieser Situation ist es für die Kommunistische Partei unumgänglich, die politische Initiative zu behalten, eigenständige Aktionen zu organisieren, um die Isolierung der revolutionären Standpunkte zu verhindern, und jene Kräfte sammeln zu können, die nötig sind, um eine Wende zu erzwingen.

Die zweite Besonderheit der gegenwärtigen Lage ist die zunehmende Spaltung innerhalb des reaktionären Lagers, der „November-Kräfte“, (Anhänger des November 75, als es der Bourgeoisie gelungen war, durch einen Putsch den revolutionären Vormarsch zu stoppen) zwischen der aggressiv-reaktionären Politik der AD und dem reaktionären Liberalismus von Eanes und den Sozialdemokraten.

Diese Spaltung weitete sich aufgrund der Ergebnisse der jüngsten Präsidentschaftswahlen aus,als sich Eanes, mit der Unterstützung der Sozialistischen Partei (PS) und der revisionistischen Partei (KPP) gegen die AD durchsetzte. Es zeigte sich dabei, daß am Widerstand gegen die AD-Regierung durchaus unterschiedliche, sogar antagonistische Kräfte beteiligt sind.

So ist die Sozialistische Partei (PS) heute in zwei Flügel aufgespalten. Im Mai dieses Jahres setzte sich Soares auf dem Parteitag der PS mit seinem Plan durch, eine Koalition der Sozialistischen mit der Sozialdemokratischen Partei (PSD) anzustreben. Das bedeutet eine neue Perspektive der Bildung einer volksfeindlichen Regierung.

Die andere Strömung innerhalb der PS verfolgt die Taktik, die Opposition gegen die AD in einem sogenannten „demokratischen Block“ zu sammeln, der sich um Eanes gruppieren soll. Dies ist derselbe Weg, den vor allem die revisionistische KP Portugals propagiert. Sie verschärft zwar ihre Agitation gegen die AD, tut dies aber von Positionen aus, die den Interessen des portugiesischen Volkes völlig widersprechen, von Positionen, die hauptsächlich davon diktiert sind, die eigenen Stellungen innerhalb des Staatsapparates zu behaupten.

Aufgrund dieser Verhältnisse und der Tatsache, daß Revisionismus und Reformismus immer noch die Vorherrschaft innerhalb der Arbeiterbewegung haben, ist es für die Kommunistische Partei unbedingt nötig, eine flexible Taktik einzuschlagen, damit die Politik der Partei den Werktätigen nicht überzogen, übertrieben radikal, erscheint, nicht so aussieht als wäre sie den gegenwärtigen Anforderungen des Kampfes nicht angemessen. Das grundlegende dabei ist, daß die Kommunisten, ohne die Aktionseinheit mit irgend jemandem gegen die AD abzulehnen, eindeutig ihre selbständigen politischen Positionen bekräftigen, entschlossen dafür arbeiten und kämpfen, eine Strömung konsequenter Arbeiter- und Volksopposition zu bilden, die den Kern im Kampf für eine radikale Wende der Lage darstellen kann.

Die dritte Besonderheit der heutigen Lage ist, daß die Errungenschaften des April bereits schwer angeschlagen wurden und daß in den Tageskämpfen der Werktätigen die Forderungen zur Verbesserung der Lebenshaltung und zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten an Gewicht zugenommen haben.

Die Politik der AD-Regierung gegen die Agrarreform wird weiter verschärft und es wird jetzt der Kurs eingeschlagen, die Landwirtschaft kapitalistisch zu modernisieren, um den Werktätigen die letzten Errungenschaften zu nehmen und die noch bestehenden Kooperativen zu unterhöhlen. In einem neuen Gesetzentwurf zu den Branchen der Wirtschaft auf die nationalisierten Sektoren weiter verschärft, indem offiziell die Neugründung privater Banken erlaubt werden soll. Das ist zum einen die Fortsetzung jener Regierungspolitik, die bereits Soares' PS-Regierung betrieb und die von den Präsidialregierungen fortgesetzt wurde, bedeutet aber zum anderen eine Verschärfung dieses reaktionären Vorgehens.

Um dies zu erreichen, wird die Taktik der teilweisen Reprivatisierung angewandt, um geschlossenen Widerstand zu verhindern. Die Lage der Werktätigen wird direkt verschlechtert, indem erneut, und stärker denn je, mit Hinblick auf die angestrebte EG-Mitgliedschaft, die „Rentabilität“ der Betriebe als Grund angeführt wird, weiter zu entlassen, die Löhne zu drücken, das Arbeitstempo zu erhöhen.

Gegen diese Auswirkungen richten sich heute die großen Klassenkämpfe in Portugal und deshalb ist es klar, daß diese Kämpfe aufs engste mit dem Kampf um die Verteidigung der Aprilerrungenschaften verbunden werden müssen, und es tatsächlich auch sind.

Jede politische Haltung, wie es sie auch unter Genossen der portugiesischen PC(r) gibt, die den Kampf gegen die Zerstörung der Errungenschaften des April nicht weiter fortführen will, ihn zugunsten der heutigen Tageskämpfe aufgibt, verliert, so betont die Partei, die revolutionäre Perspektive, gleitet in den alltäglichen Reformismus ab und überläßt die Führung der Arbeiterbewegung endgültig den Revisionisten.

Viertens schließlich wird in dem Bericht die Tatsache hervorgehoben, daß der Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes nach wie vor von den Revisionisten und den Sozialdemokraten politsch geleitet wird, die ihren Einfluß festigen konnten.



Genossin Karin Wagner bei ihrer Grußansprache an die Abschlußveranstaltung


Ein Blick auf die öffentliche Abschlußveranstaltung der 3. Nationalen Parteikonferenz der PC(r)

Dies zeigt sich nicht nur am Verlust des Vertrauens in die eigene Kraft, die sich in der Arbeiter- und Volksbewegung nach den erlittenen Niederlagen bemerkbar macht, sondern auch ganz direkt in einer Austrittsbewegung aus Kampforganen, im Rückgang der Entwicklung der Betriebsorgane, im steigenden Einfluß der demagogischen Losung vom „kleineren Übel“ und anderes mehr.

Deshalb muß die Partei, die PC(r), sowohl politisch als auch organisatorisch ihre Arbeit unter der Arbeiterklasse und den ausgebeuteten Schichten des Volkes wesentlich verstärken, um die revolutionäre Perspektive des Kampfes, die nach wie vor real ist, unter ihnen zu festigen und ihre Positionen wieder auszubauen.

Unter diesen genannten vier Bedingungen entwickelt sich gegenwärtig ein heftiger Kampf um die Politik und die künftige Ausrichtung der Regierung, verstärkt sich der Widerstand gegen konkrete Maßnahmen der Balsemao-Regierung.

Wer führt die Opposition?

Mit der weiteren Zuspitzung dieser Entwicklung, so stellt die PC(r) auf ihrer Parteikonferenz fest, wächst auch die Gefahr, daß, im Angesicht der wachsenden Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie, sich eine Fraktion der AD und ihres miltärischen Anhangs daran macht, den Weg des Putsches, den Weg der weiteren Rechtsentwicklung um jeden Preis zu gehen und versuchen wird, die Demokratie zu beseitigen.

Aber die Alternative zur AD ist eben kein „Zentrumsblock“ oder „demokratischer Block“ auf der Basis der Wahlergebnisse vom 7. Dezember 1980 (d.h. der von der revisionistischen Partei vorgeschlagene Block all jener Parteien, die links von der AD stehen und damals zusammen die Mehrheit hatten), denn solch ein Block, das unterstreichen die portugiesischen Kommunisten, würde unter der Führung der eanistischen Kräfte stehen, der liberalen Fraktion des portugiesischen Kapitals, und die Arbeiterbewegung daran hindern, einen entschlossenen Kampf gegen die Regierungspolitik zu führen.

Die Wirkung der Propaganda ist stark. Denn gemeinsam mit der Offensive der Reaktion hat auch der revisionistische Druck dafür gesorgt, daß eine Strömung unter den Kräften der Linken stärker geworden ist, die die Schaffung eines sogenannten Blocks gegen die AD zum Ziel des politischen Kampfes erhebt. Dies aber bedeutet faktisch eine Unterstützung für die These vom „Zentrumsblock“, da eine solche Taktik verkennt, was die Arbeiterklasse benötigt, um der AD und dem Weg der Faschisierung entschieden gegenübertreten zu können: politische Unabhängigkeit, die Befreiung von reformistischen Illusionen und der Abhängigkeit vom reaktionären Kräftespiel. Eine solche Taktik würde heute bedeuten, daß die Widersprüche, die zwischen einer Volksbewegung gegen die AD-Politik und der liberalen Opposition bestehen, verwischt werden, und würde zur praktischen Abhängigkeit aller revolutionären Kräfte von der revisionistischen Partei führen.

Eine Regierung, die den Interessen des Volkes entspricht, muß aus dem Kräftespiel, das durch den Putsch vom 25. November 1975 geschaffen wurde, ausbrechen, die Strukturen des Regimes in Frage stellen und dem Veränderungswillen der Arbeiterklasse Bahn brechen. Nur so kann eine Regierung entstehen, die mehr als eine bloße liberale Koalition darstellt, machtlos gegenüber der Offensive der Rechten und dem nationalen und internationalen Kapital ausgeliefert.

Was Portugal braucht, ist eine Volksregierung, die die Politik eines 25. April des Volkes verfolgt. Dabei gibt es ganz klare Aufgaben, die vor einer solchen Regierung stehen, und anhand derer es möglich ist, ihre Politik zu prüfen. Eine Volksregierung muß Sofortmaßnahmen zur wirklichen Demokratisierung des Lebens ergreifen, vor allem die freie Initiative der Organe des Volkswillens respektieren und die Tätigkeit der Klassenorganisationen in den Betrieben; Armee und Polizei müssen demokratisiert und gesäubert werden; alle antidemokratischen Gesetze widerrufen, die faschistischen Umtriebe effektiv verboten und strafrechtlich verfolgt werden. Im sozialen Bereich muß eine stark progressive Steuer eingeführt werden. Grundnahrungsmittel müssen zu Festpreisen verkauft werden, die Arbeitslosigkeit durch Senkung der Arbeitszeit und durch Entwicklungsprogramme beseitigt werden usw.

Schließlich muß eine solche Volksregierung die nationale Unabhängigkeit und den Frieden verteidigen, vor allem durch den Austritt aus der NATO, den Nichtbeitritt zur Europäischen Gemeinschaft und die Befolgung einer unabhängigen und antiimperialistischen Außenpolitik.

So muß, betont die PC(r), das Programm einer Übergangsregierung aussehen. Diesen Zielen muß eine unabhängige, eine Volksströmung in der Opposition gegen die AD-Regierung verpflichtet sein, dafür kämpfen die portugiesischen Kommunisten mit aller Kraft.

Kampfaufgaben der Partei

Mit dieser Perspektive vor Augen ist es die erste Aufgabe der PC(r), so wird in dem Bericht an die 3. Nationale Parteikonferenz herausgestellt, den Kampf gegen die Balsemao-Regierung zu verstärken.

Das heißt, daß die Kräfte der Partei darauf konzentriert werden müssen, sowohl allgemeine als auch begrenzte Massenaktionen vorzubereiten und zu entwickeln, daß dabei darauf hingearbeitet werden muß, eine größere Einheit und eine wachsende politische Radikalisierung in den Kämpfen der Arbeiter und des Volkes zu erreichen, wozu die Partei auf ihrer Konferenz eine Reihe von aktuellen Forderungen zu den verschiedenen Bereichen des politischen aktuellen Geschehens beschloß.

Die zweite zentrale Aufgabe der Partei ist es, die Partei mit ihrer Politik in der Arbeiterklasse zu verankern, die Gewerkschaftsarbeit zu verstärken.

Innerhalb der CGTP, der größten portugiesischen Gewerkschaft,die von der revisionistischen Partei geführt wird, machen sich gegenwärtig zwei Tendenzen bemerkbar. Zum einen die zunehmende Bürokratisierung der Organisation, die sich vor allem in einem schnellen Prozeß des Zusammenschlusses verschiedenster Organisationen ausdrückt und zur Abkapselung der Führung von den Mitgliedern führt. Zum zweiten, unter den Funktionären auf unterer Ebene, eine wachsende Tendenz zur Tatenlosigkeit, zum Rücktritt, zur Resignation. Dies schafft vor allem in den Betrieben ein erweitertes Tätigkeitsfeld für die Kommunisten, in das sie hineinstoßen müssen, um die korrupten und resignierenden Führer zu ersetzen.

Dabei muß dem Druck der Revisionisten widerstanden werden, die die Kommunisten dazu zwingen wollen, ihre Arbeit in den von ihnen beherrschten Gewerkschaften einzustellen, um so die Opposition zu beseitigen.

Mit dem Aufruf zur allseitigen Verstärkung der Gewerkschaftsarbeit verbindet die PC(r) die Kritik an solchen Positionen, die die Schaffung einer neuen, revolutionären Gewerkschaft fordern. Solche Positionen sind prinzipiell sektiererisch und im aktuellen Augenblick überlassen sie die gewerkschaftliche Initiative den Revisionisten. Damit begibt man sich ebenso auf die Position bloßer Kritik, wie es jene tun, die es nicht wagen, einen revolutionären Kampf für die Gewerkschaftseinheit zu führen, aus Angst vor der Konfrontation.

Als dritte entscheidende Aufgabe steht vor der Partei die tatkräftige Unterstützung der Massenorganisationen, der UDP, des Jugendverbandes UJCR und des Frauenverbands UMAR.

Dies ist der entscheidende Weg, um in der Opposition gegen die AD eine Strömung, die für eine Lösung der Krise im Interesse des Volkes ist, auch organisieren zu können.

Dabei ist es das wichtigste, die Arbeit der UDP ständig zu festigen, dieser Massenpartei ein organisatorisches Gerüst zu geben, das sie in die Lage versetzt, zu allen politischen Problemen des Landes aktiv zu werden, zu organisieren und zu kämpfen. Dem widersetzen sich jene Kräfte, die sich innerhalb der UDP zusammenschlossen, um gegen den „zu großen Einfluß“ der Kommunisten anzugehen, der angeblich Hauptgrund für die Probleme, vor denen die UDP steht, sei. In Wirklichkeit aber, so wird es im Bericht betont, ist die Hauptschwierigkeit der UDP gerade in solchen, wenn auch wenigen, Kräften zu sehen, die der UDP Debatten aufzwingen wollen, die nutzlos sind, um sie zu spalten, vom Kampf abzuhalten.

Bei all dem Gesagten, so unterstreicht der Bericht abschließend, bleibt es die grundlegende Ausrichtung der PC(r), für eine Klasseneinheit von unten zu kämpfen, als entscheidender Weg, eine Strömung radikaler Opposition gegen die AD-Politik zu schaffen und so zu der nötigen Wende inder politischen Lage in Portugal zu kommen.

Nach dem Attentat von Teheran

Millionen demonstrierten für die Verteidigung der Revolution

Die Bombe im Parteizentrum war kein Einzelfall

TEHERAN. — Während die typische Reaktion der westlichen Medien unverhohlene Schadenfreude war, demonstrierten in Teheran und anderen Städten des Irans Millionen von Menschen als Antwort auf die Bombe in der Parteizentrale der IRP. Dieses Attentat mit seinen über 70 Todesopfern war aber „nur" das Größte und Wichtigste innerhalb einer ganzen Serie solcher Anschläge. Innerhalb einer Woche fanden sie in fünf Städten des Iran statt. Eine Attentatswelle also, was vermuten läßt, das sehr gut organisierte Kräfte die Urheber sind. Diese Ereignisse beweisen abermals, daß die Frage, ob der Iran seine Unabhängigkeit wahren kann, die durch den Sturz des faschistischen Pahlevi-Regimes errungen wurde, längst noch nicht entschieden ist.

Man muß in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß in den nun rund 28 Monaten seit dem Sturz Pahlevis im In- und Ausland ununterbrochen Intrigen gegen den Iran organisiert wurden, aggressive Akte und blutige Komplotte geschmiedet. Zweimal versuchte die Reaktion, Militärputsche zu organisieren, zum dritten Mal erlebt das Land nun eine solche Attentatswelle, ständig steht es — nach wie vor — unter der Bedrohung des amerikanischen Aufmarsches im Golf. Der USA-Imperialismus hat auch nach dem gescheiterten ersten Überfall seine Pläne für ein militärisches Eingreifen nicht begraben und im Nachbarland wüten die Truppen des sowjetischen Sozialimperialismus. Der militärische Überfall der aufgestachelten Truppen des Irak wird weiterhin fortgesetzt, obwohl Sadam Husseins Balladen von einem irakischen Blitzkrieg längst widerlegt wurden. Fortgesetzt wird auch die teilweise Wirtschaftsblockade gegen das Land, die von den großen Monopolen gerade auf Bereiche des Alltagslebens konzentriert wird.

Der Grund für diese ungebrochen weitergehende antiiranische Kampagne liegt nicht in dieser oder jener politischen Haltung der Vertreter der iranischen Regierung begründet, läßt sich nicht aus theoretischen Debatten über den Charakter der Politik der iranischen Revolution ableiten, sondern liegt in den Tatsachen, in der praktizierten Politik, die im Iran nach dem Sturz Pahlevis verfolgt wird.

Tatsache ist, daß die Politik Irans hauptsächlich geprägt ist von einer ganzen Reihe konkreter antiimperialistischer Maßnahmen, die sowohl der nationalen Unabhängigkeit des Landes förderlich waren, als auch, auf der anderen Seite, dem Weltimperialismus, dem amerikanischen Imperialismus vor allem, Verluste zugefügt hat, ihn Macht, Einfluß und Geld gekostet haben.

Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die revolutionäre Regierung Irans mit ihrem Austritt aus dem US-gesteuerten Cento-Pakt nicht nur dessen Auflösung erzwungen hat und dadurch die US-Allianzen in Mittelost schwächte, sondern auch — durch den damit verbundenen Rückzug der amerikanischen Spionage und Sabotagetruppen — den USA eine bis dahin zentrale Basis für ihre aggressive Politik in dieser Region wegnahm, wofür bis heute in Washington hektisch gleichwertiger Ersatz gesucht wird.

Es sei auch darauf verwiesen, daß die iranische Revolution zu ganz konkreten wirtschaftlichen Maßnahmen geführt hat, die vor allem die Macht der anglo-amerikanischen Ölmultis beschnitten haben: Die Säuberung der National Iranian Oil Company — immerhin zehntgrößter Betrieb der Welt nach Umsatz 1978 — von amerikanischen Angestellten, die Kündigung sämtlicher Öl-Geheimverträge zwischen Rokkefeller und dem Schah, die Änderung der Politik innerhalb der OPEC. Alles dies kostet die US-Monopole nicht nur die früheren märchenhaften Profite, sondern auch einen Teil ihres weltweiten Einflusses, indem jene Ölmenge wuchs, die nicht unter ihrer Kontrolle steht, und dies brachte dem Land auch die Möglichkeit, eine Grundlage für eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung zu legen.

Schließlich sei darauf hingewiesen, daß die Unterstützung des Schah-Regimes für die israelischen Zionisten und die südafrikanischen Rassisten, die den Hauptteil ihres Öls aus dem Iran bezogen, völlig eingestellt wurden. Das führte zu schwierigen Umgestaltungen für die Diktatoren dieser Länder. Diese iranische Politik wurde ersetzt durch die offene Unterstützung der Palästinenser und des schwarzen Befreiungskampfes im südlichen Afrika.

Man kann in diesem Zusammenhang auch nicht darüber hinwegsehen, daß es auch im Innern des Landes eine Reihe positiver Maßnahmen gab, die weiterbestehen. Sei es die Säuberung der Armee und des Geheimdienstes SAVAK, die diese beiden größten faschistischen Mordorganisationen jener Region als solche liquidierten. Sei es die Einrichtung von Mitspracherechten für die Arbeiter in den Betrieben, die, mögen sie auch beschränkt sein, zu einer Verbesserung der Lage der Belegschaften geführt haben, wie auch die begrenzten Ansätze zu einer Landreform.

Natürlich ist es eine Tatsache, daß schwere wirtschaftliche Rückschläge eintraten. Die Schuld für diese Entwicklung aber liegt eindeutig bei jenen, die das Land mit Krieg überziehen, die Wirtschaftsbeziehungen sabotieren, die Versorgung boykottieren, die die Rücknahme von Verstaatlichungen erpressen wollen, als Voraussetzung, um Handel zu betreiben, Ersatzteile zu liefern usw.

In dieser Politik, in diesen so geschaffenen Tatsachen liegt die Ursache für die imperialistische Kampagne gegen den Iran, denn dies ist eine antiimperialistische, auf die Wahrung und Stärkung der nationalen Unabhängigkeit gerichteten Politik, während alles andere Spekulationen sind. Ein Kurs, der — sehr zum Leidwesen beispielsweise der heutigen Kreml-Führer — konsequent gegen alle Seiten des imperialen Mächtspiels durchgehalten wird.

Auch der Krieg des Irak gegen den Iran brachte weder den militärischen Sieg Iraks noch die in Moskau und Washington erhoffte Annäherung Irans an diesen oder jenen Schutzschild. Beide imperialistischen Supermächte eilten sich damals sehr, dem Iran Waffen anzubieten, was rundweg abgelehnt wurde.

Wegen der bisherigen Erfolgslosigkeit aller dieser pausenlosen Intrigen werden ständig die Methoden gewechselt, wird ständig neu organisiert.

Und es ist eine Tatsache, daß diese Komplotte, Überfälle, Attentate oder was es nun auch immer gerade ist, nur dann einen gewissen Boden finden können, wenn die verschiedenen Kräfte der iranischen Revolution untereinander zersplittert sind, einen Kurs scharfer Konfrontation gegeneinander steuern. Genau dieses Vorgehen wurde jetzt angewandt, im Angesicht der inneren Auseinandersetzungen im Lande. Und gerade in dieser Situation ist es völlig richtig, auch wenn im Westen versucht wird, dies ins Lächerliche zu ziehen, darauf zu beharren, daß der Hauptfeind der iranischen Revolution nach wie vor der USA-Imperialismus ist.

Denn er ist vor allem die Kraft, die hinter all diesen Intrigen steckt, ohne jetzt über die konkreten Attentate spekulieren zu wollen.

Dies war denn auch das wichtige und das bezeichnende an den riesigen Massendemonstrationen im Iran nach den Bomben: daß die zahllosen Losungen gegen den Weltimperialismus der politische Hauptinhalt dieser Massenkundgebungen gewesen sind.

Wer sich auch immer erhofft haben mag, mit solchen Attentaten das Regime durch eine Demonstration seiner Schwäche zu isolieren, er hat sich — zumindest zunächst einmal — einen Bärendienst erwiesen. Bleibt zu hoffen, daß diese Ereignisse nicht zu weiterer Konfrontation jener verschiedenen politischen Kräfte innerhalb des Landes führen, die gemeinsame antiimperialistische Ziele haben, denn profitieren kann davon nur der Imperialismus und seine Parteigänger. Denn es muß in aller Deutlichkeit gesagt werden, daß der Kurs der Konfrontation, den auch die Regierung zunehmend steuert, die Einheit und Stärke der iranischen Revolution schwächt.

Nach monatelangen Gerüchten

Hu Yao Bang — Dengs ältester Mitkämpfer

Der lange Sturz Huas ist beendet

PEKING. — Das am meisten beachtete Ereignis der Plenartagung des Zentralkomitees der revisionistischen KP Chinas ist die Absetzung Hua Guo Fengs als Vorsitzendem der Partei und die Ernennung Hu Yao Bangs an seiner Stelle. Damit ist der Prozeß der Entmachtung der sogenannten Traditionalistenfraktion, der auf dem Plenum vom Dezember 1978 begonnen hatte, abgeschlossen, alle entscheidenden Führungspositionen werden heute von treuen Parteigängern Deng Hsiao Pings eingenommen.

Bereits seit Ende letzten Jahres waren ständig Meldungen verbreitet worden, nach denen Huas Rücktritt bevorstünde, und dieser Rücktritt war auch nur eine Frage der Zeit. Hua war schließlich von Mao Tsetung ins Amt berufen worden, um jene maoistische Taktik fortzusetzen, die im Gegeneinanderausspielen verschiedener Fraktionen bestand — nun aber, da die Rechten um Deng die Macht endgültig innehaben, wird der Mann des Ausgleichs nicht mehr benötigt.

Schritt für Schritt vollzog sich dieser Prozeß, nachdem auf dem 11. Parteitag 1977 die Militärs unter Dengs Führung ihren Machtanspruch offen bekundeten. Und so ist es ja auch bis heute Dengs entscheidende Parteifunktion, daß er Vorsitzender der Militärkommission beim ZK der Partei ist — dort ist seine wahre Machtbasis, von dort aus hat er eine um die andere der zentralen Positionen mit seinen Parteigängern besetzt und Hua Guo Feng immer mehr isoliert. Eine Machtbasis, die er sich nach dem Sturz Lin Biaos unter dem Schutz Tschou En Lais und mit dem Segen Mao Tsetungs aufgebaut hatte, und an der auch sein kurzer Aufenthalt in einem südchinesischen Seebad im Jahre 1976 nichts geändert hat.

Der neue Parteivorsitzende Hu Yao Bang, bis 1964 Vorsitzender des Kommunistischen Jugendverbandes Chinas und nach seinem vorübergehenden Sturz in der sogenannten Kulturrevolution Beauftragter für die Entwicklung der Akademie der Wissenschaften, ist seit 1941, als er begann, mit Deng zusammenzuarbeiten, dessen treuester Kumpan.

Ins Politbüro der KP Chinas rückte er genau auf jenem Plenum des ZK vom Dezember 1978 ein, auf dem Hua Guo Feng zum ersten Mal Selbstkritik üben mußte. Und Hu gehörte seit dieser Zeit zu jenen Vertretern der Zusammenarbeit mit den USA, die die chinesische Vergangenheit am schärfsten und am offensten kritisierten.

Die Kulturrevolution sei das größte Unglück der chinesischen Geschichte gewesen, meinte Hu schon vor einiger Zeit, als die abschließende und endgültige Verurteilung dieser Aktion — wie sie jetzt vom Plenum vorgenommen wurde — noch längst nicht offiziell war.

So ist jetzt der Weg endgültig frei für Dengs Linie der kapitalistischen Modernisierung des Landes, des Militärpaktes mit den USA und Japan, um die großmachtchauvinistischen chinesischen Pläne erfüllen zu können. Am deutlichsten wird dieser politische Kurs Dengs, der auch der seines Getreuen Hu ist, durch zwei Nachrichten, die im Laufe des Juni bekannt wurden: zum einen die Tatsache, daß an der chinesischen Grenze zur UdSSR amerikanische militärische Spionagestützpunkte bestehen, wie wir bereits im „Roten Morgen" berichteten, und daß jetzt in Hainan bereits die vierte freie Produktionszone in China eingerichtet wird, also eine jener Zonen, die in Südasien verbreitet sind, in denen die Arbeiter keinerlei Rechte haben, wohl aber die ausländischen Investoren zahlreiche Vergünstigungen genießen.

Immer schärferes Vorgehen Washingtons

USA bereiten Aggression gegen Nicaragua vor

Auch der Vatikan wird eingespannt

MANAGUA. — Anfang Juni bestätigte der Verteidigungsminister Nicaraguas auf einer Pressekonferenz Meldungen, nach denen die Armee des Landes zahlenmäßig verstärkt wird, eine Reihe neuer Waffen beschafft wird und verschiedene Milizübungen durchgeführt wurden. „Die Drohungen gegen die sandinistische Revolution werden täglich stärker" gab er als Begründung dafür an. Das stimmte schon damals voll und ganz, und die seitherige Entwicklung hat dies deutlich bestätigt, denn die Kampagne der Regierung Reagan wurde im Laufe des Juni immer schärfer.

Mitte Juni stellte sich auch der Vatikan offen auf die Seite der Gegner der Revolution und der Unabhängigkeit Nicaraguas, als er die vier Priester, die in der Regierung Ministerposten innehaben, zum Rücktritt aufforderte — den diese geschlossen ablehnten.

Am 3. Juni erklärte Thomas Enders, der Beauftragte für Mittelamerika im amerikanischen State Departement, Kuba führe einen versteckten Krieg gegen die Länder Mittelamerikas und der Karibik und benutze dazu Nicaragua als vorgeschobene Basis.

Derselbe Enders kündigte wenige Tage später in einer Rede vor dem Panamerikanischen Rat (ein von den USA geschaffenes Gremium der politischen Debatte mit allen Reaktionären Lateinamerikas) ein Sofortprogramm zur Sicherung der „Stabilität und Freiheit" in diesem Raum an.

Verstärkte Waffenlieferungen an El Salvador, Honduras und Guatemala, verstärkte „humanitäre Hilfe" für Flüchtlinge, mehr Wirtschaftshilfe für die Karibik. Der Inhalt ist klar: Die Waffenlieferungen an die Faschisten in Salvador und Guatemala werden weiter verstärkt, um die dortige revolutionäre Bewegung im Blut erstikken zu können, was bisher trotz allen Aufwands nicht im entferntesten gelang. In den Lagern in Florida, Honduras und Venezuela wird die Ausbildung von geflüchteten Schergen Somozas schneller vorangetrieben werden, um eine ins Auge gefaßte Invasion von Honduras aus kurzfristig organisieren zu können, und gleichzeitig verstärken die amerikanischen Monopole ihren Zugriff auf die Reichtümer dieser Länder, stabilisieren dabei auch die dortigen kapitalistischen Kräfte.

Entscheidend dabei sei, so kommentierte es das State Departement, den Menschen Amerikas begreiflich zu machen, daß Kuba die Schuld an jeglicher Verschärfung der Entwicklung trage.

Zur selben Zeit verstärkt auch die kapitalistische Klasse in Nicaragua selbst ihre Offensive gegen die sandinistische Junta. Robelo, der frühere Vorsitzende des Unternehmerverbandes COSEP und heutige Chef der Oppositionspartei MDN, sagte in aller Offenheit, er könne sich für die Zukunft keine andere als eine gewaltsame Lösung vorstellen. Zur Vorbereitung einer solchen Situation sei es unbedingt nötig, daß die Unternehmer ihre wirtschaftliche Macht einsetzten, um das Regime zu schwächen.

Gemeinsam mit den USA, so sagte es die COSEP selbst, müsse es den „freiheitlichen" Kräften des Landes gelingen, die internationale Sozialdemokratie davon abzubringen, die sandinistische Revolution, die heute bereits eine marxistisch-leninistische sei, zu unterstützen.

Indem sie gleichzeitig ihren frechen und provokativen Kurs sowohl gegenüber der Regierung als auch gegenüber den werktätigen Massen des Landes fortsetzen und die Auswirkungen der US-amerikanischen Boykottpolitik als Unfähigkeit der Regierung darstellen, versuchen die reaktionären Kräfte in Nicaragua gleichzeitig auch, die Unterstützung des Volkes für die nationalrevolutionäre Regierung Nicaraguas zu schwächen.



Milizübungen in Managua — verstärkte Vorbereitung auf eine US-Aggression

Das Juntamitglied Ramirez erklärte zu dieser Situation, die amerikanische Reaktion wolle die Regierung in die Alternative Kapitulation oder Isolation treiben. Aufgabe der sandinistischen Kräfte sei es, so betonte er auf einer Massenversammlung in Managua, eine Politik zu betreiben, die verhindere, daß in Zukunft die Junta in eine Position gerate, in der sie nicht mehr vom Volk unterstützt werde.



Die Demonstration vom 4. Juli

Der Kampf für das Kulturzentrum geht weiter

Die Strafanträge müssen fallen

Volkskorrespondenz aus Bochum

Über 3000 Menschen demonstrierten am 4. Juli in Bochum. Aufgerufen hatten die Jugendlichen der besetzten Fabrik. Fast täglich wurden vor den Schulen, vor den Betrieben, in der Stadt und in Kneipen Flugblätter verteilt. Es hatte sich gelohnt. Die Demonstration war eine der größten der letzten Zeit. Die Stimmung war ausgezeichnet. Die Forderungen: Rücknahme aller Strafanträge! Rücktritt von Polizeipräsident Berndt! Ein autonomes Kulturzentrum in der Innenstadt!

In seiner letzten Ausgabe hat der „Rote Morgen" bereits über die Auseinandersetzungen in Bochum berichtet. Seitdem gab es fast täglich ein neues Ereignis. Es gab bislang zwei Provokationen gegen die besetzte Fabrik. In einer Nacht wurde ein Brandanschlag verübt, in einer anderen Nacht die Wasserversorgung zerstört. Wir vermuten, daß faschistische Kreise hinter diesen Provokationen stehen. Dann hat die Stadt einen neuen Kurs signalisiert. — Doch das wichtigste ist erst einmal, daß die Bewegung immer größer geworden ist. Und dabei stehen zwei Fragen im Mittelpunkt. Das autonome Kulturzentrum und die Zurücknahme aller Strafanträge.

det, die ein geeignetes Projekt für das Kulturzentrum suchen. Gelingt das, wird das Projekt akzeptiert, ist die Stadt bereit ihre Strafanträge zurückzuziehen. Doch dieser Trick ist zu offensichtlich. Warum kann die Stadt, wenn sie eh bereit ist, die Strafanträge zurückzuziehen, sie nicht gleich aufheben? Warum wird die Aufhebung der Strafanträge von der Stadt an Bedingungen geknüpft? — Um uns unter Druck zu setzen, einen anderen Grund gibt es nicht!

Denkbar ist allerdings auch, daß die Stadt tatsächlich auf die Strafanträge verzichtet, doch auch das nur mit einem Hintergedanken: Die 130 — vielleicht nicht alle — bekommen Anzeigen von der Staatsanwaltschaft.



Dialog mit der Jugend

130 Leute wurden bei der Räumung der ersten besetzten Fabrik festgenommen. Gegen alle hat die Stadt Strafanträge wegen Hausfriedensbruch gestellt. (Von einer Zurücknahme dieser Anträge war bei Redaktionsschluß noch nichts bekannt.) Weitere ca. 20 Personen wurden bei den spontanen Demonstrationen der letzten Woche festgenommen. Sie werden wahrscheinlich Strafanzeigen wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt, Landfriedensbruch, Sachbeschädigung usw. bekommen. — Alle diese Strafanträge müssen vom Tisch!

Die Stadt versucht inzwischen mit den Strafanträgen Politik zu machen. Sie unterbreitete einen neuen Vorschlag, der folgende Punkte enthält: Es wird eine Arbeitsgruppe aus Ratsherren und Besetzern gebil-

wegen kollektivem Widerstand gegen die Staatsgewalt, Sachbeschädigung oder ähnlichem. (In mindestens einem Fall liegt so eine Strafanzeige bereits vor.) Damit wäre formal die Stadt draußen vor. Sie könnte dann sagen, wir haben keine Anzeigen gestellt, das war die Staatsanwaltschaft, und darauf haben wir keinen Einfluß. Haben sie natürlich, sie können politischen Druck ausüben, doch in der Öffentlichkeit könnten sie mit diesem Argument sicherlich erst einmal landen. Deshalb ist man sich in der besetzten Fabrik schon lange darüber im klaren, daß nicht nur die Strafanträge der Stadt, sondern **alle** vom Tisch müssen. Wir lassen uns nicht kriminalisieren. Die „Ruhr-Nachrichten" (CDU orientiert) vertreten schon lange die These, daß bestimmte Kreise, die Verbindung zur Terror-Szene haben, die Rädelsführer sind. Das Vorgehen der Staatsanwaltschaft haut in die gleiche Kerbe. Damit muß jetzt endlich Schluß sein! Die Demonstration am Samstag hat uns in diesem Kampf noch einmal bestärkt.

Neben den Strafanträgen wird auch die Auseinandersetzung um das autonome Kulturzentrum in den nächsten Wochen noch für Schlagzeilen sorgen. Bis zum 31. Juli hat die Stadt Ruhe signalisiert. Sie will bis dahin von einer Räumung der besetzten Fabrik absehen. Danach aber soll die Fabrik geräumt und abgerissen werden, denn das Gelände ist für ein neues Arbeitsamt vorgesehen. Und die Abriß- und Baupläne sind bereits unter Dach und Fach, es geht also um Millionenbeträge, die ein entsprechendes hartes Vorgehen der Stadt und Polizei mit Sicherheit erzwingen.

Bis dahin will die Stadt ein neues Projekt ausgesucht haben. Wie das aussehen soll, ist unklar. Wir müssen mit allem rechnen, wir haben in Bochum ja schon die tollsten Sachen erlebt. Es kann also zum Beispiel auch sein, daß uns ein Projekt angeboten wird, daß sich erst im nächsten Jahr realisieren läßt. Denkbar ist alles.

Und die Stadt spielt auf Zeit, denn auch wenn wir ein Kulturzentrum bekommen, so wird die Stadt bestimmt noch darum kämpfen, daß es eben **nicht autonom**, sondern zum Beispiel in den Händen der Jugendverbände ist. Und was das für Jugendverbände sind, ist auch klar. Die Kommunistische Jugend Deutschlands wird bestimmt nicht zu den Trägern zählen. Bekanntlich stützt sich die Stadt in solchen Situationen immer auf die treuen, vielmehr verfassungstreuen, sprich rechten Verbände.

Die Jugendlichen in der besetzten Fabrik werden in den nächsten Tagen viel über die Frage des weiteren Vorgehens gegenüber der Stadt diskutieren. Sie wissen dabei auch, daß die Ferienzeit bevorsteht. Es muß also schnell ein Weg gefunden werden. Ein Weg, der uns von dem Druck der Stadt befreit und wieder in die Offensive verhilft. — Die Stimmung in der Fabrik war am Wochenende nach der Demonstration ausgezeichnet und vor allem zuversichtlich. Bis jetzt ist die Bewegung immer größer geworden und der Kampf verlief bisher für uns erfolgreich. So muß es weitergehen.

Heine-Zitat verstößt gegen Beamtenpflichten

Jetzt hat sich auch die Stuttgarter Landesregierung höchst persönlich mit einer Zeitungsanzeige beschäftigt, die der Bad Mergentheimer Lehrer Erhad Jöst im vergangenen November anläßlich seiner Eheschließung aufgegeben hatte.

In diese Anzeige hatte das Hochzeitspaar ein Zitat aus Heinrich Heines Gedicht „Deutschland. Ein Wintermärchen" eingefügt: „Und fehlt der Pfaffensegen dabei, so ehe wird gültig nicht minder". Wie der „Rote Morgen" in Nr. 24/81 berichtete, hatten daraufhin einige sogenannte ehrbare Bürger in Bad Mergentheim den Lehrer öffentlich als Gotteslästerer angeklagt. Der „Fall" zeitigte jedoch sehr bald auch politische Konsequenzen.

Das Oberschulamt nahm sich der Sache an, das Landesparlament beschäftigte sich damit. Jöst wartete vergeblich auf seine längst fällige Verbeamtung. Und nun hat sich also auch die Landesregierung geäußert und dem Lehrer einen „außerdienstlichen Verstoß gegen die Beamtpflichten" bescheinigt. Er habe die kirchliche Eheschließung verspottet, andere in ihrer religiösen Überzeugung verletzt und die Pflicht mißachtet, „auch außerhalb des Dienstes" das religiöse Empfinden seiner Schüler „zu achten".

Angesichts dieser haarsträubenden Erklärung aus Stuttgart fragt man sich wahrhaftig, in welcher Zeit wir leben. Hier wird denjenigen Beamten, die sich nicht irgendwelchen kirchlichen Zeremonien unterziehen wollen, schlichtweg verboten, sich dazu öffentlich zu bekennen. Nicht nur, daß damit ja deren nichtreligiöses Empfinden ganz offensichtlich mißachtet wird. Sie haben auch noch massive Repressalien zu erleiden. Solche mittelalterlichen Zustände dürfen nicht hingenommen werden. Sofortige Verbeamtung von Erhard Jöst!

Mit gezogener Waffe gegen Demonstranten

Bei der großen Hamburger Friedensdemonstration am 20. Juni ist ein ziviler Polizeibeamter mit gezogener Waffe gegen Kriegsgegner vorgegangen. Der Vorfall ereignete sich am Aufstellungsplatz der Demonstration, vor dem faschistischen Kriegerdenkmal am Stephansplatz.

Dieses Denkmal, in den Jahren 1934 bis 1936 gebaut, trägt einen Fries marschierender Soldaten mit der Inschrift „Deutschland muß leben und wenn wir sterben müssen". Seit langem fordern Hamburger Demokraten vom Senat die Beseitigung dieses faschistischen Schandmals — bislang allerdings vergebens. Unmittelbar vor dem Friedensmarsch war das Denkmal aus Protest mit Farbe bemalt worden, und während der Aufstellung zur Demonstration machten sich dann einige Leute daran, die Soldaten auf dem Fries mit Hammer und Meißel zu bearbeiten.

Was dann geschah, schildert ein Augenzeuge in der „taz" so: „Ich stand seitlich vom Denkmal auf dem Bürgersteig und beobachtete die Leute bei der Arbeit. Mir fielen dabei drei Zivilisten auf, die für mein Gefühl keine Demonstranten waren. Sie waren viel zu christlich und beobachteten sehr aufmerksam das Geschehen. Da ich ziemlich sicher war, daß es ‚Zivis' waren, hab' ich sie die ganze Zeit im Auge behalten. Irgendwann zogen sich zwei von ihnen in das Getümmel zurück, und es schien, als ob sie etwas vorhätten. Der dritte im Bunde blieb auf seinem Platz stehen. Plötzlich der Ruf ‚Die Bullen kommen', Martinshörner. In diesem Augenblick rennt der Zivile los und versucht noch im Laufen, seine Knarre zu ziehen. Ich renne hinterher, auf die andere Seit des Schandmals. Hier angekommen, hat der Zivile bereits seine Knarre in der Hand. Zwei Leute reißen ihm den Arm mit der Knarre herunter, andere Demonstranten kommen herbeigeeilt und drängen ihn schließlich ab. In dieser Situation greift er zum Chemical Mace, und mit ein paar Fußtritten auf den Weg kann er im Getümmel entkommen."

Das war nicht der erste Vorfall dieser Art. Den zivilen und uniformierten Polizisten sitzt die Pistole immer lockerer. Generell machen die betreffenden Beamten dann in solchen Fällen geltend, sie seien von Demonstranten bedroht worden. Der Hamburger Vorfall jedoch zeigt, daß für diese Typen jetzt schon eine einfache „Sachbeschädigung" reicht, um blank zu ziehen.



Polizist mit gezogener Pistole (Pfeil)

Tips

Montag, 13. Juli
21.20 Uhr ZDF
François Villon. Fernsehspiel von Leopol Ahlsen über den französischen Volksdichter Villon. Mit Jörg Pleva.

***

Dienstag, 14. Juli
20.15 Uhr WDR, NDR, HRIII
Die letzte Chance. Die dritten Programm senden den Sommer über eine Reihe von Filmen und Theaterstücken mit der großen Schauspielerin Therese Giehse. Der Film „Die letzte Chance" des Schweizer Regisseurs Leopold Lindtberg ist 1945 entstanden und schildert das Schicksal einer Gruppe von Flüchtlingen, die vor den in Italien vorrückenden Truppen der faschistischen Wehrmacht in ein Bergdorf flieht.

***

Dienstag, 14. Juli
23.00 Uhr ARD
Arena. Die Kultursendung des SFB steht unter einer Fragestellung, die schon von Tucholsky aufgeworfen wurde, nämlich: Was darf Satire? Gäste in der Sendung sind Praktiker wie Dieter Hildebrandt und Henning Venske, die wiederholt erfahren haben, daß Satire in diesem Land sehr wenig darf.

***



Donnerstag, 16. Juli
20.15 Uhr WDR, NDR, HR III
Cassidy, der Rebell. Dieser von John Ford und Jack Cardiff gedrehte Film basiert auf der Autobiographie des irischen Dramatikers Sean O'Casey, der sich aktiv am Befreiungskampf seines Volkes gegen die britischen Besatzer beteiligt hat.

***

Donnerstag, 16. Juli
20.30 Uhr ZDF
Deutsche Denkmalspflege. Hanns Dieter Hüsch setzt sich ironisch mit dem Kult um das Herrmannsdenkmal im Teutoburger Wald auseinander.

***

Donnerstag, 16. Juli
22.05 Uhr ZDF
Der subjektive Faktor. In diesem Fernsehspiel hat Helke Sanders die Geschichte der Westberliner Frauenbewegung in den Jahren 1967 bis 1970 aufgearbeitet. Mit Angelika Rommel.

„Zeri i popullit":

„Die Ereignisse von Kosova und die geheime sowjetisch-großserbische Zusammenarbeit"

Das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens veröffentlichte am 5. Juni einen ausführlichen Artikel über die tieferen Hintergründe der Ereignisse im Kosova. Dabei wird vor allem auf die Gefahr hingewiesen, die die geheime Zusammenarbeit sowjetischer und großserbischer Kräfte für Jugoslawien und den Frieden auf dem Balkan bedeutet. Wir veröffentlichen diesen Artikel in einer eigenen Übersetzung aus dem Englischen, nach dem Text, wie ihn die Nachrichtenagentur ATA verbreitete. Zwischenüberschriften sind von der Redaktion „Roter Morgen".

Die Presse aller Länder, sei es die der Regierungen, der Parteien oder unabhängiger Organe, hat ausführlich über die tragischen Ereignisse im Kosovagebiet berichtet, die vom großserbischen Clan in Belgrad verursacht wurden. Einschätzungen wurden gegeben und in dieser oder jener Weise Stellung bezogen. Auch die Vereinigten Staaten, deren Sympathie für die Albaner in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien nicht groß ist, haben Stellung bezogen, nicht nur über die Presse, sondern auch durch das Außenministerium. Sie gaben sich neutral und betrachteten die Ereignisse vom Kosova als innere Angelegenheiten Jugoslawiens, die keine „amerikanischen Interessen" berührten.

Nur die sowjetischen Revisionisten äußerten sich überhaupt nicht als ob in dieser Region, die sie ansonsten als „nahe an den Grenzen der UdSSR" liegend betrachten und wo sie mit erhöhter Aufmerksamkeit auf alle Geschehnisse reagieren, als ob hier nichts passiert wäre.

Kurz gesagt: Während alle Welt sprach, schwiegen die Sowjets und ihre Vasallen. Warum?

Vorgetäuschte Zurückhaltung

Der Eindruck, den die Sowjets erwecken wollen, ist der, sie seien neutral, sie wollten sich nicht äußern, um nicht der Einseitigkeit und der Einmischung angeklagt zu werden. Sie wollen der Welt zeigen, sie seien nicht so, wie es ihnen immer wieder vorgeworfen wird, sie seien nicht von der Sorte, die sich einmischen. Indem sie ruhig bleiben, scheint es, als würden sie sagen: „Laßt die Albaner und die Jugoslawen ihre Probleme selbst lösen."

Diese Haltung, die die Sowjets einnehmen, ist ein Bluff, aber ein schlecht getarnter Bluff. Wenn es ihre Interessen verlangen, mischen sie sich in die Angelegenheiten anderer nicht nur in Worten, sondern auch mit ihrer Armee ein. Die heutigen Kremlführer haben gezeigt und zeigen immer wieder, daß sie nicht zu jenen gehören, die besonders zurückhaltend und taktvoll sind, was die internationalen Beziehungen betrifft.

Was die heutige sowjetische Politik betrifft, so kann und darf man sie nicht nach ihren taktischen Wendungen beurteilen, sondern nach ihren strategischen, expansionistischen und hegemonistischen Zielen, denen all die Aktivitäten, diplomatische Ruhe und das Rasseln von Panzerketten, die pazifistischen Schlagworte und die geheimen Komplotte, untergeordnet sind. Der russische Bär mag anscheinend die Augen geschlossen haben, es mag scheinen, als ob er sich nicht regt und schläft, aber genau diesen Eindruck will er, so daß die Beute an ihm vorübergeht und er sie überfallen und verschlingen kann.

Den Sowjets, für die der Balkan eine Gegend ist, die sie ständig beobachten, ein Gebiet, in dem sie besondere politische, militärische und strategische imperialistische Interessen haben, kommt es entgegen, wenn die Beziehungen zwischen Albanien und Jugoslawien sich so weit als möglich zuspitzen.

Sie sind daran interessiert, daß die Völker Jugoslawiens mit den Albanern im Streit liegen, weil so der Boden dafür bereitet würde, daß sie sich in unsere inneren Angelegenheiten einmischen können.

Die Verschlechterung der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern würde den Sowjets einige Vorteile bringen, die sie normalerweise nicht erreichen könnten. Vor allem würde dies eine weitere Schwächung der Föderativen Sozialistischen Republik Jugoslawien bedeuten, die sich in tiefen nationalen, politischen, ökonomischen und staatlichen Zersetzungsprozessen befindet. Es würde auch die Sozialistische Volksrepublik Albanien treffen, die eine uneinnehmbare Bastion gegen den sowjetischen Sozialimperialismus, den amerikanischen Imperialismus und die Weltreaktion ist.

Ein anderer Vorteil, der den Sowjets aus einem jugoslawisch-albanischen Streit erwachsen würde, ist die Erschütterung der Stabilität, die gegenwärtig auf der Balkanhalbinsel besteht. Dies bedeutete eine Bedrohung der Südostflanke der NATO, des Hauptrivalen Moskaus, eine Bedrohung Griechenlands und Italiens mit Störungen und Ungewißheit, etwas, was den strategischen Plänen Moskaus sehr entgegenkommen würde.

Prosowjetische Kräfte in Jugoslawien

Zur selben Zeit wird es immer deutlicher, daß es in Jugoslawien Kräfte gibt, die für die sowjetischen Interessen arbeiten, die den Sowjets das Wasser auf die Mühlen leiten. Es gibt Kräfte, die für ihre eigenen national-chauvinistischen und hegemonistisch-bürokratischen Interessen mit den Sowjets Komplotte schließen und sich mit ihnen vereinigen und so die hohen Interessen der jugoslawischen Völker opfern und die der Nachbarvölker bedrohen. Bei uns in Albanien haben die Sowjets keinerlei Basis, auf die sie sich hätten stützen können, weil das albanische Volk seit langem jene niedergeschlagen und beseitigt hat, wie Beqir Balluku und Abdyl Kellezi, die von einigen jugoslawischen Führern als ihre Freunde bezeichnet wurden. Vor dem Volksgericht haben diese Verräter ihr doppeltes Spiel eingestanden und haben die Geheimpläne, die ihre Hintermänner gegen Albanien und andere Völker des Balkans schmiedeten, aufgedeckt.

In dem geheimen Spiel, das die Sowjets gegenwärtig mit Jugoslawien betreiben, unterstützen sie den großserbischen Clan von Belgrad und hetzen ihn gegen die Albaner in Jugoslawien und in der SVR Albanien auf. Sie schweigen zu den Ereignissen im Kosova, weil sie wollen, daß der großserbische Clan dort ohne Hindernisse handeln kann, immer weiter gehen kann, bis ihm nur noch ein Weg bleibt, bis er in die sowjetischen Netze geht.

Moskau rechnet damit, daß die serbische „starke" Hand, die heute Kosova schlägt, morgen auch Bosnien, Kroatien und Slowenien schlagen wird. Wenn diese Zeit kommt, und man kann heute sehen, daß dies nicht mehr allzulange dauern wird, dann wird der serbische Clan unweigerlich auf die sowjetische Hilfe angewiesen sein.

Und dann werden die Sowjets wissen, was zu tun ist und werden ihre Forderungen stellen. Wie teuer diese Hilfe zu stehen kommt, das sah man in der Tschechoslowakei mit Gustav Husak und in Afghanistan mit Babrak Karmal.

Das sowjetische Schweigen zu den Ereignissen in Kosova ist eine direkte Ermutigung für den großserbischen Clan, eine Hilfe zur Stärkung Serbiens und eine Ermutigung für ihn, seine Herrschaft über den rivalisierenden kroatisch-slowenischen Clan zu errichten, der prowestlich und proamerikanisch eingestellt ist.



Albaner aus dem Kosovagebiet organisierten verschiedene Protestaktionen in der Bundesrepublik — hier am letzten Wochenende in Frankfurt. Die KPD unterstützte diese Aktionen.

Was den Kampf zwischen diesen beiden Clans und seine künftige Entwicklung betrifft, so hat Genosse Enver Hoxha bereits vor 15 Jahren den Artikel „Jugoslawien am Scheideweg" verfaßt, den „Zeri i popullit" am 2. August 1966 veröffentlichte.

Die ideologische Plattform und die politischen Ziele dieser beiden Clans haben eine klar umrissene Gestalt und der Kampf zu ihrer Verwirklichung hat begonnen.

Der großserbische Clan, der seine Vorherrschaft über alle Teilrepubliken ausdehnen will, vertritt die bürokratische Zentralisierung und den zentralen Einheitsstaat, weil es dies als Hauptmittel zur Verwirklichung seiner Ziele betrachtet. Währenddessen verteidigt der kroatisch-slowenische Clan die titoistische „Selbstverwaltung", die ihm eine gewisse wirtschaftliche und verwaltungsmäßige, und bis zu einem gewissen Grad auch politische Unabhängigkeit von Belgrad garantiert, was einen bestimmten Schutz vor der allgegenwärtigen und immer drohenden serbischen Hegemoniebestrebung darstellt.

Das „Selbstverwaltungssystem" war nicht im Interesse Serbiens, denn es brachte dem großserbischen Clan wirtschaftliche Schwäche. Andererseits wurden die bekanntesten Vertreter des serbischen Chauvinismus, Rankovic und seine Gruppe, liquidiert. Nach ihm wurde auch das zweite serbische Team, Nikezic/Popovic beseitigt. Kroatisch-slowenische Personen begannen auf der politischen Szene Jugoslawiens zu erscheinen und sich dort frei zu bewegen. Kardelj war es, der die neue Verfassung ausarbeitete, die die „Selbstverwaltung" per Gesetz sichert. Er schrieb auch eine Reihe theoretischer Arbeiten über Selbstverwaltung, um sie seinen Landsleuten als Waffe im politischen und ideologischen Kampf mit dem mächtigen serbischen Clan zu hinterlassen.

Nach dem Tod von Tito, der das Gleichgewicht unter den Republiken erhalten hatte und den großen Appetit der Serben gezügelt hatte, sannen die gestürzten und nichtgestürzten serbischen Clans auf Rache am kroatisch-slowenischen Clan. Rankovic selbst begann, die dalmatinische Küste öfters zu verlassen, um seine Gespräche mit Freunden im Cafe „Beogradski Podrum" oder im „Aco-devetka" fortzusetzen.

Es ist allseits bekannt, daß zu Rankovics hoher Zeit die Sowjets hinter ihm standen, seinen Machthunger anstachelten und ihn als den Einzigen darstellten, der Tito ersetzen könnte, sei es daß dieser sterben würde oder noch lebte. Chruschtschow sagte zu den albanischen Führern bei einem Treffen in Moskau, daß Rankovic für die Sowjets der beste Mann in Jugoslawien sei. Als Beweis für diese ihre Einschätzung erzählten sie das Beispiel von dem Fall als er beim Trinken mit „sowjetischen Genossen" Loblieder auf die Sowjetunion sang.

Diese Haltung der Sowjets gegenüber Rankovic wurde auch öffentlich ausgedrückt, als er in einer Rede in Sremska Mitrovica in Serbien am 4. Juni 1960 das Sozialistische Albanien in Gegenwart des sowjetischen und des bulgarischen Botschafters angriff. Seit damals haben die Partei der Arbeit Albaniens und die albanische Regierung in offiziellen Noten dieses wohlwollende Verhalten der Sowjets und der Bulgaren Rankovic gegenüber angeprangert. Diese Angelegenheit wurde von Genossen Enver Hoxha bei dem Treffen der 81 Kommunistischen und Arbeiterparteien im November 1960 in Moskau dargelegt.

In seiner Rede sagte er, die Verleumdungen und Angriffe und „Rankovics Worte wären für uns ohne Bedeutung, aber sie wurden mit großem Ernst von dem sowjetischen und bulgarischen Botschafter, die der Versammlung beiwohnten, gehört, ohne, daß diese den leisesten Protest erhoben hätten... in seinem Antwortbrief an das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens wagte es Genosse Schiwkoff, unseren Protest zurückzuweisen und nannte die Rede des Banditen Rankovic positiv..."

Gegenwärtig mag es sein, daß die Sowjets, aus verschiedenen Gründen, ihre Hoffnungen nicht auf die Karte Rankovic setzen, die vielleicht wertlos sein kann. Aber sie setzen alle ihre Hoffnungen auf jene Leute, die seine Ideologie und seine Politik vertreten.

Die Sowjets standen und stehen Seite an Seite mit den Großserben und werden dies auch in Zukunft tun. Sie haben gemeinsame Interessen, so auch jetzt im Fall der Ereignisse von Kosova. Beide, sowohl die sowjetischen Revisionisten als auch die Großserben sind geschworene Feinde der Albaner, mögen diese in der Föderativen Republik Jugoslawien oder in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien leben. Da die Albaner ein Faktor der Stabilität in der jugoslawischen Föderation sind, wollen sie sie unterdrükken. Der Völkermord, der in Kosova durch die Schuld der Großserben und ihrer antialbanischen Kampagne stattgefunden hat, schwächt die Föderation im allgemeinen, öffnet serbischer Vorherrschaft und sowjetischer Einmischung den Weg. Natürlich wird die Schwächung der Föderation, die durch die Schläge auf die Albaner, die gegen die Großserben und die Sowjetunion sind, erzeugt wird, auf der anderen Seite die Großbulgarischen Forderungen nach Mazedonien stärken.

Diese Großbulgarischen Ansprüche werden erstarken oder verschwinden, je nachdem, wie sich der sowjetische Einfluß in Jugoslawien entwickelt, denn die Sowjets haben die Bulgaren und deren Forderungen zu Mazedonien unter Kontrolle, wie einen Bauern auf dem Schachbrett, den man entsprechend der Umstände einsetzt.

Gefahren für den Balkan und Europa

Die sowjetisch-großserbische Verschwörung gehört zu den größten Gefahren für Jugoslawien und den Frieden und die Sicherheit auf dem Balkan. Wenn die Völker Jugoslawiens sich dessen nicht bewußt werden, wird sie bald drohend werden.

Das Argument der Großserben, die Schaffung einer Republik Kosova im Rahmen der jugoslawischen Föderation und in Freundschaft und enger Zusammenarbeit mit den anderen Republiken zerstöre die Föderation, ist durchsichtig. Im Gegenteil. Die „Republik von Kosova" stärkt den Bestand der Föderation, stärkt die Stellung der anderen Republiken des Landes, stärkt die Einheit und die wahre und korrekte Brüderlichkeit zwischen den Nationen und Nationalitäten, die im jugoslawischen Staat leben. Wenn etwas zerstörerisch wirkt, dann sind es ausschließlich die hegemonistischen Ziele der Großserben und der sowjetischen Sozialimperialisten.

Völlig ungeachtet dessen, was zwischen uns vorgefallen ist, sagen wir den Völkern Jugoslawiens, wachsam gegenüber der stillen Unterwanderung der Sowjets zu sein und gegenüber jenen, die, um ihren geheimen Bund mit den Sowjets zu verstecken, die Albaner anklagen, sie seien es, die, indem sie die Rechte des Volkes von Kosova entschlossen verteidigen, sich in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens einmischen, seine Einheit und Souveränität bedrohten.

Es ist höchste Zeit, daß die Brudervölker Jugoslawiens und alle fortschrittlichen Menschen klar erkennen, welche Haltung und welche Handlungen die Großserben gegenüber Kosova und Albanien einnehmen und vollziehen, Haltungen und Handlungen, die vom sowjetischen Sozialimperialismus unterstützt werden und die nicht nur die Zukunft der jugoslawischen Föderation in Frage stellen, sondern auch den Frieden und die Sicherheit auf dem Balkan und in Europa.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 28 10 Temuz 1981 | Yıl: 15 | 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar

Ekonomi enstitüsünün araştırması:

Ücretlerin yeniden düşürülmesi isteniyor

BONN. — Biri DGB'den, dördü sermayeden olmak üzere "beş beyaz"lardan oluşan bir burjuva kurumu vardır. Ve bu "beş beyazlar" her yılın ilk aylarında bir araya gelip, ekonomik gelişmenin yıllık değerlendirmesini yapmakta ve sonuçları açıklamaktadırlar. Bundan üç ay önce yaptıkları araştırmanın sonucunda, ekonominin bu yılın sonunda gelişme kaydedeceğini söyleyen bu "beş beyazlı" burjuva uzman grubu, olağanüstü yeni bir araştırma daha yaptı ve ekonomik krizin sorumlusu olarak sendikaları ve toplu sözleşmelerde izlenen politikayı gösterdi, bu politika değişmediği sürece, ekonomide gelişme olmayacağını ileri sürdü.

1981 toplu sözleşme anlaşmalarıyla emekçilerin gerçek ücretleri ilk olarak doğrudan düşürüldü. Ama, sermaye gelecek yıllarda da emekçilerin gerçek ücretlerini düşürme çabası içindedir ve buna şimdiden hazırlanmaktadır. Sermaye, sadece gerçek ücretlerin düşürülmesini değil, aynı zamanda ücretlerin dondurulmasını ve hatta düşürülmesini değil, aynı zamanda ücretlerin dondurulmasını da hedeflemektedir. Sözde tarafsız olduğunu söyleyen burjuva ekonomi uzmanları ve enstitüleri, tam da sermayenin istediği bir biçimde araştırmalar yapmakta ve onun saldırılarına; emekçilerin yaşam koşullarının düşürülmesinde burjuvaziye büyük bir destek sağlamaktadırlar. Yukarda belirttiğimiz ve DGB'den bir ekonomi uzmanın da yer aldığı "bağımsız" uzmanlar grubu, 1980 yılındaki ücret zamlarının çok yüksek olduğunu, bu yılki ücret zamlarının da yüksek olduğunu ve yüksek ücret zamlarının fiyat artışları dalgasını getirdiğini iddia etmektedirler. "Beş beyazlar"lar içindeki DGB temsilcisi, özünde bu sonuca katılmakla beraber, görünürde bazı çelişkiler getiriyordu ve 1981'de izlenen toplu sözleşme politikasının bütünüyle ekonomik gelişmeye uygun olduğunu ileri sürüyordu. Yani, DGB sendikalarının toplu sözleşmelerde izlediği politika, fiyat artışlarına uygun olarak ücretlerin artırılması değil, ekonomik gelişme oranına göre ücretlerin artırılmasıdır ki, gelecek yıllarda ekonomik gelişme oranı sıfıra veya sıfırın altına inecektir.

1981 yılı toplu sözleşme anlaşmalarıyla işçilerin ve diğer emekçilerin satınalma gücü düşürüldüğü halde — her işçinin aylık ücretinde ortalama yüzde dört düşüş oldu —, kapitalistlerin bu düşüşten pek memnun olmadıkları görülüyor. Onlar, ekonomik krizin sorumlusu olarak sendikaları gösteriyor ve böylece krizin yükünü emekçilere yüklemeye çalışıyorlar.

Ama, bunu yaparken yalnız başına değildirler. Burjuvazi, devlet kurumlarıyla, bilim adamlarıyla ve özellikle de Federal Hükümet vasıtasıyla emekçilere düşman, azgın ve saldırgan bir politika yürütüyor. İşsizler ordusunun alabildiğine arttığı bir dönemde (resmi rakamlar 1 milyon 250 bin işsizin olduğunu söylüyor), emekçilerin sosyal hakları giderek kısıtlanmakta, kapitalistler korkunç vurgunlar vurmaktadırlar. Bu durumda biz emekçilere düşen görev, (gerek yerli, gerek yabancı) sermayenin, onun devletinin ve hükümeti'nin saldırılarına karşı bir cephede mücadele etmektir.

Majdanek davası:

Nazi katilleri için gülünç cezalar

DÜSSELDORF. — Bugün Polonya'da kalan Majdanek kasabasındaki Toplama Kampı'nda Naziler 250 binden fazla insanı gazlı fırınlarda yakarak, ağır işlerde çalıştırarak, asarak ve daha türlü yöntemlerle vahşi bir biçimde katletmişlerdi. Aradan 40 yıl geçtikten sonra bu toplu katliamları gerçekleştirenlerden dokuz kişi Düsseldorf Eyalet Mahkemesi önüne çıkarıldı ve bunlardan biri hiç ceza almadı, biri ömür boyu, diğerlerine ise üç ile 12 yıl gibi gülünç cezalar verildi.

30 Haziran 1981 günü yapılan duruşmada hakimler, "halk adına" halktan 250 bin insanı acımasızca katleden faşistlerden dokuzuna üç ile 12 yıl arasında cezalar veriyorlardı. Ama, halktan insanlar — mahkemede bulunanlar — bu karar halk adına verilmiş bir karar değildir diyorlardı. Hitler faşizmini yaşamış insanlar, duruşmada mahkeme kararını protesto ediyorlardı ve şöyle diyorlardı: "Bu karar bir skandaldır", bu karar halktan olan bizlerin "adına bir karar değildir", siz hakimlerin kendi başına aldığı bir karardır.

Hitler faşizminin azılı katilleri, Federal Alman mahkemeleri tarafından sanki ödüllendiriliyorlar. Majdanek katliamının sorumluları arasında olan bu faşistler, 40 yıl boyunca elini kolunu sallayarak, dolaştılar. Şimdi ise bu caniler, yine bir kaç yıl sonra rahat yaşamlarına devam edecekler.

Mahkeme aldığı bu kararla, Hitler faşizminin kurbanlarını alaya almaktadır. Eski ve yeni Nazilere cesaret vermektedirler.

Kurbanlara hakaret, ülkemiz için bir yüz karası, her antifaşist için bir provokasyon, işte bu kararın gerçek yüzü budur.

Sevgili okurlar!
Tatil dolayısıyla "Kızıl Şafak"ın Türkçe bölümü dört hafta çıkmayacak.



İşyerlerinin tahrip edilmesine karşı protestolar yükseliyor!

İşyerlerinin tahrip edilmesine ve toplu işten atılmalara karşı Federal Almanya'da ve Batı Berlin'de protestolar giderek yaygınlaşıyor, daha fazla şehri kapsıyor. Bu arada şehir yönetimleri de "tasarruf bütçesine" katkıda bulunuyor. Resimde Bochum şehir yönetiminde çalışan emekçilerin işten atılmalara karşı yaptıkları yürüyüşü görüyorsunuz.

İran'daki bombalama olaylarından sonra

Milyonlar devrimi savunmak için yürüdü

TAHRAN. — İran'daki gelişmeler karşısında emperyalist güçlerin sevinçlerini gizleyemediği bir sırada, Tahran'da ve İran'ın diğer şehirlerinde milyonlarca insan, 70'in üzerinde insanın katledilmesine neden olan suikastı ve emperyalistlerin sinsi oyunlarını protesto etti. Tahran'daki katliam, bir hafta içinde İran'ın beş şehrinde gerçekleşen bir dizi bombalama olaylarından sadece en büyüğü ve en önemlisi idi. Ve bu suikastlar dalgasının çok iyi örgütlenmiş güçler tarafından gerçekleştirildiği tahmin edilmektedir. Bu olaylar, faşist Şah rejiminin yıkılmasıyla bağımsızlığına kavuşan İran'ın, bunu koruyup, koruyamacağının henüz kesin olmadığını göstermektedirler.

Faşist Şah rejiminin devrilmesinden sonra gerek ülke içinde, gerekse de ülke dışında İran devrimine karşı aralıksız olarak sinsi oyunlar oynanmakta, sabotajlar yapılmakta ve kanlı komplolar hazırlanmaktadır. Gerici güçler, iki kez askeri darbe örgütleme çabasına girdiler ve üçüncü kez ülke suikastlar dalgası yaşadı. Bunun yanı sıra, ABD emperyalizmi, geçmişte olduğu gibi, bugün de İran Körfezi'ni işgal etmekle tehdit etmektedir. ABD, boşa çıkartılan ilk baskından sonra hala askeri müdahale planlarını elden düşürmüş değildir. Ve İran'a komşu Afganistan'da Sovyet Sosyal emperyaliztleri vahşi bir terör estirmektedirler. Irak askeri birliklerinin İran'a saldırısı henüz devam etmektedir. Ve İran'a karşı sürdürülen ekonomik ambargolar kısmen de olsa henüz devam etmektedirler ki, büyük tekeller tarafından sürdürülen bu ambargolar özellikle halkın güncel yaşamını etkilemektedirler.

İran'a karşı aralıksız ve geniş ölçüde sürdürülen bu kampanyanın nedeni, İran Hükümeti'nin şu veya bu biçimde politik tavrı, İran devriminin politik karekteri üzerine teorik tartışmalar değildir. Bu kampanyanın nedeni, Şah'ın devrilmesinden sonra İran'da pratiğe uygulanan politikadır, izlenen çizgidir.

Gerçek olan, bugünkü İran politikasının genelinde bir dizi somut anti-emperyalist önlemler tarafından belirlenmesidir ki, bunlar, ülkenin bağımsızlığı için gerekliydi. Diğer taraftan, bu önlemler dünya emperyalizminin ve özellikle de ABD emperyalizminin kayıplar vermesine, etki alanının ve gücünün düşmesine neden oldular.

Aşağıda sayacağımız gerçekler İran'ın anti-emperyalist dış politikasını belirlemektedirler:

1. İran Hükümeti ABD tarafından yönlendirilen CENTO-Paktı'ndan ayrılmakla sadece bu paktın dağılmasını sağlamadı, aynı zamanda Orta—Doğu'daki "ABD müttefiklerinin" gücünü zayıflattı. CENTO-Paktı'nın dağılması sonucu, ABD emperyalizminin bu bölgedeki saldırgan politikasını yürüten casusluk ve sabotaj birliklerinin merkezi de dağıtılmış oldu. Ve ABD, CENTO niteliğinde bir örgüt kurmak için büyük bir çaba göstermektedir.

2. İran devrimi sonucu alınan ekonomik önlemler, ABD ve İngiliz petrol tekellerinin gücünü zayıflattı: Dünyanın 10. büyük petrol tekeli olan "Iranian Oil Company"den bütün Amerikan yöteticileri temizlendi — ki, bu yöticilerin büyük çoğunluğu ajan idi —, Rockefeller (dünyanın en büyük kapitalisti ve Esso petrol tekelinin sahibi) ile Şah arasında imzalanan gizli anlaşmalar iptal edildi. OPEC içindeki politika değiştirildi. Bu saydığımız ekonomik önlemler, sadece ABD tekellerinin eskiden İran'da sağladığı korkunç kârları kaybetmesine neden olmadılar, aynı zamanda dünya çapındaki etkisinin de düşmesine yol açtılar. Ayrıca, bunlar, ülke ekonomisinin bağımsız gelişmesine de temel oluşturdular.

3. Şah rejiminin İsrail siyonizmine ve Güney Afrika ırkçılığına sağladığı desteğe son verildi. Bu ırkçı-faşist ülkeler, petrol ihtiyaçlarının en büyük bölümü-

(Devamı 2. sayfada)



Tahran'da İslamcı Cumhuriyet Partisi'nin yerel merkezine atılan bombanın patlaması sonucu 70'in üzerinde insan öldü.

1981 toplu sözleşme turları üzerine KPD'nin değerlendirmesi

Ücret mücadelesindeki hatalarımız ne idi?

"Kızıl Şafak"ın bir evvelki sayısında bu yılki ücret turlarının genel bir değerlendirmesini yapmıştık. Ve bunu yaparken özellikle metal sanayiindeki ücret mücadelesini temel almıştık. İşverenlerin "ücret politikasında dönüşüm" stratejisinin açıklandığı bu yazımızda, bu yılki toplu sözleşme turlarına damgasını vuran asıl şeyin metal işkolunda "yeni hareketlilik" diye tanımlanan uyarı grevleri olduğunu belirtmiştik. Güçlü uyarı grevleri sonucu alınan ücret zammı kapitalistlerin tasarladıklarından yüksek olsa da bile, fiyat artışlarının çok gerisinde kaldığından dolayı işçi sınıfı hareketi için bir yenilgi olarak değerlendirmiştik. Bu yazımızda ise, partimizin bu yılki ücret turlarında tespit ettiği eksikliklere ve hatalara değineceğiz.



1981 yılı toplu sözleşme görüşmeleri devam ettiği sırada milyonlarca emekçi uyarı grevlerine gitmişti. Resimde Batı Berlin'de uyarı grevinden sonra yürüyüşe geçen demir-çelik işçilerini görüyorsunuz.

Eğer biz, "Kızıl Şafak"ta partimizin geçen ücret mücadelesine yaklaşımını ele alıyor ve hatalarımızı, eksiklerimizi belirtiyorsak bu, partimizin bu yılki toplu sözleşme turlarına yaklaşımının bütünüyle hatalı ve eksik olduğu izlenimini uyandırmamalı ve bu şekilde anlaşılmamalı. Partimiz, temel soruna çoğunlukla doğru ve pozitif olarak yaklaştı ve toplu sözleşme turlarının sürdüğü dönemde hareketin güçlenip gelişmesinde önemli bir katkıda bulundu. Ve bu mücadelede partimizin işletme hücreleri önemli tecrübeler edindi.

Buna rağmen, özellikle ücret turlarının başlangıç aşamasında bir kaç ciddi hatamız ve eksikliğimiz oldu ki, bunlardan bütünüyle kaçınmamız gerekirdi. Biz, bu hatalardan ve eksikliklerden ders çıkarmak ve bunları gelecekte tekrarlamamak amacıyla gazetemizde açıklamak gereği duyduk.

Hareket noktası somut olarak tahlil edilmemişti

Toplu sözleşme mücadelesine ilişkin yaptığımız genel değerlendirmenin başlangıcında, bu yılki ücret turlarının Federal Cumhuriyet'te ve Batı Berlin'de giderek derinleşen kapitalist krizin etkisi altında geçtiğini tespit etmiştik ve bunu pratik olarak şöyle ifade etmiştik:

"Şimdiye kadar yağlı pastalarından emekçilere bir kaç kırıntı vermeye hazır olan ve onlara sosyal ortaklık melodileri çalan burjuvazi, bu gün artık başka telden öttürmektedir. Yani, kapitalistler ücretlerin düşürülmesini günün konusu haline getirmek istemektedirler.

Bu gerçeği henüz toplu sözleşme hareketinden evvelki değerlendirmemizde daha açık ve somut olarak tahlil edip, ortaya koymalıydık ve koymak zorundaydık. Elbette bu gerçeği genelinde doğru tespit etmiştik ve şöyle demiştik: Bu ücret mücadelesine damgasını vuran derinleşen



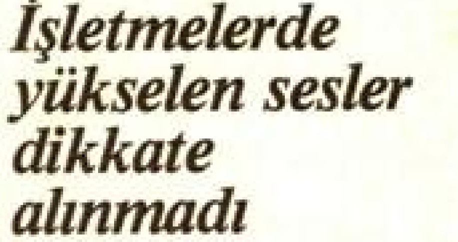
Tüm Federal Almanya çapında olduğu gibi, Bochum'da da (resimde) işçiler yüzde 8 ücret zammı alabilmek için uyarı grevlerine ve diğer eylemlere gitmişlerdi.

krizdir. Kısmen hatalı bir bakış açısından dolayı, işverenlerin derinleşen krizden hareket ederek, kesin ve belirli sonuçlara vardıklarını yeteri derecede görmemiştik. Kapitalistler ve onların sözcüleri, toplu sözleşme turlarından çok daha önce ortak bir dilden "ücret politikasında dönüşüm", "yeni ücret formülü" başlıkları altında gazetelerde ve dergilerde, aynı zamanda yaptıkları açıklamalarda bu ücret turlarında izleyecekleri stratejiyi açıkça ortaya koymuşlardı. Şöyle diyorlardı: Bu yıl fiat artışlarının çok daha gerisinde kalan bir ücret anlaşmasına gerek duymaktayız; hatta öyle bir ücret anlaşması imzalamalıyız ki, büyük bir olasılıkla 1981 yılının gerçek ekonomik gelişmesini (bu gelişme büyük bir olasılıkla sıfır veya sıfırın altında olacak) aşmasın. Yani bu yıl ücretler dondurulmalıdır.

Bu kapitalistlerin getirdiği gerekçe ve açıklanmış stratejisi idi. Daha ücret turlarının arifesinde kapitalistler, ücretlerin dondurulması üzerine tartışmayı gündeme getirdiler ve burada özellikle kamu işletmelerinde (ÖTV) ve metal sanayii işkolunağırlık verdiler.

Ve buna uygun olarak metal sanayiinde yüzde 2,5 ücret zammı önerisinde bulundular ve buna şu gerçeği gösterdiler: İçinde bulunduğumuz ekonomik durum fiyat artışlarının çok gerisinde kalan bir ücret zammını gerekli kılmaktadır, bundan ötürü sendikaların fiyat artışlarını denkleştiren ücret artışı talebinde bulunmalarına imkan yoktur.

Daha sonra kapitalistler bir kaç hafta aralıkla devam eden, uyarı grevlerinin baskısı sonucu önerdikleri ücret zammı önerisini yüzde 3'e çıkardılar. Ve partimiz de ancak bu ana kadar kapitalistlerin her ne pahasına olursa olsun sendikalara fiat artışlarının çok gerisinde kalan bir ücret zammını kabul ettirmeye çalıştıklarını bir bütün olarak görebilmişti. İlk olarak gazetemizin 13. sayısında "Kapitalistlerin çapulculuğuna karşı direnelim" başlığı altında kapitalistlerin asıl hedeflerini ve saldırılarını açık ve detaylı bir biçimde ortaya koymuş ve onların bu yılki amacını dondurmak, gelecek yıllarda ise doğrudan düşürmek olduğunu belirtmiştik.



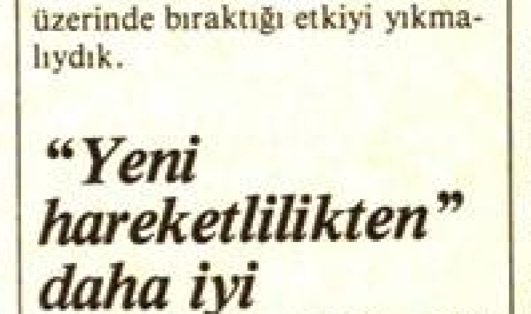
İşletmelerde yükselen sesler dikkate alınmadı

Yukarıda belirtttiğimiz hatalı yaklaşım, bir başka hatayı beraberinde getiriyordu. Partimiz, IGM yönetiminin ilan ettiği "yeni hareketlilik taktiğine" ilk olarak cevap verirken, işçilerden bu konudaki düşüncelerini ve işletmelerde yükselen sesi temel almadı ve aynı zamanda başlangıçta "yeni hareketliliğin" iki yönü olduğunu, yani işçileri harekete geçirmeye olanak sağladığını — tabii ki sendika ağaları bunu istemezler — ve ücret mücadelesinde ilk olarak bir atılım gerçekleştirmek için bir kaldıraç görevini yaptığını doğru kavrayamadık ve bunu dikkate almadık.

Bu gerçeği daha ilk anda tanıyacağımız ve bunu uyarı grevlerinin örgütlenmesinde, kapitalistlerin ücretlerimize saldırısına karşı, bir araç olarak kullanacağımız yerde, derhal hazır şablonları (sendika yönetiminden gelen her şey yanlıştır anlayışı ki, bu sekter bir anlayıştır) dayanarak, geniş grev talebini ileri sürdü.

Diğer bir eksikliğimiz, ücret turlarının başlangıcında işletmelerde yükselen seslerin geniş grev yönünde olmadığını kavrayamaşımızdır. Ve aynı zamanda IGM sendika temsilcileri tarafından tartışılan ve tespit edilen ücret zammı taleplerinin çoğunluğunun, IGM Merkez Yönetimi tarafından ileri sürülen yüzde 8 ücret zammı talebinden fazla yüksek olmadığı gerçeğini tahlil edemedik. Yüzde 8 civarında ücret zammının talep edilmesi, sermayenin sürdürdüğü kriz propagandasının ("ücret artışları işsizliği artırmaktadır") işçileri kısmen etkilediğinin açık bir ifadesidir. Bu gün de henüz güçlü olan bu etkiyi, başlangıçta basite indirgedik ve bu etkiyi yıkmak için çok yönlü bir propagandaya gidemedik. Gerek, sermayenin, gerekse de sosyal ortaklığı savunan sendika ağalarının işçiler üzerinde belli derecede etkisinin olduğu bir gerçektir ve bunun aksini iddia etmek hayalcilik olur. Ama, sendika ağalarının işçileri her zaman kontrolleri altında bulunduracağını, grevleri engelleyebileceğini iddia etmek aynı şekilde hatalı olur.

Acilen yapmamız gereken şey, ücret turlarının ortasında veya son dönemlerinde savunduğumuz görüşleri, toplu sözleşme turları başlamadan ve başladıktan hemen sonra ortaya koymaktı. Yani derinleşen kriz koşullarındaki ücret mücadelesinden hareket ederek, daha başlangıçta kapitalistler tarafından güçlü bir biçimde yürütülen kriz propagandasının işçiler üzerinde bıraktığı etkiyi yıkmalıydık.

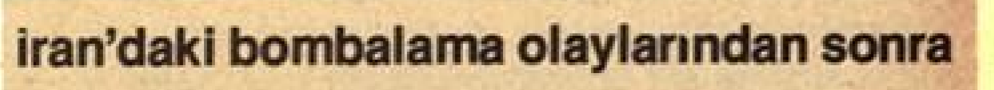


"Yeni hareketlilikten" daha iyi yararlanabilirdik

Bundan ötürü, daha ücret mücadelisinin başında "yeni hareketliliğe" ilişkin aldığımız tavrı somuta indirgemek zorundaydık. Yani, bir yandan uyarı grevlerinin genişlemesi için aktif bir faaliyet yürütmeli, diğer taraftan ise bu taktiği detaylı olarak eleştirmeliydik ve geniş çaplı bir greve gidilmeden, sadece uyarı grevleriyle gerçek ücretlerimizi güvenceye alan bir anlaşmayı kapitalistlere kabul ettiremeyeceğimizi açıkça vur-
sendika ağalarının bu taktikle grev dalgasını engelleme çabalarını ve gerçek ücretlerin düşürülmesine karşı verilen mücadeleyi sabote etme istemlerini daha etkili bir biçimde teşhir edebilirdi. Daha doğrusu, ücret mücadelesinin başlangıcında ağırlığı uyarı grevlerinin genişlemesine vermeliydik. Böylece sendika ağalarının işçilerin eylemlerini kontrolleri altına alması ve sonunda engellemesi şansını düşürebilirdik.

Eğer ücret mücadelesinin başlangıcında partimiz içinde buraya kadar belirttiğimiz hatalar ve eksiklikler yapılmamış olsaydı, "yeni hareketlilik" taktiğinden daha iyi yararlanabilirdik ve bu taktiğin sağladığı olanaklarla daha fazla şey gerçekleştirebilirdik.

Elbette, Partimiz ve RGO'nun ücret mücadelesine yaklaşımının, bu mücadele boyunca yürüttükleri faaliyetlerin ve örgütledikleri eylemlerin pek çok başarılı sonuçları ve örnekleri vardır. Ama, başlangıçtaki hataları ve eksiklikleri inkâr edemeyiz. Gelişip güçlenmek için hatalarımızdan öğrenmek zorundayız. Bu yazımızın amacı da zaten, geçmişteki hataları kavramak ve gelecekteki mücadelelerde bu ve bu gibi hatalara düşmemektir, bunlardan kaçınmaktır.



iran'daki bombalama olaylarından sonra

Milyonlar devrimi savunmak için yürüdü

(Birinci sayfanın devamı)

nü İran'dan temin ediyorlardı ve İran'ın petrol ihracına son vermesiyle bu ülkelerdeki diktatörlükler büyük güçlüklerle karşılaştılar. Şah rejiminin bu politikası yerine İran Hükümeti, doğrudan Filistin halkını ve Güney Afrika'daki kurtuluş hareketini destekledi ve desteklemektedirde.

İran'ın iç politikası:

Buna ilişkin olarak ülkenin iç politikasında bir dizi pozitif önlemlerin alındığını ve bu önlemlerin henüz varlığını koruduğunu görmezlikten gelemeyiz. Dünyanın en güçlü ordularından biri olan eski İran ordusunda büyük bir temizliğe gidildi ve binlerce devrimcinin ve anti-faşistin kanına girmiş olan Şah'ın gizli örgütü SAVAK dağıtıldı. İşletmelerde işçilere yönetime katılma hakkının verilmesi — kısıtlı da olsa bile — işçilerin çalışma koşullarının düzelmesine katkıda bulundu. Ve sınırlı da olsa, toprak reformu girişimi de olumlu bir şeydi.

Elbette, İran'ın ağır ekonomik gerilemelere uğradığı da bir gerçektir. Ama, bu gelişmelerde asıl sorumlu olanlar, İran'ı savaşa zorlayanlar, ekonomik ilişkileri sabota edenler, yiyecek maddelerinin gönderilmesini boykot edenler, yeder parça ihracını durduranlar ve daha geniş bir pazar bulmak için devletleştirmeden vageçilmesini zorlayan güçlerdir.

İran'ın izlediği politika anti-emperyalist bir politika olduğundan; ulusal bağımsızlığın güçlenmesi ve korunması yönünde bir politika olduğundan emperyalistlerin işine gelmemektedir ve bundan ötürü İran'a karşı sürdürülen emperyalist kampanyaya neden teşkil etmektedir. Bütün emperyalist güçlere karşı izlenen bu çizgi, aynı zamanda Kremlin'deki yeni çarlara da ters düşmektedir.

Irak ile İran arasındaki savaş da, ne Irak'a askeri bir zafer kazandırdı, ne de Moskova ve Washington'un umduğu gibi, İran'ı şu veya bu emperyalist güce yaklaştırdı. İki süper güç de, İran-Irak savaşının başlangıcında İran'a silah verme teklifinde bulundular, ama İran Hükümeti bu teklifi bütünüyle reddetti.

Şimdiye kadar aralıksız olarak sürdürelen bütün sinsi dolapların başarısızlıkla sonuçlanması, sürekli olarak yöntemler değitirilmekte ve yeniden örgütlenmektedir.

Gerçek olan şu ki, İran devriminin güçleri kendi aralarında sert bir cepheleşmeye gittiği sürece, bu gibi komplolar, suikastlar ve bunun benzeri saldırılar hayat hakkı bulacaktır. Aynen şimdi olduğu gibi; iç çatışmalara devam ettiği bir sırada suikastlar dalgası hüküm sürüyor. Ve bu koşullarda bütünüyle doğru olan şu : Geçmişte olduğu gibi, bugün de sürdürülen bütün sinsi manevraların arkasında duran güç ABD emperyalizmidir — geçen haftaki suikast üzerine bir spekülasyona gitmek istemiyoruz.

Geçen hafta gerçekleşen kitlesel eylemlerde yüzbinler, ABD emperyalizminin ve diğer emperyalist güçlerin İran devrimini boğmak için sürdürdükleri çabaları ve giriştikleri komploları ve sabotajları protesto ettiler.

İran'ın, bağımsızlığını korumak için bugün acil olan; ülke içinde ortak anti-emperyalist hedeflere sahip olan çeşitli politik güçlerin aralarındaki cepheleşmelere ve çatışmalara son vermesidir. Çünkü, bu çatışmalardan güçlü çıkan anti-emperyalistler değil, emperyalist güçler ve onların işbirlikçileri olacaktır. İran Hükümeti tarafından da giderek artan bir biçimde sürdürülen cepheleşme çizgisi, İran devriminin birliğini ve gücünü zayıflatmaktadır.

Polonya'da işçi hareketi ve kapitalizm

5 BÖLÜM

Kania'dan beklenen umut

Sovyetler Birliği—daha önceden de söyleğimizi gibi—Kania ve Jaruzelski'nin Polonya krizini yanlız başına çözmede başarılı olabileceğini ve—eğer bir müdahele zorunlu ise—ilk olarak Polonya birliklerinin Polonya işçilerine karşı saldırıya geçmesini umut etmektedirler. Bunu Batı ummakta, bunu Federal Almanya ve Fransa da umut etmektedirler. Onlar Sovyetler Birliği'nin yerine, Polonya askerlerinin geçmesini bekliyorlar.

Çünkü bir Sovyet müdahelesi, SPD/FDP hükümetinin göklere çıkardığı sözümona yumuşama politikasını; yeni "doğu politikasının" çöp tenekesine atılmasına neden olacaktır. Strauss ve Kohl, buna alkış tutacaklardır. Batı Alman emperyalizminin bu politikası, özellikle de montan sanayi tekellerinin, ayrıca kimya sanayii ve diğer sanayii kollarındaki tekellerin asıl amacı; Doğu Avrupa ülkelerindeki meta pazarlarını ele geçirmek, sermaye yatırımı vasıtasıyla bu ülkelerin işçi sınıfının sömürülmesine katılmak ve diğer taraftan yeni hammadde kaynaklarını garantiye almaktır. Planlanmış doğal gaz ticareti; 20 milyar DM'lık boru ihacına karşılık doğal gaz alınması bunun için en tipik örneklerden biridir. Bu, bir taraftan Mannesmann tekeline uzun bir süre büyük kazançlar sağlar, diğer taraftan ham petrole olan bağımlılığı, Amerikan petrol tekellerinin diktatörlüğüne olan bağımlılığı düşürecek ki, bu tekellerin çıkarına olan bir şey değildir.

Batı Alman emperyalistleri, politik olarak Doğu Avrupa ülkelerinin içi palaklıklarına dayanmışlardı ve dayanmakta, Sovyetler Birliği'ne bağımlı ülkeler üzerindeki etkinliğini artırmaya ve onların Moskova'ya olan çok yönlü bağlarını zayıflatmaya çalışmaktadırlar. Üst kademede Batı Alman politikacılarının bu ülkelere yaptıkları sayısız ziyaretler bunu açıkça göstermektedir. Polonya'daki gelişmeler, Sovyetler Birliği'nin askeri bir müdahelesine yol açmayacağı noktasına kadar, ama sadece bu noktaya kadar Bonn'un işine gelebilir.

Batı Alman bankaları daha şimdiden Polonya'ya yatırmış oldukları milyarlarından şüphe etmektedirler ve Polonya'nın ödeme gücünün açıktan açığa zayıflaması, batılı para kuruluşlarını etkilemekte ve korkutmaktadır. Sovyetler Polonya'yı işgal edecek olursa, doğu bloku ülkelerine yatırılan bu milyarlar heybeye gitmiş olacak ki, böyle bir işgal durumunda ABD ve NATO tarafından daha şimdiden şu gibi ceza önlemleriyle Sovyetler tehdit edilmektedir: Silahlanmanın sınırlandırılması görüşmelerine son verilecek, Sovyetler Birliği'ne görderilecek kabul edilen bütün malların ihracına ambargo konulacak, iki Alman devleti arasındaki görüşmeler son bulacak ve bir ihtimal Moskova ile Washington arasındaki dipolmatik ilişkiler kesilecek.

NATO Genel Sekreteri Joseph Luns şöyle uyarmıştı: "Sovyetler'in Polonya'yı işgali, uzun bir süre için Avrupa'daki yumuşamayı sona erdirebilir." Ve insana öyle geliyor ki, Washington, Amerikan savaş bakanlığı soğuk savşa dönmek için bugünü yarından tercih ediyor. Amerikan dostu, gerici ve kışkırtıcı Springer-Basını'nı; "Bild", "Bilda am Sonntag" veya "Welt" gazetelerini okuduğumuzda, yarın veya en geç ertesi gün Sovyetler Birliği'nin Polonya'yı işgal edeceği intibası uyanıyor.

"1 milyon Rus işgale hazır durumda"

21. 9. 80: "Sovyet Birlikleri Polonya sınırana doğru ilerliyorlar! Moskova, Doğu Rusya'ya ve Doğu Almanya'nın Polonya sınırında son günlerde 30 özel yetiştirilmiş tümenini şeklinde kabul ettiği tahlili gerekçelere bağlamaktadır."

23. 8. 81: "polonya'nın geleceği 36 saat içinde belli olacak."

29. 3. 81: "ABD başkanı Reagan izin yapmaktan vazgeçti. Gizli servisler: Bu gün Rus işgali tehdit ediyor! Dramatik haberler biribirini izliyor: Polonya hava sahası Pazar günü gecesi uçuşa kapatıldı... Polonya'nın içindeki ve etrafındaki Sovyet birlikleri ve aynı zamanda DDR zırhlı tümenleri emir aldı: Pazar günü sabah saat 04,30'dan itibaren harekete geçmeye hazır olun! 20 bin özel Sovyet paraşütçüsü Ostpreussen'de uçaklarında harekete hazır durumda beklemektedirler... Papa, Cuma günü birden bire şu açıklamayı yaptı: "derhal Polonya'ya gitmek zorundayım". Yüce Baba'nın (Papa), Bireşnev ile telefon görüşmesi yapmak için sarfettiği bütün çabalar boşa çıktı..."

6. 4. 81: "NATO, Moskova müdahalesine uyarıda bulundu. Washington Post gazetesinin ABD gizli servisi CIA'ya dayanarak ileri sürdüğü iddialara göre, Sovyetler Birliği, Polonya'da 12-15 tümeni müdahaleye hazır durumda bulundurmaktadırlar. Moskova'nın, Sovyet Hava üslerindeki nakliye uçaklarından bir kısmını Polonya içinde bir yerden diğer bir yere değiştirmeye başlaması gerekmektedir." vs.vs.



Polonya işçi sınıfının mücadelesinin bastırılmasında önemli bir faktör olarak görülen Polonya Ordusu.

alarma geçirdi... Salı gününden beri Sovyet zırhlı birlikleri ve diğer silahlı birlikler her gece yolda.. tek ilerleme yönü: Polonya sınırı."

9. 12. 80: "Polonya. Dünya korku içinde. 1 milyon Rus işgale hazır durumda. Hedef: 60 havaalanı, 3 liman. Carter'in son uyarısı. NATO filoları için Weinacht bayramı kaldırıldı. ABD Hükümeti: "Sovyetler'in Polonya'yı işgal hazırlıkları açıkça bitmiş durumda." Müdahale, manevra olarak maskelenebilir... Kara Kuvvetleri, Brest'ten (SSCB), Frankfurt'tan (Doğu Almanya) ve Ostrau'dan (Çekoslovakya), Varşova ve Kattowetz'e doğru ilerlemektedirler."

10. 2. 81: "Washington Rusların müdahele edeceğini hesaplamaktadır. Amerikan dış İşleri Bakanlığı'nda, Sovyetler'in Polonya'daki karışıklıklara askeri bir işgalle cevaplayacağı ihtimali güç kazanmaktadır. Amerikan Dış İşleri Bakanlığı, Polonya'daki komünist iktidar aygıtının ülkedeki olayları şiddetle bastıracak gücünü kaybettiği

Neden bu kışkırtmalar ve neden bu ortalığı telaşa veren haberler? Bununla ulaşılmak istenen, gerek ABD'de, gerekse de Batı Avrupa'da Beyaz Saray'daki savaş kışkırtıcıları Reagan, Haig ve Weinberger'in silahlanma, militaristleşme ve soğuk savaşa geri dönme gibi politikalarını gerçekleştirilmek için gerekli ortamın yaratılmasıdır. Bu politika silah tekellerine—ki bu tekellerin has adamı Reagan'dır—milyarlarca ve onmilyarlarca kâr vaadetmektedirler.

ABD emperyalistleri için en iyi olan şey, bu politikayı ve Sovyetler Birliği'ne karşı tehdit niteliğinde söylemiş oldukları ceza önlemlerini (silahlanmanın sınırlandırılması üzerine görüşmelere ve sözüm ona yumuşama politikasının son bulması gibi) Avrupalı müttefikleri karşısında daha bugünden, arzu ettikleri, ama sürekli olarak uzayan Sovyetler'in Polonya'ya müdahalesini beklemeksizin gerçekleştirebilmeleridir. Ama, burada Avrupalı müttefiklerinin direnişiyle karşılaşmaktadırlar.

Ve Sovyetler'in Polonya'ya müdahale etmesi, SPD/FDP Hükümeti'nin bu sallantılı direnişinin de son bulmasına yol açacaktır. Böylece CDU/CSU muhalefetinin, kemikleşmiş gerici ve Reagan'ın dostu Strauss'un saati gelmiş olacak. Hükümeti, "doğu" ve yumuşama politikamız iflas etmiştir şeklinde suçlayan CDU/CSU muhalefeti, Reagan Hükümeti gibi güçlü bir militaristleşmeye ve faşistleştirmeye ilgi duymaktadır.

Süper güçler arasındaki uzlaşma

Böylece her halde hesaplayamayacağımız, Sovyetler'in Polonya'yı işgal etmesi durumunda Varşova paktı ile NATO arasında sıcak bir savaş çıkacağıdır. NATO Genel Sekreteri Luns, Sovyetler'in çoğunluğa yönelik Polonya çabalarına müdahele etmesi Batı ittifağının askeri tepkisine yol açmayacaktır, şeklinde açıklamıştı. Ve ABD Savaş Bakanı Weinberger, Sovyetler'in Polonya'yı işgal etmesinin batını askeri tepkisine yol açıp açmayacağı sorusuna şu şu cevabı vermişti: "Askeri diye bilinen bir cevap sözkonusu değildir. Eğer tepkiden bahsediyorsak, bunun ile ekonomik, politik ve diplomatik eylemleri kastediyoruz.

Uzun süreden beri ABD ile Sovyetler Birliği arasında sözü edilmeyen bir uzlaşma mevcuttur. Ve bu uzlaşma, süper güçlerin doğrudan etki alanlarına giren bölgelere askeri müdahalede bulunmalarıyla ilgilidir: Sovyetler Birliği için bu bölgeler, Varşova Paktı ülkeleri ve ABD için orta ve Latin Amarika ülkeleri oluşturmaktadır. Ve onlar şu anlayışla hareket etmektedirler: Bana bir şey yapmazsan, ben de sana karışmam. Sovyetler Birliği'nin Çekoslovakya'yı işgali bunun için açık bir örnektir.

Ama süper gücün doğrudan etki alanında kalan bir bölgeyi işgal etmesi, bir diğer süper gücün bu elverişli durumdan yararlanarak etki alanında bulunan ülkelerde bazı güçlükleri gidermeye çalışmasına olanak vermektedir. Örneğin Sovyetler Birliği'nin Polonya'yı işgal etmesi, ABD'nin El Salvador'a, Nikaragua'ya veya yeniden Küba'ya sert askeri bir müdahalesini yaklaştırabilir.

ABD geçmişte de paralı askerler vasıtasıyla Küba'yı işgal etmeye çalışmıştı. Buna karşın, ABD'nin Küba'ya askeri bir müdahalede bulunması, Amerikan Atlantik filosu başkumandanı Harry Dr. Train'in tehdit ettiği gibi, güç olacaktır. Çünkü, Sovyetler Birliği ada görünümünde olan Batı Berlin'i kendi avucunda bulundurmaktadır.

Elbette süper güçlerin bu gibi işgalleri, işgal edilen ülkelerin halklarının direnişleriyle karşılaşacaktır. Polonya, bir Çekoslovakya değil ve ABD'nin Nikaragua'ya müdahalesi de kanlı olacaktır.

İki süper devlet arasında patlak verebilecek büyük bir savaş, bu güçlerin etki alanları arasında kesin bir sınırın olmadığı, bir süper gücün diğerini geriletmek istediği veya birbirlerinin etki alanlarına girmeye çalıştıkları yerlerde daha erken mümkündür. Örneğin Yakın ve Orta Doğu bölgelerinde, Asya ve Afrika'da böyle bir durum sözkonusu olabilir.

Yabancı düşmanlığına karşı mücadele edelim!

NPD faşistleri ve diğer faşist gruplar, ekonomik krizin giderek derinleştiği bir dönemde, mahkemelerin, polisin ve diğer gerici güçlerinde desteğini alarak, yabancı düşmanlığını kışkırtan toplantılar ve gösteriler düzenlemektedirler. Faşister, ırkçı-şöven propagandalarının temeline "yabancılaşma tehlikesini" koymakta ve bu şekilde derinleşen ekonomik krizin yükünün emekçilerin sırtına yüklenmesi çabalarında emperyalistlere yardımcı olmaktadırlar.

Aynı kışkırtmalar Hitler faşizmi döneminde de yapılmış, yahudilerin Alman ırkını yozlaştırdığı veya Almanları, Alman olmaktan uzaklaştırdıkları söylenmiş ve bu kışkırtmalar sonucu milyonlarca yahudi ve yabancı gazlı ocaklarda ve toplama kamplarında vahşice katledilmişti.

Bugün de Almanya'daki faşist gruplar, aynı şekilde bir propaganda yapmakta ve yabancıların, Almanları Alman olmaktan uzaklaştırdığını söylemekte ve yabancıların üzerine bombalı saldırılar düzenlemektedirler.

Özünde Alman halkına ve Alman halk kültürüne de düşman olan Neo-Nazi gruplar, emperyalist yoz kültürün kitleler üzerindeki etkisinden yabancıları sorumlu göstererek, emperyalizme hizmet sunuyorlar ve yabancı düşmanlığı temelinde tabanlarını genişletmeye çalışıyorlar. Bu düşmanlığı sadece Neo-Nazi gruplar değil, aynı zamanda başını Strauss'un çektiği CDU/CSU gibi gerici partiler ve diğer gerici güçler de değişik bir türden yapmaktadırlar.

Gerici ve faşist güçler, derinleşen ekonomik krize, işsizliğe ve yozlaşmaya neden olarak, ülkemizde çalışan ve yaşayan yabancı emekçileri göstermeye çalışmaktadırlar. Daha doğrusu, bu gelişmelere neden olan kapitalizmin kendisi olduğu gerçeğini halk kitlelerinden saklamak istemektedirler.

Giderek geniş boyutlar kazanan yabancı düşmanlığına karşı, Alman ve yabancı emekçiler güçlerini birleştirerek mücadele vermek zorundadırlar. Yabancı düşmanlığına karşı mücadele, faşizme ve gericiliğe karşı mücadelenin önemli bir parçasıdır. Partimiz ve Halk Cephesi, güçlerinin olduğu her yerde buna karşı kararlı bir mücadele vermektedirler.

Halk Cephesi'nin, diğer anti-faşist ve demokrat güçlerle birleşerek, NPD faşistlerinin Heppenheim'da yapmak istedikleri "yabancılaşma tehlikesine karşı kongreyi" kısmen engellemeleri ve KPD'nin Dortmund'da diğer Alman ve Türkiyeli anti-faşistlerle birleşerek, NPD'nin "Almanya Buluşmasına" karşı protesto gösterisini gerçekleştirmesi bu mücadeleye verilecek örneklerden ikisidir.

"Yabancılaşma tehlikesine karşı kongre"

NPD faşistleri, geçen ay Heppenheim'da "yabancılaşma tehlikesine" karşı bir toplantı yapmak istemişlerdi. Ve toplantının amacını bildirmeden, Bürgerhaus'da bir salon tutmuşlardı. Halk Cephesi, bunu duyar duymaz protesto çağrısı yaptı ve diğer ilerici örgütlerle bir araya geldi, ortak bir bildiri dağıtıldı ve faşist provokasyonun engellenmesi için şehir meclisine anti-faşistlerin taleplerini içeren bir mektup gönderdi. Bu talep, şehir meclisindeki SPD fraksiyonu tarafından da desteklendi.

Neo-Naziler tarafından yabancı düşmanlığını kışkırtmak için yapılmak istenen bu toplantı, şehir yönetimi tarafından yasaklandı. Ama, İdare Mahkemesi bu yasağı sonradan kaldırdı ve böylece faşistlere destek sağlamış oldu—yalnız başlama saatini ve toplantı salonuna kadar olan yürüyüşü yasaklamıştı.

Toplantı günü yaklaşık 200 anti-faşist salonun önünde toplanarak, bir gösteri yaptılar, konuşmalar ve sloganlarla faşistleri teşhir ettiler. Polisin salonun giriş kapısını çember altına almasından ötürü toplantı bütünüyle engellenemedi. Anti-faşistler, ayrıca karşı gösteri sırasında 300'ün üzerinde protesto imzası topladılar. Olay, yerel basında olumlu karşılandı ve destek gördü.

YABANCI DÜŞMANLIĞINA SON!
BÜTÜN FAŞİST ÖRGÜTLER YASAKLANMALIDIR!